

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **3./4. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022 vom 31. Mai 2021

von 16.15 bis 18.45 Uhr und 19.30 bis 21.05 Uhr

Eulachhalle 1, Winterthur

Vorsitz: M. Sorgo (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 3. Sitzung: A. Geering (Die Mitte), U. Glättli (GLP)
3./4. Sitzung: B. Bosshard (SP), Th. Wolf (SVP), M. Gross (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 1./2. Sitzung	
2.*	21.33	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden T. Brütsch (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	R. Kappeler
3.*	19.82 (DSU)	Antrag und Bericht zur Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO ₂ bis 2050	D. Altenbach
4.*	19.75 (DKD)	Antrag und Bericht zum Postulat G. Stritt (SP), C. Griesser (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien	
5.*	19.70 (DSU)	Antrag und Bericht zum Postulat N. Wenger (Grüne), U. Glättli (GLP), S. Müller (EVP) und P. Schoch (SP) betr. Klimanotstand – auch in Winterthur	
6.*	19.15 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne), F. Landolt (SP), M. Nater (GLP) und S. Müller (EVP) betr. langfristiger Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung	
7.	19.76 (DB)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), K. Frei Glowatz (Grüne), L. Banholzer (EVP) und U. Glättli (GLP) betr. kommunaler Energieplan und Schaffung von Energiezonen gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG)	

8. 19.74 (DB) Antrag und Bericht zum Postulat M. Gross (SVP), U. Hofer (FDP), M. Nater (GLP), Z. Dähler (EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. wärmetechnische Gebäudesanierungen attraktiver machen
9. 19.79 (DTB) Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne), A. Steiner (GLP), M. Bänninger (EVP) und A. Zuraikat (CVP) betr. mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern
10. 19.71 (DTB) Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP), Z. Dähler (EDU/CVP), M. Gross (SVP/PP) und U. Hofer (FDP) betr. mehr Power für Winterthur
11. 19.81 (DB) Antrag und Bericht zum Postulat M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), F. Heer (Grüne/AL), M. Nater (GLP), U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP) und M. Gross (SVP) betr. Beschaffungsstrategie von Fahrzeugen mit Antrieben mit erneuerbarer Energie für die Stadtverwaltung
12. 19.72 (DSU) Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP/EDU), B. Zäch (SP), M. Zehnder (GLP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Nettoüberschuss aus Parkgebühren zur Förderung des ÖV für die Winterthurer Bevölkerung
13. 19.84 (DB) Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), B. Zäch (SP), M. Nater (GLP) und M. Bänninger (EVP) betr. Tempo 30 rund um die Altstadt
14. 20.60 (DSU) Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. «4 autofreie Sonntage im Jahr»
15. 19.57 (DTB) Antrag und Bericht zum Postulat M. Nater (GLP), Ch. Griesser (Grüne), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches
16. 19.140 (DKD) Beantwortung der Interpellation U. Bänziger (FDP), A. Zuraikat (CVP), M. Reinhard (SVP) und B. Huizinga (EVP) betr. Massnahmen zur Unterstützung Angebot Wasserstoff-Tankstellen
17. 21.19 (DB) Begründung der Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe
18. 21.3 (DFI) Begründung des Beschlussantrags R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
19. 21.5 (DFI) Begründung der Motion R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
20. 21.4 (DTB) Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore
21. 21.10 (DB) Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin M. Sorgo: Guten Nachmittag. Ich begrüsse Sie alle ganz herzlich zur 3. und 4. Sitzung des Grossen Gemeinderats im Amtsjahr 2021/22.

Mitteilungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Etwas verspätet kommt Davide Pezzotta (SVP). Entschuldigt sind für die Nachmittagssitzung Andreas Geering (Die Mitte) und Urs Glättli (GLP), für beide Sitzungen entschuldigt sind Beatrice Bosshard (SP), Thomas Wolf (SVP) und Michael Gross (SVP).

Leider bleibt es auch mir nicht erspart, dass ich Mitglieder aus dem Gemeinderat verabschieden muss. Heute müssen wir Pia Schoch von der SP verabschieden. Sie war vom 14. Mai 2018 bis zum 31. Mai 2021, also genau bis heute, Mitglied des Grossen Gemeinderats. Sie war vom 14. Mai 2018 bis am 14. November 2019 Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK). Und ich glaube, Pia, es gibt keine bessere Sitzung als diejenige heute – wenn man das so sagen kann - um Dich zu verabschieden, weil Du Dich gerade in diesen Themen rund um das Klima und jetzt auch in dieser Klima-Allianz sehr stark engagiert hast. Ich möchte mich im Namen des gesamten Gemeinderats für Dein Engagement und Deinen grossen Einsatz bedanken und wünsche Dir weiterhin auf Deinem Weg alles Gute. Wer weiss, vielleicht sieht man Dich auch wieder einmal irgendwo in der Winterthurer Politik. Du hast Dir dieses Bild ausgewählt, dass Du jetzt zusammen mit Deiner Urkunde entgegennehmen darfst (*Applaus*)

Ich komme zu den weiteren Mitteilungen: Der Landbote hat angekündigt, dass er heute allenfalls Fotos machen wird. Ebenfalls hat Marc Wäckerlin angekündigt, dass er wieder Film- und Fotoaufnahmen machen wird. Ansonsten sind mir keine weiteren Anmeldungen für Filme und Fotografien bekannt.

Ich möchte Sie darauf hinweisen (Sie haben das im Informationsmail am Freitag bereits erhalten), dass das Infoblatt, wo das WLAN-Passwort, das Menü und alle anderen wichtigen Informationen für die Sitzung stehen, ebenso wie das Blatt mit den Kommissionsbeschlüssen ab sofort nur noch per Mail am Freitag vor der Sitzung verschickt werden und nicht mehr aufliegen wird. D.h. Sie müssen es selbst mitbringen, in elektronischer oder in Papierform.

Ebenfalls möchte ich nochmals auf die Corona-Massnahmen hinweisen. Das Schutzkonzept gilt weiterhin, es gab keine Anpassungen, auch wenn ab heute neue Lockerungen gelten. Über mögliche Anpassungen im Verlauf werden wir Euch informieren. Es gilt weiterhin die Maskenpflicht, auch an den Sitzplätzen. Einzig beim Essen am Tisch darf man die Maske ablegen. Weiterhin möchte ich alle bitten, die Vorstösse im Verlauf der beiden Sitzungen am Tisch unterschreiben zu gehen. Nehmt Euren eigenen Stift mit und schaut, dass es keine grossen Ansammlungen gibt – geht also möglichst einzeln die Vorstösse unterschreiben. Auch die Pause wird wie bis anhin verkürzt von 18.30 – 19.30 Uhr.

Heute wird es für die Ratsmitglieder und die Mitglieder des Stadtrats um 21.15 Uhr den versprochenen kleinen Apéro geben für die verzögerte kleine Feier zum neuen Amtsjahr. Allerdings ist es auch dort so: Für alle die, die in der Halle bleiben (der Apéro findet hinten statt, wo wir essen), gilt die Maskenpflicht weiter, bis man am Tisch sitzt. Wir bitten Euch, Euer persönliches Apéro-Schälchen und Getränk am Anfang zu holen (wie Ihr es kennt vom Essen) und auch dann die Anzahl Personen am Tisch zu respektieren. Auch draussen gelten ebenfalls die bekannten Regeln mit Personenanzahl und Abstand. Und wir bitten alle, die Schälchen und Gläser zurückzubringen, bevor Ihr heimgeht. Wir werden den Apéro nach ungefähr

einer Stunde, 22.15 – 22.30 Uhr beenden, so dass diejenigen, die abbauen müssen in der Halle, nicht daran gehindert werden.

Ich möchte auch noch kurz auf unsere Hausordnung hinweisen, weil heute doch einige Zuschauerinnen und Zuschauer anwesend sind, dass störende Geräusche oder Äusserungen von Missbilligung während der Ratssitzung nicht erlaubt sind. Das betrifft natürlich die Ratsmitglieder und Zuschauer/-innen gleichermaßen.

Bevor ich die Mitteilungen abschliesse, noch ein Hinweis, die einen haben das schon mitbekommen: Wir haben vorhin vom Klimastreik Winterthur eine Petition zuhanden des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats von Winterthur entgegengenommen – «Winterthur gemeinsam für Netto Null 2030» - mit der, wie wahrscheinlich die meisten von Ihnen schon im Vorfeld mitbekommen haben, ein ausführlicher Massnahmenplan für Netto Null 2030 gefordert wird.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Mir ist eine Fraktionserklärung der FDP bekannt, Urs Hofer bitte.

U. Hofer (FDP): Praktisch in jedem Führungs- und Projektmanagement gibt es die folgenden drei Stufen: Plan, Ausführung, Kontrolle. Auf die Politik bezogen könnte man das wie folgt umformulieren: Wort, Tat, Erfolg.

Wie sieht die Winterthurer Klimapolitik in dieser Hinsicht im Rückblick aus? Wie von Politikern zu erwarten ist, sind wir bei den Worten gut. Wir haben vor rund zwei Jahren den Notstand ausgerufen, eine Klimasondersitzung kurz vor den Wahlen einberufen und wahnsinnig viele Worte produziert. Besonders links von uns ist uns ausgefallen, dass man sich mit Worten geradezu wie in einer Auktion überboten hat, wer angeblich am klimafreundlichsten ist.

Bei den Taten sieht es hingegen äusserst mager aus. Ausser viel Papier zu produzieren, ist auch nach der Ausrufung des Notstands nicht besonders viel passiert. Und zwar weder auf Stufe Stadtrat noch auf Stufe Gemeinderat. Auf Stufe Gemeinderat ist mir keine einzige grosse Idee bekannt, die in Umlauf oder in den Rat gebracht wurde, wie man denn die lautstark propagierten Ziele auch tatsächlich erreichen könnte. Eigentlich ist in den vergangenen zwei Jahren überhaupt fast kein Klimavorstoss mehr eingereicht worden. Auch im Stadtrat, obwohl dort fünf Vertreter von Parteien sitzen, die dem Vernehmen nach den Anspruch haben, bereits 2040 Netto Null zu erzielen, ist praktisch nichts passiert. Vom Notstand weit und breit keine Spur.

Weil es schon auf der Stufe der Taten äusserst mager aussieht, sind die Erfolge noch magerer. Der Einzige, der nach meiner Wahrnehmung ab und zu einen Punkt ins Ziel bringt, scheint der FDP-Stadtrat Stefan Fritschi zu sein. Die grössten nennenswerten sonstigen Taten sind wohl die folgenden: Wir haben bis jetzt rund zwei Jahre gebraucht, um ein Wort und 5 Zahlen auf ein Papier zu schreiben, nämlich Netto Null bis 2050. Und im Rat war es wohl die grösste Leistung, dass man jetzt vier statt einen autofreien Sonntag machen will – obwohl, es ist ja dann nicht autofrei, gewisse Autos fahren ja trotzdem. Retten wir damit das Klima? Sicher nicht.

Nach zwei Jahren Tatenlosigkeit hat jetzt anscheinend eine Mehrheit im Rat kurz vor der zweiten, wiederum in der Vorwahlzeit angesetzten Klimasession – seltsam, es wiederholt sich – gemerkt, dass die Leute, denen sie Versprechungen abgegeben haben, mit den Leistungen – und ich muss sagen: zu Recht - unzufrieden sind. Und sie kamen auf die wirklich sehr innovative Idee, man könnte ja als Ehrenrettung jetzt einfach vier andere Zahlen aufschreiben. Ein grandioser Lösungsvorschlag nach zwei Jahren Bedenk- und Umsetzungszeit, bravo! Die FDP-Fraktion und übrigens auch dem Klima, und das ist noch viel wichtiger, ist es egal, welche Zahl man auf ein Stück Papier schreibt. Nicht egal ist hingegen beiden – und das meine ich so – wann man das Ziel effektiv erreicht. Je früher desto besser, das ist klar. Und

es ist auch klar, dass man das Problem nicht löst, wenn man immer mal wieder in der Wahlkampfzeit lautstark über das Problem spricht. Die Gretchenfrage ist deshalb nicht wann, sondern wie. Und diesbezüglich ist die FDP einfach ehrlicher, wenn sie zugibt, dass in Anbetracht der immensen Herausforderungen und einem weitgehend fehlenden Plan 2050 leider realistischer erscheint. Aber wie gesagt: Früher ist uns noch so recht.

Insbesondere nachdem wir nach zwei Jahren Notstand immer noch praktisch nichts erreicht haben und sogar dem Ziel 2050 hintennachhinken. Das Verhalten der sogenannten Klima-Allianz ist ungefähr vergleichbar mit jemandem, der sagt, er werde in einem Monat eine Rakete zum Mond bauen, nachdem er eine Woche gebraucht hat, um zwei Duplo-Steine aufeinanderzusetzen. Nochmals: Wir brauchten zwei Jahre – seit der Volksabstimmung sogar drei – um ein Wort und fünf Zahlen auf ein Stück Papier zu schreiben. Wie um Himmels Willen wollen wir die grösste Herausforderung bewältigen, der die Menschheit je gegenübergestanden ist? Wir hätten die drei Jahre besser benutzt, um Massnahmen auszuarbeiten und über diese zu diskutieren.

Daher die folgenden zwei sehr ernst gemeinten Appelle: Bitte hört auf mit Wahlkampf und grossen Worten und lasst uns endlich, endlich, endlich über konkrete Taten, deren Kosten, Folgen und Alternativen sprechen. Das Klimaproblem ist zu wichtig und zu ernst, um damit Wahlkampf zu betreiben. Mit der FDP habt Ihr einen Partner, der Eure Grundstossrichtung teilt, das meiner Wahrnehmung nach einfach ein bisschen ehrlicher und Eurer Wahrnehmung nach wohl etwas konservativer oder zurückhaltender. Solche Differenzen sind aber eigentlich egal und können sogar positiv genutzt werden, wenn man vor derart grossen Herausforderungen steht, die man eh nur gemeinsam lösen kann. Der sogenannten Klima-Allianz würde es auch gut anstehen, auch einmal mit diesem Partner und wohl auch mit einem Partner wie der Mitte und der SVP über das Problem und die möglichen Lösungen zu sprechen. Es war nämlich so wie vor zwei Jahren: Man hat mit uns überhaupt keinen Austausch gesucht im Vorfeld dieser Klimasitzung.

Nur wenn man miteinander sprechen würde, könnte man zeigen, dass man es ernst meint und tatsächlich das Problem lösen und nicht nur Wahlkampf betreiben will. Es gibt nämlich durchaus einiges, das man von der FDP lernen könnte, z.B. ganz essenzielle Dinge wie Ressourceneffizienz und die Fähigkeit, gute Ideen in erfolgreiche Taten umzusetzen. Gerade das war ja bekanntlich in Winterthur ein Problem in der Vergangenheit. Und beim Klimaproblem verträgt es kaum derart gescheiterte Experimente – und je breiter etwas abgestützt ist, desto besser.

Der langen Rede kurzer Sinn: Bitte – vielleicht nicht während, aber nach der heutigen Sitzung - endlich gemeinsam – inklusive der FDP – liefern statt gegeneinander zu lafern. Wir bieten Hand und meinen das ernst und ehrlich.

Stadträtin K. Cometta: Lieber Urs Hofer, wir sind gleicher Meinung: Ziele sind da, um sie zu erreichen. Und genau darum hat ja der Stadtrat den Umsetzungsplan bereits beschlossen und die Departemente sind mit Hochdruck daran, die Massnahmen auszuarbeiten. Ich muss wirklich vehement zurückweisen, dass wir bis jetzt nichts gemacht hätten. Das stimmt einfach nicht. Wir haben Grundlagen erarbeitet, wir haben einen Massnahmenplan erarbeitet. Und wenn man diese Arbeit nicht gemacht hätte, würde es wahrscheinlich heissen, dass der Stadtrat konzeptlos unterwegs ist.

Für den Rest, für die inhaltliche Diskussion, verweise ich gerne auf das nächste Traktandum.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Es sind mir noch zwei persönliche Erklärungen bekannt. Als erstes möchte ich Roman Hugentobler (AL) das Wort übergeben.

R. Hugentobler (AL): Ich habe heute die grosse Ehre, stellvertretend für den Klimastreik Winterthur da eine kleine Rede zu halten.

Liebe Mitglieder des Gemeinderats und Stadtrats. Sie werden heute einen wichtigen Entscheid fällen. Und zwar nicht für Winterthur, sondern über die Stadt- und Landesgrenze hinaus. Nicht nur für uns, sondern auch für weniger privilegierte Menschen und vor allem für

kommende Generationen. Sie können heute zeigen, dass Sie verstanden haben, wie dringlich und schwerwiegend die Klimakrise ist. Sie können heute entscheiden, ob Sie sich Ihrer grossen Aufgabe stellen und verantwortungsvoll und mutig als Vorbild vorausgehen, oder ob Sie sich vor der Verantwortung drücken und egoistisch und amoralisch wegsehen.

Der Klimastreik Winterthur spricht heute zu Ihnen, um Sie nochmals auf die Tragweite dieser Abstimmung aufmerksam zu machen und um Ihnen klarzumachen, dass das Ziel Netto Null 2050 keine Option ist, denn es widerspricht den Erkenntnissen des IPCC und der Klima- und Energie-Charta, welche die Stadt Winterthur unterschrieben hat. Letztere anerkennt (ich zitiere) die spezielle Verantwortung der Schweiz als ein Land mit einem hohen Treibhausgasausstoss pro Kopf im globalen Vergleich und als ein Land, das über das notwendige Wissen, die herausragende Technik, die qualifizierten Fachleute und die finanziellen Mittel verfügt, um beim Kampf gegen die Klimaerwärmung rasch und mit grossem Engagement voranzugehen. Deshalb müssen reiche, industrialisierte Staaten, um global auf Netto Null 2050 zu kommen, weit früher Null Treibhausgasemissionen erreichen als jene des globalen Südens. Die Schweiz und die anderen Länder des globalen Nordens haben bisher den Grossteil aller Emissionen verursacht und dadurch eine historische Klimaschuld. Unser materieller Wohlstand basiert nicht nur auf dem Raubbau der Umwelt, sondern auch auf der Ausbeutung des globalen Südens. Seit der Industrialisierung bereicherten wir uns an Baumwolle, Seide, tropischen Hölzern, Edelmetallen und vor allem Erdöl und seltenen Erden. Wir führen einen imperialen Lebensstil auf Kosten der Umwelt, von Tieren und den Menschen des globalen Südens und einer lebenswerten Zukunft kommender Generationen. Aufgrund dieses Wohlstands, unserer Technik und Innovation, sind wir auch besser in der Lage, die Lasten der Massnahmen gegen die Klimakrise zu tragen. Darum stehen wir in der Verantwortung, darum heisst Netto Null 2050 global Netto Null 2030 lokal. Die 20 Jahre zwischen Netto Null 2030 und Netto Null 2050 sind entscheidend. Jedes einzelne Jahr verhindert Zerstörung und rettet Leben. Wir müssen alles geben, um noch Schlimmeres zu vermeiden und die Auswirkungen der Klimakrise möglichst abzuschwächen. Je länger wir warten, desto wahrscheinlicher überschreiten wir die zahlreichen Kippunkte in unserem Klimasystem und dann wäre die sich selbst verstärkende Erhitzung unaufhaltbar. Das Überschreiten dieser Kippunkte gilt es also um jeden Preis zu verhindern.

In jedem Fall sind die Auswirkungen im globalen Süden viel schwerer. Durch die Klimakrise werden ganze Landstriche geflutet oder ausgetrocknet. Das hat Zwangsumsiedlungen, Hungersnöte und Millionen von Flüchtenden zur Folge. Die Folgen der Klimakrise sind aber auch in der Schweiz schon heute zu spüren. Bereits heute haben wir eine doppelt so starke Erderwärmung wie der globale Durchschnitt. So nimmt, um nur ein Beispiel zu nennen, die Häufigkeit von Wetterextremen wie Hitzewellen zu. Und damit die Tode von älteren Menschen und Säuglingen.

Wenn Ihr Euch also für Netto Null 2050 entscheidet, nehmt Ihr bewusst oder unwissend Hunger, Flucht und Tod von Millionen von Menschen und Tieren in Kauf. Die Entscheidung für Netto Null 2050 ist fatal, asozial, rassistisch und darum verantwortungslos. Es ist höchste Zeit, das Scheinargument der alternativlosen, politökonomischen Verhältnisse und der unveränderbaren Realität zu beseitigen, denn die Realität liegt nicht ausserhalb des menschlichen Handelns, sondern wird durch dieses bestimmt. Und für die realen Verhältnisse tragen insbesondere jene Menschen Verantwortung, die politische und ökonomische Machtpositionen haben. Und zu diesen gehört Ihr, liebe Mitglieder des Gemeinderats.

Niemand hat jemals gesagt, dass es einfach wird. Wir stehen vor einer extrem grossen Aufgabe. Aber von Anfang an aufzugeben und zu sagen, dass es unrealistisch sei, ist mut- und rückgratlos. Es ist unvernünftig und amoralisch. Es ist keine Option. Denn wer sich auf den wissenschaftlichen Konsens und Ethik stützt, weiss, dass Netto Null 2050 keine Option ist. Wer Verstand und Gewissen besitzt, kann das nur ablehnen. Zugunsten eines klar verschärfen Ziels.

Als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Volks habt Ihr Verantwortung und müsst über Eure Entscheidungen Rechenschaft ablegen. Ihr gehört zu den letzten Politikerinnen und Politikern, welche noch dazu beitragen können, die Klimakrise zu verhindern. Oder zumindest alles dafür zu geben. Ihr habt es vor den Eulachhallen gesehen: Alle Augen sind auf

Euch gerichtet – und werden es bleiben. Es sind nicht nur die Augen der Klimastreikenden und jene der mehr als 1'100 Menschen, welche die Petition für Netto Null 2030 unterschrieben haben. Es sind auch die Augen zukünftiger Generationen, deren Leben Ihr mit einer fahrlässigen Zustimmung zu Netto Null 2050 gefährdet. Entscheiden Sie also weise! Entscheiden Sie mit Verstand und Gewissen. Entscheiden Sie sich gegen Netto Null 2050, entscheiden Sie sich für das Wohlergehen zukünftiger Generationen, für ein lebenswertes Winterthur und eine klimagerechte Welt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadträtin K. Cometta: Wir nehmen das zur Kenntnis und ich verweise gerne auf die Debatte nachher zum entsprechenden Traktandum.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann ist mir noch eine zweite persönliche Erklärung von Iris Kuster (Die Mitte) bekannt.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Keine Angst, ich werde nicht so lange sprechen wie mein Vorredner. Und ich möchte auch Urs noch für seine Ausführungen danken. Auch mir geht es um die Zusammenarbeit hier, aus einem etwas anderen, persönlicheren Blickwinkel. Ich möchte gerne zurückerinnern an die Diskussion im Rat zur Gemeindeordnung und an vorgängige Gespräche, die ich geführt habe.

Als wir unsere Anträge zum Schulmodell gestellt haben, notabene einiges früher als der jetzt vorliegende Antrag, der – mein Vorredner hat es kundgetan – von der rot-grünen Mehrheit gestellt wurde zu Netto Null CO₂. Was habe ich mir anhören müssen: Wir seien unseriös, wir würden die Kommissionsarbeit nicht schätzen etc. Und das vor allem von den links-grünen Parteien. Umso mehr hat es mich erstaunt, von den Anträgen zum heutigen Traktandum Netto Null CO₂ zu lesen. Am Donnerstag habe ich sie zum ersten Mal gesehen, notabene vier Tage vor der Sitzung. Und auch erst, nachdem die meisten Fraktionen schon ihre Sitzungen gehabt hatten. Und zudem ohne dass es in der zuständigen Kommission hätte besprochen oder behandelt werden können. So wie Sie das bei unserem Antrag reklamiert und moniert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es schon erschreckend, wie wir - ich und meine Fraktion – immer wieder angegriffen und mit Forderungen nach Fairness und Offenheit angegangen werden. Aber diejenigen Personen und Parteien, die das fordern, dass sie sich selbst am wenigsten an die von ihnen geforderten Verhaltensweisen halten – das ist wirklich nicht richtig. Ihr predigt Wasser und trinkt Wein.

Ich hoffe, dass trotz bevorstehendem Wahljahr die Anwesenden sich an die von ihnen selbst gestellten Anforderungen und Haltungen halten. Nur so ist eine faire, konstruktive Zusammenarbeit und der Erhalt der Glaubwürdigkeit unserer Arbeit möglich. In dem Sinne: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Danke.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind keine weiteren Fraktionserklärungen oder persönlichen Erklärungen bekannt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind auch bei der Traktandenliste keine Änderungswünsche bekannt. Wenn es doch noch einen gäbe, müsste man sich jetzt melden. Die Traktandenliste ist so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 1./2. Sitzung

Ratspräsidentin M. Sorgo: Protokoll der 1. und 2. Sitzung. Gibt es noch Bemerkungen dazu? – Dann ist auch das Protokoll der 1. und 2. Sitzung des Amtsjahres 2021/2022 genehmigt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2021.33: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden T. Brütsch (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden Tobias Brütsch für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Euch vor, anstelle von Tobias Brütsch in die AK zu wählen: Daniel Oswald (SVP).

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es da noch eine Vermehrung der Vorschläge? – In diesem Fall bist Du, Daniel Oswald, als Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2018 – 2022 gewählt. Herzliche Gratulation und viel Vergnügen in Deinem neuen Amt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2019.82: Antrag und Bericht zur Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zum Traktandum 3, das wurde jetzt ja schon einige Male erwähnt und angesprochen. Es geht um das Geschäft 2019.82: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050.

Ich möchte Sie kurz darüber orientieren, wie der Ablauf sein wird: Als erstes wird das Geschäft vom zuständigen Referenten, Daniel Altenbach, vorgestellt. Es sind verschiedene Anträge im Raum, diese werden im Anschluss kurz vorgestellt und begründet, da geht es nur um die Begründung der Anträge. Nachher kommen wir zu den Voten aus den Fraktionen, in erster Linie SSK-Mitglieder (ausser Sie haben sich in der Fraktion anders organisiert). Diese dürfen, wie auch schon im Mail vom letzten Freitag erwähnt, auch ein bisschen ausführlicher sein und sowohl die Weisung wie auch das Massnahmenprogramm, das ja teilweise durchaus auch die nachfolgenden Geschäfte betrifft, behandeln. Und am Schluss kommen wir zu den Abstimmungen über die Anträge und die Gesamtweisung.

Wir steigen ein mit der Vorstellung des Geschäfts. Ich übergebe das Wort dem Referenten der SSK, Daniel Altenbach.

D. Altenbach (SSK): Die Geschichte dieser Vorlage begann am 26. Juni 2019, als der Stadtrat die Verwaltung unter Leitung von Umwelt- und Gesundheitsschutzes beauftragte, das aktuelle Energiekonzept sowie den dazugehörigen Massnahmenplan im Sinne der regelmässigen Berichterstattung und aufgrund der aktuellen Erkenntnisse zu überprüfen. Damit wurde die Firma «econcept» aus Zürich beauftragt. Am 8. Juli 2019 in der Klimasitzung wurde die nun beantwortete Motion «Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050» an den Stadtrat überwiesen.

Die Stadtregierung teilte das Anliegen von Anfang an und beschloss, die Beantwortung mit dem gerade in Auftrag gegebenen Bericht zu vereinen und hat zu diesem Zweck den Auftrag so differenziert, dass 3 Ziele miteinander zu vergleichen sind: 1. der bisherige Plan «2000-Watt-Gesellschaft», 2. das in der Motion geforderte Ziel «Netto-Null Treibhausgase bis 2050» und aus eigenem Antrieb hat sie 3. den Auftrag noch um den Punkt ergänzt, dass die Machbarkeit des Ziels «Netto Null bis 2030» ebenfalls zu überprüfen ist. Der Hauptauftrag war also, eine Gesamtsicht zur Erreichung von «Netto Null CO₂ bis 2050» zu bekommen und die dazu in den nächsten sieben Jahren nötigen Schritte aufzuzeigen.

Die damalige DSU-Vorsteherin Günthard hatte 5.5 Monate später dem Gemeinderat eine Fristerstreckung beantragt. Die Frist für die Beantwortung der Motion 2019.82 wurde bis am 8. Januar 2021 erstreckt. Am 5. März 2021 wurde die nun vorliegende Weisung veröffentlicht. Die Weisung W2019.82, insbesondere mit ihren Beilagen Bericht und Massnahmenplan, wurde in der SSK an drei Sitzungen vom 8. März bis 12. April 2021 vorgestellt und diskutiert. Der Stadtrat bekennt sich darin klar zu dem Ziel, eine saubere Netto-Null-CO₂-Bilanz für die Stadt Winterthur bis spätestens 2050 zu erreichen. Damit anerkennt er das Pariser Klimaabkommen von 2015 als gültigen Massstab, dass die Erderwärmung auf maximal 1.5°C zu begrenzen ist, indem weltweit die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2050 auf Netto Null reduziert werden. Für die unmittelbare Tätigkeit der Stadtverwaltung inklusive ihrer Immobilien setzt der Stadtrat ein ehrgeizigeres Ziel, nämlich bis 2035 komplett CO₂-neutral zu werden. Er versucht mit dem vorliegenden Bericht, den Weg der Stadt Winterthur hin zu diesem Ziel aufzuzeigen und mit der Massnahmenplanung die erforderlichen Schritte bis 2029 so detailliert wie möglich zu skizzieren.

Die Weisung des Stadtrates schildert insbesondere, welche zusätzlichen Mittel für die strengeren Vorsorgemassnahmen in etwa nötig werden.

Die Einflussbereiche der Stadtverwaltung auf die CO₂-Emissionen werden in 3 «Scopes» aufgeteilt, die folgendes auseinanderhalten:

1. Die konkreten Emissionen innerhalb der Stadt.
2. Die Emissionen, die ausserhalb von Winterthur anfallen, um die hier verbrannten Treib- und Brennstoffe bereitzustellen, quasi das graue CO₂ von Benzin, Heizgas und Heizöl.
3. Die globalen Emissionen der nur indirekt beeinflussbaren Bereiche wie Bautätigkeit, privater Konsum und Flugreisen.

Im «Fachbericht Massnahmenplan 2021 bis 2028» werden die Massnahmen der nächsten Jahre hinsichtlich des Ziels Netto Null 2050 konkretisiert und 54 Massnahmen detailliert aufgezählt, mit Angaben zu Zuständigkeit, Indikatoren, Mehraufwand an Personal, Gesamtkosten und Wirkungspotenzial bezüglich CO₂-Einsparung.

Die Kosten für die Umsetzung der zusätzlichen Klimaschutzmassnahmen (zusätzlich zu dem, was bisher geplant war) betragen im Durchschnitt 6.6 Mio. Franken pro Jahr. Darin sind etwa 10,6 Vollzeitstellen speziell für den Klimaschutz enthalten. Diese neuen Angestellten werden auch dafür sorgen, dass pro Jahr durchschnittlich 1.6 - 2.6 Mio. Franken an Fördermitteln von Bund, Kanton und Stiftungen in Anspruch genommen werden können. So müssen «nur noch» rund 4 - 5 Mio. Franken pro Jahr über den Steuerhaushalt finanziert werden, was ca. 2 Steuerfussprozenten entspricht.

Darin sind aber Investitionen, wie sie z.B. zur Erstellung von neuen Wärmeverbänden nötig wären, naturgemäss nicht enthalten.

Die Verabschiedung eines behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses heute Abend ist noch kein Beschluss über die detaillierten Einzelausgaben, diese werden zu gegebener Zeit regulär ins Budget aufgenommen oder in Form von Objektkrediten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet. Denn es sei nicht möglich, dass man noch nicht genau bezifferbare Auslagen über 5 Departemente und 7 Jahre mit einem Beschluss verbindlich macht.

Ein beschleunigter Umbau von Energie- und Verkehrsinfrastrukturen im öffentlichen und privaten Bereich wird in der lokalen Wirtschaft diverse Unternehmen stärken und Arbeitsplätze schaffen. Das wiederum kann die Steuereinnahmen evtl. erhöhen. Auch das ist nicht abgebildet im Bericht.

Der 57-seitige Schlussbericht der Firma econcept schildert unter anderem, dass die Stadt alleine die gesetzten Ziele gar nicht zu erreichen vermag, weil sie dabei auf Änderungen von übergeordnetem kantonalem und Bundes-Recht angewiesen ist.

In genau diesem gleichen Zusammenhang wird auch geäußert, dass das Ziel «Netto Null bis 2030» aus den gleichen Gründen von der Stadt alleine gar nicht erreicht werden könnte, weil längst nicht alle relevanten Bereiche in der Kompetenz der Stadt Winterthur geregelt werden können.

Der Massnahmenplan verbindet bereits in Umsetzung befindliche Massnahmen mit neuen Anforderungen und Strategien. Ich nenne ein paar Beispiele, wie sie in der Weisung auf Seite 7 in der Tabelle 3 in der oberen Zeile aufgeführt sind:

1. Rückbau Gasnetz
2. Fernwärmenetz vergrössern
3. Hohe Anschlussdichte an Wärmeverbunde sicherstellen
4. Übergangslösungen anbieten, bis Wärmeverbunde aufgebaut sind

Diese vier Massnahmen laufen ja bereits schon.

Die nächsten drei Beispiele werden sofort angegangen, dieses Jahr:

5. Lokale Wärmeverbunde (Mikroverbunde) realisieren
6. Beratung, Förderung bei Heizungsersatz optimieren
7. Umwelt- und Klimaauswirkungen bei städtischen Beschaffungen reduzieren

Und ab 2022 laufen die folgenden Schritte:

8. Startups der Cleantech-Branche fördern
9. Energieeffizienz in der Stadtverwaltung optimieren
10. Netto-Null-Strategie für städtische Betriebe und Unternehmen mit städtischer Beteiligung erarbeiten

Dies sind nur 10 von 54 Massnahmen. Sie belegen aber, dass der Stadtrat aus eigener Initiative bereits mit der Umsetzung des Massnahmenplanes beschäftigt ist und dies auch weiterhin machen will. Mit einer Anpassung des behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses heute Abend im Sinne der Motion sollen Gemeinderat und später das Volk dieses Vorgehen langfristig verbindlich festlegen.

Die Kommission SSK hat die Weisung mit 8:1 Stimmen befürwortet.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank, Dani Altenbach, für das Vorstellen dieses Geschäfts. Mir sind bis jetzt vier Anträge bekannt, diese werden jetzt kurz vorgestellt. Ich würde gleich mit dem Vorstellen des Ratsleitungsantrags beginnen. Ich glaube, das ist auch derjenige, der am Unumstrittensten ist. Und zwar geht es da um die Inkraftsetzungsbestimmung, diese fehlt bis jetzt in dieser Weisung. Und die Ratsleitung ist der Meinung, dass es sinnvoll ist, wenn es klar festgehalten ist, dass wenn das Geschäft bei einer Volksabstimmung angenommen wird, dass dann auch klar ist, dass es in Kraft gesetzt wird.

Der Antrag ist daher, dass Ziffer 2 neu zum Antrag wird: «Werden die Änderungen gemäss Ziffer 1 in der Volksabstimmung angenommen, treten diese mit dem rechtsgültigen Zustandekommen des Volksbeschlusses in Kraft.» Und damit würde die aktuelle Ziffer 2, wo es darum geht, dass man die Motion als erledigt abschreibt, zu Ziffer 3 werden.

Das ist der Antrag der Ratsleitung.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Klima-Allianz SP, GLP, Grüne, AL und EVP. Dieser wird von Michael Bänninger (EVP) kurz vorgestellt.

M. Bänninger (EVP): Im Namen der Klima-Allianz, somit von den Fraktionen SP, Grüne/AL, GLP und EVP, formuliere ich den folgenden Änderungsantrag zu Ziff. 1 Abs. B lit. a: «eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr und Kopf der Bevölkerung bis zum Jahr 2040.» Lit. d: «Es werden folgende Zwischenziele angestrebt: – Treibhausgasemissionen: bis 2033 1,0t.»

Das mit folgender Begründung: Die Klimaerwärmung schreitet ungebremst voran. Die Durchschnittstemperatur ist seit der Industrialisierung bereits um 2 Grad gestiegen. Die letzten

dreissig Jahre wurde zu wenig dagegen unternommen, auch in Winterthur. Seit der Einreichung der Netto Null-Motion sind wieder zwei Jahre vergangen, in denen sich erneut gezeigt hat, dass der Handlungsbedarf für CO₂-Massnahmen immer dringlicher wird.

Doch nicht nur das: Wohlhabende Länder wie die Schweiz haben in diesem Prozess eine ganz besondere Verantwortung, sind sie es doch, welche bisher den allergrössten Teil des CO₂-Budgets aufgebraucht haben, das gemäss IPCC eingehalten werden muss, um die Erwärmung weltweit nicht über 2 Grad ansteigen zu lassen.

Bereits vor zwei Jahren hat auch die Stadt Winterthur den Klimanotstand ausgerufen. In der besonderen Verantwortung der grossen Städte genügt das bisherige Netto Null-Ziel 2050 nicht mehr. Die Klima-Allianz beantragt deshalb eine der Situation angemessene und ehrgeizigere Zielsetzung: Netto Null bereits bis 2040. Kongruent dazu soll auch das Zwischenziel eine Tonne leicht auf das Jahr 2033 vorgezogen werden. Die Zielsetzungen und Massnahmenprogramme sind damit vergleichbar mit dem Ziel der Stadt Zürich.

Diese Anpassungen bedingen keineswegs, dass wir nicht mit dem vom Stadtrat vorgelegten Massnahmenplan starten können. Die Klima-Allianz sieht weder eine sachliche noch zeitliche Notwendigkeit zu einer Verzögerung, im Gegenteil. Das Massnahmenprogramm entspricht sozusagen einer rollenden Planung, die jetzt für die ersten sieben Jahre aufgelegt ist. Es genügt, wenn diese bis in rund 5 – 6 Jahren entsprechend ergänzt und für die nächste Periode vorbereitet wird. Das Programm ist für den Start bereits sehr ehrgeizig. Es soll so rasch als möglich umgesetzt werden.

Im Namen der Klima-Allianz danke ich für die Unterstützung des Antrags.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann liegt mir ein weiterer Änderungsantrag der AL vor. Roman Hugentobler hat das Wort.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Wir von der AL stellen den Antrag Netto Null bis 2030. Wieso das wichtig ist, habt Ihr in der Rede des Klimastreiks bereits gehört. Ich lasse nicht gelten, dass man sagt, das gehe halt nicht wegen Kanton und wegen dem Bund. Da muss der Stadtrat halt Druck machen auf Kanton und Bund, damit man das auch umsetzen kann. Wie schon gesagt: Jedes Jahr zählt, und deshalb sind wir von der AL für Netto Null 2030. Natürlich unterstützen wir aber auch den Änderungsantrag der Klima-Allianz, wo wir auch ein Teil davon sind.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich habe gehört, es gäbe noch einen Eventualantrag der FDP. Da gebe ich das Wort Felix Helg.

F. Helg (FDP): Vor allem wurde heute Abend betont, dass mit der Beratung dieses Geschäfts sehr wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden. Der Weg zu Netto Null ist grossmehrheitlich nicht umstritten. In der Geschwindigkeit des Weges und bei den Massnahmen gibt es aber unterschiedliche Vorstellungen, wir haben es gerade vorhin gesehen in den verschiedenen Anträgen, die heute zu diesem Thema gestellt werden.

Die Ausgangslage wird aller Voraussicht nach so sein, dass der Antrag der sogenannten Klima-Allianz, nämlich Netto Null im Jahr 2040, eine Mehrheit im Gemeinderat finden wird. Es gibt aber dann noch eine Volksabstimmung, und wie das Ergebnis dort sein wird, wissen wir nicht, zumal momentan auch nicht klar ist, welche verschärften Massnahmen mit dem Ziel Netto Null im Jahr 2040 verbunden sind.

Die FDP-Fraktion möchte einen Weg aufzeigen, damit es in der ganzen Sache nicht zu einem Scherbenhaufen kommt und das Volk die Möglichkeit hat, in der Abstimmung umfassend über den Weg Netto Null zu befinden. Und eben auch über die Geschwindigkeit. Es gibt das Mittel der Variantenabstimmung, gestützt auf Art. 12 Abs. 2 der momentan noch geltenden Gemeindeordnung (ich zitiere): «Der Grosse Gemeinderat kann der Gemeinde zu allen Gegenständen, die dem obligatorischen Referendum unterliegen, zwei Anträge als Alternativen zur Abstimmung unterbreiten.» Aus diesen Überlegungen haben wir, jetzt natürlich auch relativ kurzfristig, folgenden Antrag ausgearbeitet, der jetzt auf der Präsentationswand erscheint (ich danke Marc Bernhard und Jürg Bachmann für die Vorbereitung): Der grün eingefärbte

Teil ist das, was die Variantenabstimmung umfassen würde. Die Änderung würde in zwei Varianten der Volksabstimmung unterbreitet, einleitend. Dann kommt die Variante 1, das wäre die Fassung, wie sie uns der Stadtrat präsentiert, mit dem Ziel Netto Null 2050 und dem Zwischenziel gemäss der Weisung des Stadtrats. Und dann als Variante 2, so wie es mutmasslich aussieht, der Antrag der Klima-Allianz mit der Geschwindigkeit, dass man Netto Null im Jahr 2040 erreicht und dem verschärften Zwischenziel 2033.

Auf Anregung des Ratschreibers wäre dann die Klausel, welcher Variante der Grosse Gemeinderat den Vorzug gibt – für das muss man noch die Abstimmung abwarten.

Und Ziffer 2 ist die Inkrafttretensbestimmung, leicht redaktionell ergänzt, wie sie sie die Ratsleitung vorgelegt hat.

Ich denke, so hätten wir wirklich die Gelegenheit, dass das Volk dann auch umfassend zu den beiden Varianten Stellung nehmen kann und wir da dann einen gut abgestimmten Entscheid des Volks haben.

Also kurz zusammengefasst: Die beiden Varianten Netto Null 2050 und Netto Null 2040 gegenübergestellt, bei denen man bei beiden Ja oder Nein sagen könnte. Und dann gibt es noch eine Stichfrage, wenn beide Varianten angenommen werden würden.

Wir möchten Ihnen beliebt machen, diesem Antrag zuzustimmen und so den Weg zu ebnen für eine demokratische Ausmarchung in der Volksabstimmung. Besten Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zur Diskussion. Als erstes das Wort hat Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Zuerst Danke an Daniel für die Vorstellung des Geschäfts und auch an Michael für die Erläuterungen zum Antrag, das übergeordnete Ziel Netto Null bis 2040 anzupassen.

Wir haben im Jahr 2019 mit einer Motion verlangt, dass das Energiekonzept mit einem Netto Null CO₂-Ziel ergänzt wird. Schon damals hat die GLP darauf hingewiesen, dass wir dieses Ziel als Mindestziel verstehen und aufgezeigt, warum wir jetzt handeln müssen. Initiierte und ergriffene Massnahmen entfalten ihre Wirkung meistens erst mittelfristig. Aber zu spät ergriffene oder gar verpasste Massnahmen sind nur schwer oder gar nicht aufholbar. Zudem werden die dringlich notwendigen Massnahmen nicht billiger, wenn wir einfach zuwarten – ganz im Gegenteil.

Der Stadtrat hat mit der Bearbeitung dieser Motion direkt eine Beschlussvorlage zur Anpassung des behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses betreffend Energie- und klimapolitischen Zielen vorgelegt. Er hat ein Energie- und Klimakonzept 2050 erarbeitet und basierend darauf einen Massnahmenplan 2021 – 2028 abgeleitet. Für die umfangreiche und sehr gute Ausarbeitung danken wir der zuständigen Stadträtin.

Inhaltlich sind wir sowohl mit der Anpassung des Grundsatzbeschlusses und vor allem mit dem Massnahmenpaket für die nächsten Jahre einverstanden. Einzig der zeitliche Rahmen muss an die aktuelle Klimasituation und -entwicklung angepasst werden. Die Schweiz und somit auch die Stadt Winterthur muss international eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen. Es genügt nicht mehr, sich auf das Minimalziel aus dem Pariser Klimaabkommen mit Netto Null 2050 zu konzentrieren. Wir müssen das Abkommen ambitioniert umsetzen. Die Massnahmen müssen aber auch machbar sein, die Umsetzung muss wirtschafts- und gesellschaftsverträglich erfolgen, damit das Klimaschutzziel so breit wie möglich mitgetragen werden kann. Es ist wichtig, dass alle relevanten Akteure auf dem Weg Richtung Netto Null mitgenommen werden und bei der Umsetzung mitwirken.

Eine Umsetzung der klimaneutralen Stadt Winterthur bis 2030, welche ebenfalls den Teil des Konsums berücksichtigt, der im Einflussbereich der Stadt liegt, erachten wir als nicht möglich. Auch die Stadt Zürich hat ihre Ziele und ihren Massnahmenplan auf 2040 ausgelegt, mit dem gleichen Fokus, wie ihn die Stadt Winterthur heute vorschlägt.

Betreffend der Massnahmen gilt es festzuhalten, dass wir als GLP nicht wollen, dass die Massnahmen, welche bereits im vorliegenden Massnahmenplan den Konsum betreffen (Scope 3), gestrichen werden, nur um auf dem Papier Netto Null 2030 zu erreichen. Das wäre ein Etikettenschwindel, den wir so nicht unterstützen würden. Trotzdem werden wir

grundsätzlich jederzeit Massnahmen unterstützen, welche eine schnellere Umsetzung des Zwischenziels oder vom Netto Null-Ziel ermöglichen würden.

Mit dem heute vorgestellten Änderungsantrag unterstützt die GLP als Erstmotionär für überhaupt Netto Null-Ziele im Klimakonzept und als Teil der Klima-Allianz die Verschärfung des Netto Null-Ziels auf das Jahr 2040 und auf das Zwischenziel 1 Tonne 2033 ganz klar. Für die GLP ist klar: Das fossile Zeitalter gehört ins Museum.

Unterstreichen wollen wir an dieser Stelle nochmals, dass auch durch die aus unserer Sicht notwendigen Verschärfungen der vorgestellte Massnahmenplan in keinsten Weise neu überarbeitet werden muss. Mit der Umsetzung kann spätestens morgen begonnen werden. Die zeitliche Aktualisierung bedeutet einzig, dass der Massnahmenplan 2028 – 2035, der an den heutigen anschliessen würde, auf das Zwischenziel 2033 und auf das Ziel Netto Null 2040 ausgerichtet werden müsste. Und da dieser Massnahmenplan noch nicht existiert, entsteht auch nicht die Gefahr eines Mehraufwands in den einzelnen Departementen, welche die Stadtverwaltung bei der Umsetzung behindert.

Es geht heute noch nicht darum, einzelne Massnahmen und deren Finanzierung zu fixieren. Diese Diskussion kommt erst – und hoffentlich schnell. Sondern es geht heute darum, den Rahmen für die Ziele für unsere Klima-, Verkehrs-, Gebäude- und Energie-Politik zu setzen. Wir haben heute die Gelegenheit, die Ziele für die Klima- und Energie-Politik der Stadt Winterthur an die aktuellen, lokalen und globalen Herausforderungen anzupassen. Wer das nicht unterstützt, verschliesst sich aktiv der Tatsache des Klimawandels und ignoriert so bewusst wissenschaftlich bestätigte Fakten.

Das ganze Thema ist auch kein rein politisches Thema mehr. Ganz im Gegenteil. Heute fordert eine breite Mehrheit der Gesellschaft und der Wissenschaft, sich für eine schnelle und nachhaltige Klimapolitik einzusetzen und rufen zu einem sofortigen Handeln auf. Dass sich in dieser Bewegung unter anderem sehr viele junge Menschen für das Klima einsetzen, unterstreicht eindrücklich, wie wichtig und dringlich das Thema ist. Sind es im Endeffekt doch vor allem die jungen Generationen, welche zukünftig sämtliche Konsequenzen tragen müssen. Darum ist es der GLP sehr wichtig, dass heute beschlossen wird, ein Klimaziel für die Stadt Winterthur festzulegen.

Wie ausgeführt werden wir uns für die geplante Volksabstimmung für das Ziel Netto Null 2040 einsetzen. Aber der Möglichkeit, einen Variantenentscheid an der Urne zu bringen, verschliessen wir uns grundsätzlich nicht. Zu wichtig und zu dringlich ist das Ganze, dass endlich und dringlich verbindliche Netto Null-Klimaziele verabschiedet werden. Den Antrag der Ratsleitung unterstützen wir selbstverständlich. Den Antrag der AL unterstützen wir nicht.

K. Frei (Grüne/AL): Ein kleines Fragespiel zum Einstieg: Wer von Ihnen weiss ohne Googeln das Gründungsjahr vom Weltklimarat IPCC? Es geht Ihnen sicher gleich wie mir gestern, ich wusste es nicht: 1988.

33 Jahre ist es her. Diese Zahl führt uns plastisch vor Augen, wie lange – nämlich eine ganze Generation oder ein bisschen mehr - es brauchte, bis wir auch da in Winterthur einen Klimaplan vorliegen haben, der den Namen verdient. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft weltweit sind dem Stand der Wissenschaft entsprechend also 20 – 30 Jahre im Rückstand.

Im März hat nun aber der Stadtrat seine erste umfassende Klimastrategie veröffentlicht. Wie bereits gehört besteht sie aus fundierten Analysepapieren und einer starken Umsetzungsplanung bis 2028, einem Zwischenziel 2035 sowie dem Ziel, die Stadt Winterthur bis 2050 klimaneutral werden zu lassen. Das alles war sehr zu unserer Freude, weil wir gemerkt haben, dass nach einem langen Zögern die Stadt jetzt wirklich einen Schritt in die richtige Richtung gemacht hat. Auch wir danken der Stadträtin und dem ganzen Stadtrat an dieser Stelle ganz herzlich.

Zum Erklären, weshalb wir Grünen/AL jetzt heute, nur knapp drei Monate später, sagen, dass wir immer noch nicht ganz zufrieden sind und weshalb wir dieses Ziel um zehn und das Zwischenziel um zwei Jahre verschärfen wollen, muss ich etwas ausholen. Ich mache das mit einer Grafik aus dem Magazin «Solidar Suisse» bzw. Oxfam.

Links auf der Grafik sehen Sie den Anteil der Wohnbevölkerung, rechts den Anteil der globalen CO₂-Emissionen. Das Kleingedruckte bringt es auf den Punkt: Das reichste Prozent der

Weltbevölkerung ist für 15% der globalen CO₂-Emissionen (ganz oben rechts schwarz schraffiert) verantwortlich. Oder aber 10% der Reichsten sind für 50% der Emissionen, also die Hälfte, und somit auch für die heute bekannten, schwerwiegenden Folgen verantwortlich. Anders gesagt: Der reiche Norden (und somit auch wir hier in Winterthur) steht als hauptsächlicher Klimawandelverursacher mit unserem Reichtum und unserem technischen Vorsprung ganz besonders in der Verantwortung.

Auch wenn die Klimaerwärmung in den vergangenen dreissig Jahren in unseren Breitengraden – sind wir ehrlich – auch einmal für angenehme Auswirkungen gesorgt hat (man konnte z.B. abends ein bisschen länger draussen sitzen), kommen heute schon im globalen Süden zig Menschen wie Sie und ich seit Jahren durch die Klimaerwärmung in echte Nöte und verlieren ihr Leben. Die Zahl der Klimaflüchtlinge schätzt die Weltbank für die nächsten dreissig Jahre auf schwindelerregende 143 Mio.

Es waren diese und andere eindringliche Fakten, die uns Grüne/AL in den vergangenen Wochen neu dazu bewogen haben, das Gespräch in verschiedene Richtungen zu führen. Das Resultat ist der vorliegende Antrag und dass sich der Klimastreik Winterthur grundsätzlich dazu verpflichtet hat, die Zielsetzung in der kommenden Volksabstimmung auch zu unterstützen. Selbstverständlich halten sie daran fest, dass 2040 im Grunde genommen nicht genügt. Und weil auch wir Grünen ein rasches Handeln befürworten, haben wir ja auch von Beginn der Gespräche an das Zwischenziel 2030 1 Tonne CO₂ gefordert. Weil aber ein breit gestützter Kompromiss im Moment zielführender ist, haben wir uns am Ende der Diskussion auch zu 2033 bekannt. Globalpolitisch wissen wir sowieso, dass eine Umsetzung Netto Null bis 2030 sehr sehr schwierig bis unmöglich ist. Das sagen übrigens auch namhafte Klimawissenschaftler wie z.B. Reto Knutti.

CO₂-Emissionen machen bekanntlich nicht Halt an den Landesgrenzen, und so kann es uns auch nicht kalt lassen, wenn kein geringerer als Fatih Birol, der Direktor der internationalen Energie-Agentur IEA, sagt, es sei höchste Zeit, dass die Regierungen der Welt vom Ankündigungsmodus in den Handlungsmodus wechseln. Da sind wir ganz einverstanden mit der FDP. Diesen Appell nehme ich zum Anlass, um unseren Willen zu bekräftigen, lieber heute als morgen mit dem vorliegenden Massnahmenplan zu starten. Es darf kein weiteres Zuwarten geben. In Winterthur heisst das zum Beispiel, es müssen dringend Finanzierungsmodelle für Quartierwärmeverbünde und die Unterstützung der Solarenergie gefunden werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür stehen bereit. Wir fordern den Stadtrat auf, diese auszuloten und mutig zukunftsgerechte Modelle aufzugleisen. Und im Bereich Verkehr muss unter anderem der Modalsplit zugunsten von ÖV und Langsamverkehr verschoben werden. Und im Bereich Konsum stehen wir Grünen – man darf uns dafür ruhig weiterhin Selbstgestrickte schimpfen, auch wenn wir dieses Image nicht mehr pflegen – wie keine andere Partei seit jeher und immer wieder für Suffizienz. Weil bei aller technischen Innovation wird es ohne ein «Weniger ist mehr» nicht gehen. Will heissen, wir alle zusammen sind angehalten, unseren Lebensstil immer neu zu überdenken und zu hinterfragen. Und genau das steht beispielsweise mit dem Begriff «Förderung der Kreislaufwirtschaft» schon heute schwarz auf weiss im Klima-Massnahmenplan Winterthur. Der ist nämlich viel zu gut, als dass er nochmals in die Schublade müsste. Nein, setzen wir ihn um und unterstützen die beiden etwas ambitionierteren Ziele 2040 bzw. das Zwischenziel 2033. Dann kommt es gut.

B. Huizinga (EVP): Die EVP hatte ihre Zweifel, ob die Fristerstreckung der Motion vor über einem Jahr wertschöpfend sei. Doch jetzt zeigt sich, dass die federführenden Organe im UGS, die für die Ausarbeitung vom Energie-Klima-Konzept 2050 verantwortlich sind, mit ihrem Engagement erfolgreich waren. Wir loben die profunde Arbeit im weiten zeitlichen Horizont sowie den Massnahmenplan bis 2028.

Seit der Überweisung der ursprünglichen Motion im Juli 2019, also bald zwei Jahren, ist uns, der gesamten Bevölkerung, insbesondere durch die grosse Aufklärungsarbeit von diversen Klimaaktivisten noch verstärkt klargeworden, wie dringend der Handlungsbedarf zur Reduktion vom CO₂-Ausstoss ist. Es ist uns als EVP ein dringendes Bedürfnis, die Inkraftsetzung vom Klima-Massnahmenplan nicht mehr länger mit politischem Seilziehen zu verzögern, sondern jetzt, heute, zu beschliessen. Um den Gap zwischen den Forderungen von Klimastreik

Winterthur und dem jetzt vorliegenden Massnahmenplan des Stadtrats zu schliessen, hat sich eine breite Klima-Allianz aus den Parteien EVP, Grüne/AL, SP und GLP formiert und den vorhin von meinem Fraktionschef Michael Bänninger vorgetragene Kompromiss ausgearbeitet. Wir hoffen, dass dadurch beide Gruppen diesen mittragen und eine weitere Verzögerung der Inkraftsetzung somit verhindern. Politik ist immer ein Geben und ein Nehmen, wenn Pendelausschläge in extreme, blockierende Richtungen verhindert werden sollen.

Zu den einzelnen Massnahmen äussert sich meine Fraktion in den folgenden Debatten. Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Punkte nochmals hervorheben: Wir als EVP haben die autofreien Sonntage initiiert. Die Bürgerlichen haben lautstark moniert, das reduziere das CO₂ dann doch nicht. Das haben wir auch nicht so behauptet. Es besteht jedoch kein Zweifel: Autos haben einen grossen Anteil am CO₂-Ausstoss. Uns geht es mit diesem Vorstoss um ein Umdenken, eine neue Gangart, einen Anstoss. Und um die Freiheit, das Auto stehenzulassen. Wer das nämlich entdeckt hat, der wird es wieder machen. Und damit den CO₂-Ausstoss nachhaltig reduzieren.

Ja, die Klimamassnahmen werden wir finanzieren müssen. Wir sind in letzter Zeit als EVP nicht bekannt dafür, sehr ausgabenfreudig zu sein. Das gilt aber nicht für die Klimamassnahmen. Da müssen wir das nötige Geld in die Hände nehmen, um das CO₂ möglichst schnell und effektiv zu reduzieren. Wir werden die sinnvollen Massnahmen ohne Wenn und Aber unterstützen. Wir haben schon oft gesagt: Neben dem Geld aus dem allgemeinen Haushalt sehen wir den Moment kommen, die Parkhausreserven einzusetzen. Und das gezielt für Klimamassnahmen. Das Mittel dazu kann ein Rahmenkredit sein. Das hat man rechtlich abgeklärt, es ist möglich und sinnvoll.

Die EVP wird somit den Antrag von 1 Tonne CO₂ bis 2033, den Massnahmenplan mit Netto Null 2040 unterstützen. Dem Variantenvorschlag der FDP stimmen wir zu, da wir auf jeden Fall verhindern wollen, dass das Ziel Netto Null 2050 bei einer Volksabstimmung abgelehnt würde. Als Fraktion stehen wir klar zu 2040.

L. Jacot (SP): Ich habe heute das Argument noch nicht gehört, dass die Schweiz ja für so wenige Prozent des weltweiten Ausstosses verantwortlich ist, ich bin aber relativ sicher, es wird auf der einen oder anderen Ebene noch kommen... Es hat da draussen ein sehr gutes Plakat vom Klimastreik, das sehr schön aufzeigt, dass wir beim pro Kopf-Ausstoss weit oben in den Top Ten sind. D.h. gerade in der Schweiz ist der Handlungsbedarf wirklich gross, dass wir jetzt das CO₂ zeitnah zu reduzieren beginnen.

Es waren nicht alle dabei, aber vor zwei Jahren hatten wir einen sehr interessanten Vortrag von Frau Professorin Sereviratne, die uns damals schon zeigte: Wenn wir erst 2050 global auf Netto Null sind, dann müssen wir eigentlich auf unter Null, um das Klimaziel, das gesetzt worden ist, noch zu erreichen. Das 2 Grad-Ziel wurde gesetzt, weil es dort noch relativ sicher ist, dass noch keinen dieser tipping points, die heute schon erwähnt wurden, erreicht und damit diese Katastrophe wirklich ausgelöst wird.

D.h. wir müssen irgendwann den CO₂-Ausstoss, den wir machen, kompensieren. Also das, was wir ausstossen, müssen wir kompensieren. Und wir müssen dann noch mehr kompensieren als das, was wir ausstossen. Der Umbau der Wirtschaft von fossilen Energieträgern auf nachhaltige Energiegewinnung wird stattfinden. Da können Sie sich jetzt auf den Kopf stellen – das wird passieren. Die Frage für uns als Schweizer und v.a. als Winterthurer ist, ob wir vorgehen wollen, ob wir innovativ sein wollen. Wollen wir Technik erschaffen und entwickeln, die wir dann in die Welt verkaufen können damit sie diese auch nutzen kann. Oder wollen wir einfach den Zielen hinten nachhinken und dann alles irgendwie aus dem Ausland einkaufen, weil wir einfach die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Und ja, liebe FDP, das wird Geld kosten. Auch liebe SVP. Ich finde es immer ein bisschen Augenwischerei, wenn man sagt, das werde nichts kosten. Und ich gehe auch davon aus, dass auch die Parkhausreserven nicht ganz reichen werden, um alle Massnahmen umzusetzen. Ich habe auch schon das Argument gehört von der FDP, wir seien für die Steuerzahler verantwortlich und da könne man nicht noch Geld für solche Massnahmen einsetzen. Wir sind schon für die Steuerzahler verantwortlich. Aber ich bin doch ein bisschen jünger als der Durchschnitt in diesem Rat. Ich habe einen kleinen Sohn. Ich fühle mich auf eine Art auch für

die zukünftigen Steuerzahler verantwortlich. Und wir überlassen diesen jetzt nicht nur die Schulden der Covid-Krise – sie dürfen dann auch noch den ganzen CO₂-Ausstoss kompensieren, den wir jetzt da noch weitermachen wollen wie bisher. Und sie dürfen dann natürlich auch noch die Folgen des Klimawandels bezahlen, sie dürfen dann auch noch die Massnahmen zahlen, um die schlimmsten Schäden, die der Klimawandel angerichtet hat, zu reduzieren versuchen.

Von daher: Es wird etwas kosten. Die Frage ist einfach, ob wir unsere Verantwortung wahrnehmen wollen und da jetzt mitzahlen, oder ob wir einfach warten, so dass das dann die zukünftige Generation noch machen müssen wird. Ich befürchte, ich werde dann noch Steuerzahler sein, also werde ich so oder so zahlen müssen – für mich kommt es eigentlich nicht so darauf an.

Wir müssen jetzt vorwärtsmachen bezüglich Wärmering, bezüglich nachhaltiger Energieerzeugung. Wir müssen eine bessere Energiebilanz von Gebäuden haben. Und ja, wir werden auch – ich sage das Reizwort – in der Verkehrspolitik vorwärtsmachen müssen.

Warum Netto Null 2040 statt 2050? Unsere Fraktion hätte 2019 schon sehr gerne 2040 in die Motion geschrieben. Wir führten dann Gespräche mit den verschiedensten Fraktionen (soweit ich mich erinnere, auch mit FDP und Mitte) und kamen dann darauf, dass 2040 eine schlechtere Chance hat als 2050. Eigentlich haben wir uns dann erhofft, dass möglichst viele mitmachen. Die Motion Netto Null 2050 haben dann die FDP, die SVP und ein Teil der Mitte/EDU-Fraktion leider trotzdem abgelehnt.

Die Dringlichkeit zu handeln hat sich in den letzten zwei Jahren nochmals akzentuiert. Mit dem Klimaplan der Stadt haben wir nun endlich Handlungsoptionen in der Hand. Damit ist es möglich geworden, eine Mehrheit für das Netto Null-Ziel schon zehn Jahre früher zu finden. Das finden wir sehr gut und wir sind froh, dass wir es so verwirklichen konnten.

Zu den Varianten: Ich bin sehr für Demokratie, dass sich das Volk da äussern kann. Was ich aber nicht verstehe, ist, weshalb wir da den Klimastreik wieder ignorieren. Denn sie haben eigentlich die Variante 2030 gefordert mit der Petition. Man hätte auch bis 2030 noch einarbeiten können. Das andere, dass wir die Variante mit 2050 und 2040 haben, das hätte man irgendwie auch noch anders machen können. Aber es ist nun, wie es ist, wir können es auch nicht mehr ändern. Wir würden aber schon eher sagen, dass wir das ablehnen und 2040 machen, auf das wir uns geeinigt haben. Alles andere ist auch nicht wirklich demokratisch, weil wir die Variante 2030 nicht drin haben.

Ich möchte Sie sehr bitten, dem Klimaplan so zuzustimmen. Er ist sehr gut. Er kommt übrigens ursprünglich aus der Feder der FDP-Stadträtin, die dann auch eine Fristverlängerung beantragt hat. Trotzdem ist er sehr gut und wir sind Katrin Cometta sehr dankbar, dass sie jetzt wirklich Gas gibt und auch an der Umsetzung arbeitet. Wir wollen uns dafür auch bedanken.

Es wurde schon vieles von den Vorrednern gesagt, deshalb möchte ich jetzt schliessen und Euch nicht noch weiter Zeit stehlen.

U. Bänziger (FDP): Besten Dank auch von meiner Seite an Dani Altenbach für die knackige Vorstellung dieses komplexen, aber sehr wichtigen Geschäfts.

Die FDP-Fraktion wird dem Antrag zur Änderung der Zielvorgaben auf Netto Null 2050 und netto 1t bis 2035 zustimmen.

Ebenfalls zustimmen werden wir dem Änderungsvorschlag der Ratsleitung. Wir lehnen die Anträge der Klima-Allianz und der AL ab.

Vielleicht nur ein ganz kleines Votum dazu, an die Klima-Allianz: Wie kann der Plan derselbe sein, falls die Einführung nach vorne verschoben wird? Haben Sie den Grundlagenbericht und den Fachbericht Massnahmenplan des Energie- und Klimakonzepts 2050 gelesen? Haben Sie diese Dokumente kritisch hinterfragt? Und ja, Lea Jacot, da steht auch was von Senken drin. Und nein, Lea Jacot, eine Absprache mit der FDP betreffend Netto Null-Ziele gab es von Eurer Seite nicht – nur weil man etwas wiederholt, das nicht stimmt, macht es das nicht besser.

Wiederum, wie es Urs Hofer auch erwähnt hat, die vorgängigen Voten sind voller Pathos, keine Action, CO₂ in Tonnen eingespart? ZERO.

Das war der einfache Teil, nun gehen wir zum Bericht und somit zu den Massnahmen zu Netto Null 2050. Ich entschuldige mich nicht dafür, dass es länger dauern wird. In die Massnahmen wurde sehr viel Arbeit gesteckt und sie haben es verdient, auch entsprechend gewürdigt und kritisch hinterfragt zu werden.

Wir haben wesentliche Bedenken zum Bericht. Der Stadtrat suggeriert und kommuniziert der Bevölkerung mit dem Bericht einen vermeintlich verlässlichen, selbstbestimmten Weg, dass Winterthur gesamthaft bis 2050 CO₂-neutral werden kann. Und das ist schlichtweg falsch, es handelt sich ausschliesslich um die vom Stadtrat definierte Systemgrenze und die beinhaltet genau einmal 32% der Gesamtemissionen. Aber auch, dass wir mittels den vorgeschlagenen Massnahmen diese 32% effektiv auf Null reduzieren werden können, ist fragwürdig.

Glaubwürdig empfinden wir die Strategie und Massnahmen einer klimaneutralen Stadtverwaltung bis 2035. Vielen Dank an alle Mitarbeitenden und Departemente, welche sich sehr detailliert damit auseinandergesetzt haben.

Die Aktivitäten der Stadtverwaltung verursachen aber lediglich 1t CO₂ pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr. Der Gesamtausstoss beträgt heute rund 13t CO₂ pro Person und Jahr. Aber auch bei dieser 1t Einsparung ist die Budgetierung schwammig, weil sie nur bis 2028 skizziert wird. Die Stadtverwaltung wird Senken benötigen, um klimaneutral zu werden. Das sind vermeintlich die 50% der Energie der KVA, welche als nicht erneuerbar angerechnet werden. Die schon heute bekannten und notwendigen Senkungen von somit rund 80'000t CO₂, also 0.7t pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr, werden nicht mit einbezogen, sie werden auf nach 2028 verschoben, obwohl wir bereits heute durchaus dafür budgetieren könnten.

So als Rechenbeispiel: Um 80'000t CO₂ permanent der Atmosphäre zu entziehen, könnten Sie zum Beispiel 60'000t Holz trocken für ewig einlagern oder permanent verbauen. 60'000t Holz benötigen ca. 2'000 Sattelschlepper zum Transportieren. Wenn Sie die aneinanderreihen würden, ergäbe das eine Kolonne von Schaffhausen nach Winterthur, ohne Abstand von Gefährt zu Gefährt.

Falls man die Senke nicht mit Holz machen möchte und man den Preis-Entwicklungs-Prognosen von Climeworks, welche CO₂ aus der Luft filtern, Glauben schenkt, wären das immer noch jährliche Kosten von 24 Millionen. Die Kosten, dasselbe heute zu tun, sind aktuell bei 80 Millionen Franken, pro Jahr versteht sich. Und nur zur Erinnerung: Wir sprechen hier erst von einer klimaneutralen Stadtverwaltung, eben 1 Tonne der 13 Tonnen, welche es einzusparen gilt.

In der Beantwortung des Postulats betreffend langfristiger Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung 2019.15 ist zu lesen, dass der Stadtrat beschlossen hat. ab April 2020 nur noch CO₂-kompensiertes bzw. Biogas im Sortiment zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wirklich gut und ausgezeichnet für unser Klima. Oder doch nicht? Und ich zitiere wieder aus dem Antrag zum Postulat 2019.15: «Mit dem «Netto Null Tonnen CO₂-Ziel» vereinen lässt sich jedoch – aufgepasst – EINZIG die ausschliessliche Verwendung von erneuerbaren Gasen oder die Kompensation des CO₂-Ausstosses durch CO₂-Senken. Ein Zertifikat reicht nicht aus.»

Die Gaskundinnen und Gaskunden bezahlen für die Kompensation und sollen jetzt nochmals dafür belastet werden, aber es zählt ja eben nicht.

Nachlesen können Sie das auch woanders: Die Energieversorgung und Gebäude sollen gemäss Grundlagenbericht Seite 36 für 1.7t CO₂ pro Person verantwortlich sein. Sie teilen sich auf auf 0.8t verursacht durch Heizöl und 0.9t durch Erdgas. Die Kombination ist das wesentliche Argument zum geplanten Ausbau von Wärmeverbänden.

Wie steht das im Einklang mit dieser Aussage von Stadtwerk: Nebst dem Angebot von CO₂-neutralem Biogas kauft Stadtwerk Winterthur für jede Kilowattstunde CO₂-kompensiertes Erdgas, das die Kundschaft verbraucht, CO₂-Zertifikate von myclimate, South Pole und Climate Partner. So unterstützt Stadtwerk Winterthur gezielt Projekte, mit denen dieselbe Menge an CO₂-Emissionen vermieden oder reduziert wird. Zurzeit sind das folgende vier Projekte: Waldschutz zur Verminderung von Abholzung in Simbabwe, Keramik-Kocher gegen die Abholzung von Regenwäldern in Kenia, saubere Elektrizität aus Deponiegas in Thailand und

Windenergie in Marokko. Alle vier Projekte sind entweder nach Gold-Standard oder Verified Carbon-Standard zertifiziert.

Die vier Gas-Produkte, welche Stadtwerk im Angebot hat, unterscheiden sich ausschliesslich durch den Anteil von CO₂-neutralem Biogas und CO₂-kompensiertes Erdgas, den sie ausweisen. Netto klimaneutral sind sie alle.

Glauben wir also Stadtwerk, ist die Klimabilanz im Bereich Energieversorgung und Gebäude somit im Verhältnis zum Grundlagenbericht bereits um 53% geringer.

Übrigens, solche Vereinbarungen zur CO₂-Senkung sind auch gemäss dem Pariser Abkommen zulässig. Die Schweiz hat hier sogar mit dem ersten Abkommen mit Peru im Oktober 2020 Pionierarbeit geleistet.

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga würdigte den Pioniercharakter des Abkommens etc. und sagte: «Dieses Abkommen dient der Schweiz, es dient Peru – und vor allem ist es gut für das Klima.» - Frau Sommaruga ist nicht ein Mitglied der FDP.

Verstehen Sie mich nicht falsch, die 0.8t verursacht durch Heizöl müssen auch noch komplett vermieden werden bis 2050 und natürlich ist es notwendig, falls man nicht von einer ungewissen Preisentwicklung von CO₂-Zertifikaten in der Zukunft abhängig sein möchte, dass keine nicht klimaneutralen Brennstoffe verbraucht werden. Doch die Erreichung von Klimazielen soll effizient und effektiv angegangen werden und vor allem mit ehrlicher und transparenter Kommunikation.

Zu dieser Kommunikation gehören auch die potenziellen Kosten zu Lasten der Stadtkasse von Fernwärmenetzen und Quartierwärmeversorgungen. Diese fehlen komplett, obwohl es mehrere hundert Millionen Franken Investitionsvolumen sein könnten.

Es ist zudem unwahrscheinlich, dass die Mehrheit dieser Anlagen kostenneutral betrieben werden können; somit sind fortlaufende Subventionen zu Lasten der Stadtkasse pro Anschluss wahrscheinlich.

Im Massnahmenplan des Energie- und Klimakonzept 2050 finden Sie im Executive Summary die Aussage zur Finanzierungsstrategie: «Beispielweise sollen die Angebote von Stadtwerk Winterthur oder der Ausbau der Fernwärme vollständig über den Verkauf der Produkte bzw. der Wärme zu konkurrenzfähigen Preisen am Markt finanziert werden.»

Diese Aussage ist mit dem Wissensstand von heute realitätsfremd.

Der Nutzen und das Timing der Investitionen in Fernwärme müssen in Betracht ziehen, dass Stand heute, netto keine CO₂-Emissionen durch die Erdgasnutzung in Winterthur entstehen. Man kann hier auch von Opportunitätskosten von Massnahmen sprechen.

Eingangs angesprochen habe ich, dass Netto Null nur Netto Null sein soll für den vom Stadtrat definierten Bereich des Scope 1 und Scope 2, wo die Stadt die Einflussmöglichkeiten und die Verbindlichkeit der Ziele als gross ansieht.

Im Fachbereich Massnahmenplan 2021 – 2028, Seite 12, sehen Sie die Zusammensetzung des Treibhausgas-Fussabdrucks einer in Winterthur lebenden Person im Jahr 2016 und da sehen Sie angegeben den «restlichen Konsum» von 8.1t CO₂ pro Jahr. Das ist der Scope 3. Das sind 63% des gesamten CO₂-Ausstosses.

Beim Konsum sieht der Stadtrat jedoch seine Einflussmöglichkeit und die Verbindlichkeit der Ziele für die Stadt als gering an. Das sehen wir speziell bei den Baustoffen komplett anders. Bis zu 20 - 25% des CO₂-Ausstosses beim Konsum ist auf die Bautätigkeit zurückzuführen und in der Tat ist die Einflussmöglichkeit der Stadt hier alles andere als gering.

Falls Sie zum Beispiel 1 Tonne Holz verbauen, werden Sie nicht nur langfristig 1.4t CO₂ speichern, sondern Sie werden eben auch entsprechend weniger Zement und Stahl verbauen. 1t Zement verursacht zwischen 600kg und 1t CO₂, beim Stahl sind es 1 - 1.7t CO₂.

Wenn Sie nun im Massnahmenplan hierzu etwa suchen, werden Sie nicht viel finden. Seite 26, Massnahme E.5.1: Kein Personalaufwand, keine Kosten, nur «indirekte» Einsparungen, mit der Planung soll 2023 begonnen werden, Implementierung 2024. Sehr geehrte Damen und Herren, so wird das nichts.

Die FDP-Fraktion verlangt auch, dass die energetische Sanierungsrate durch Anreize erhöht wird, es besteht ein enormes Potenzial. Es ist ein bisschen wie beim Abfall: Falls die Verpackung nachhaltiger wird und weniger Plastik beinhaltet, werden Sie weniger recyceln müssen und weniger CO₂ verursachen.

Der kommunale Energieplan Winterthur, welchen der Grosse Gemeinderat 2013 verabschiedet hat beinhaltet viele Informationen, welche auch in den Grundlagenbericht des Energie- und Klimakonzepts 2050 eingeflossen sind. Auf Seite 11 finden Sie eine graphische Darstellung des Gebäudeparks in Winterthur und Sie werden feststellen, dass der durchschnittliche Energiebedarf heute pro m² für Wärme bei ca. 160kWh im Jahr liegt. Im Vergleich dazu liegt die Anforderung bei Minergie Sanierungen bei 60kWh pro Jahr und m².

Die vorgestellten Massnahmen sind nicht ausreichend und beschränken sich auf E3.1 (Seite 51) im Massnahmenplan auf die «Energetische Betriebsoptimierungen von Heizsystemen fördern» sowie E4.5 «Angebote für Heizungsersatz optimieren: Beratung, Förderung».

Vielleicht noch eine Anmerkung zum kommunalen Energieplan. Machen Sie sich bitte nicht zu viel Hoffnung mit der KVA-Abwärme Produktionsprojektion von 2013. Es ist technisch wohl kaum machbar, die Abwärme um 50% zu steigern auf eine Produktion von 165 GWh/a – aber ja, das Management des Bereichs war 2013 ja noch ein anderes und hatte noch ganz andere tolle Ideen und Konzepte gemacht.

So, nun zum Abschluss, da sind Sie sicher froh. In der Terminologie von Göpf Egg könnte man das Energie- und Klimakonzept 2050 wie folgt summieren: Angesagt 13t CO₂-Einsparungen, gemacht 1t CO₂-Einsparungen, Differenz 12t CO₂-Einsparungen. Wie auch beim Differenzler werden Sie auch bei den Klimazielen so nicht erfolgreich sein und das zu Ungunsten der zukünftigen Einwohnerinnen und Einwohner dieser schönen Stadt. Besten Dank.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion teilt das Ziel von Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050. Entsprechend werden wir den Anträgen auch zustimmen. Es handelt sich um eine Zustimmung zum grundsätzlichen Ziel. Es handelt sich explizit nicht um eine voraussetzende Zustimmung zu allen Massnahmen, die folgen werden.

Wir danken dem Stadtrat, dass mit der Motionsantwort auch der Fachbericht und der Massnahmenplan bis 2028 vorliegt. Dabei begrüssen wir ausdrücklich die rollende Planung mit den Abschnitten von acht Jahren. Das erlaubt es, auf Entwicklungen eingehen zu können. Die Massnahmen werden wir, wenn sie dann vorliegen, einzeln prüfen, bewerten und uns eine Meinung bilden. Dabei wird es wohl Massnahmen geben, die wir unterstützen werden, so z.B. die Stärkung einer nachhaltigen Ernährung, was wir auch schon in der Interpellation 2018.68 angeregt haben. Anderen Massnahmen stehen wir kritisch gegenüber. Das Fahrverbot von emissionsintensiven Fahrzeugen in der Stadt werden wir vermutlich ablehnen. Wir sind allerdings überzeugt, dass es uns mit der grossen Innovationskraft der Schweiz gelingen wird, mit den geeigneten Massnahmen unseren Beitrag zu leisten und unsere Ziele zugunsten unseres Planeten erreichen zu können.

Dass der private Konsum in die Reduktion einbezogen wird, ist im Grundsatz richtig. Da gilt es allerdings, vor allem mit Aufklärung und Anreizen zu arbeiten. Die Abrechnung beim privaten Konsum wird kaum möglich sein. Wie viel CO₂ wird gespart, wenn beim Kleiderkauf mehr auf Nachhaltigkeit geachtet wird? Und wo wird die Reduktion angerechnet, beim Konsumenten in Winterthur oder bei der Produktion in Übersee? Trotz den Unwägbarkeiten ist es richtig, den privaten Konsum zu berücksichtigen. Entsprechend sollte aber bei der Abrechnung nicht dogmatisch vorgegangen werden.

Apropos Abrechnung: Die Kosten für die Massnahmen sind über die Fördergelder zu begleichen. Wo das nicht reicht, müssen Einsparungen in anderen Bereichen erfolgen. Netto Null Tonnen CO₂ darf nicht als Vorwand dienen, um nochmals Steuerfusserhöhungen zu beantragen.

Die Änderungsanträge zu Netto Null bis 2030 oder bis 2040 lehnen wir ab, das wegen den national und kantonal abzustimmenden Gesetzen, die auf 2050 zielen. Wir wollen da gleichziehen. Das Ziel der Motion muss ja später auch an der Urne in Winterthur bestehen. Mit 2030 oder 2040 wird das noch schwieriger und angreifbarer. Hingegen unterstützen wir aber die Änderungsanträge der FDP und der Ratsleitung.

Zum Schluss: Wir teilen die Meinung nicht, dass die Welt zu Grunde geht, wenn das Ziel Netto Null bis 2050 nicht erreicht wird. Dass die Menschheit durch eigene Anstrengungen den

Klimawandel umkehren kann, ist unserer Überzeugung nach eine babylonische Selbstüberschätzung der menschlichen Fähigkeiten. Das Ziel teilen wir aber trotzdem, denn wir sind der Meinung, dass die Menschheit der Welt Sorge tragen muss.

M. Reinhard (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Motionsantwort und insbesondere den Klimaplan mit äusserst gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Die Anpassung des behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses betreffend energie- und klimapolitischen Zielen lehnen wir klar ab.

Grundsätzlich können wir mit einigen Vorhaben und Massnahmen des Stadtrates durchaus leben und diese auch unterstützen. Anderen Massnahmen, insbesondere jene, welche auf Verboten, staatlicher Förderung mit Steuergeldern oder sehr negativen finanziellen Folgen für unsere Stadt arbeiten, stehen wir ablehnend gegenüber. Weiter bereiten uns ein paar ganz grundsätzliche Überlegungen Sorgenfalten, unter anderem das gewählte Vorgehen des Stadtrats, welcher nach einem Grundsatz-Ja Volk und Parlament nur noch dann zu konkreten Massnahmen, also auch zu den Kosten und Auswirkungen, befragen will, wenn es gar nicht anders geht. Dem stehen wir ablehnend gegenüber. Ein Ja bedeutet einen Blanko-Check, welcher wir dem Stadtrat ausstellen würden, notabene einen ungedeckten Blanko-Check, da die immensen Kosten noch gar nicht wirklich klar sind. Und ein Ja zu diesem Geschäft würde uns für alle künftigen Detailgeschäfte und insbesondere für die Genehmigung der Ausgaben, welche auf diesem Plan basieren, in eine Art politische Geiselhaft nehmen, weil wir dann doch dem einzelnen Geschäft nicht mehr nicht zustimmen könnten, wenn wir heute hier Ja sagen.

Ein solcher Deal ist mit uns nicht zu machen und daher werden wir hier auch nicht zustimmen. Wir lassen uns unsere Handlungs- und Denkfreiheit nicht durch eine solche Strategie des Stadtrats einschränken. Eigentlich ist dieses Vorgehen schade, schade insbesondere für die guten Massnahmen, welche wir gerne unterstützt hätten.

Ich muss aber ein paar ganz grundsätzliche Überlegungen anbringen, auch wenn ich ja bereits jetzt weiss, dass diese bei Ihnen kaum ankommen werden. Die Ideologie hat im Thema Klima längst die Überhand gewonnen und Themen wie Nüchternheit, Realitätssinn und Abwägen von Aufwand und Ertrag sind verbannt worden. Auf links-grüner Seite gibt es nur noch ganz wenige Stimmen, welche dieses Thema wirklich seriös und nüchtern betrachten, unter Berücksichtigung von allen Aspekten und Folgen, auch was wirtschaftliche Auswirkungen, Arbeitsplatzsicherheit, adäquater Einsatz der Steuergelder und die Wohlfahrt betrifft. Selbst bei unserem grossen Nachbarn gibt es nur noch einzelne, leuchtende Ausnahmen wie Frau Dr. Sarah Wagenknecht, die überhaupt in der Lage sind, alle Aspekte einer solchen Klimapolitik zu betrachten und entsprechend auch kritischer gestimmt sind. Selbst die ehemals liberale GLP stellt ja jetzt das Klima über alles, es ist zur Ersatzreligion geworden. Und wie bei der Religion ist es auch bei der GLP und dem Klima: Wasser predigen und Wein trinken. Anders kann ich mir die Ferienhäuser im Ausland, die teuren grossen Autos und die doch häufigen Ferienreisen – und damit meine ich nicht Wandern im Schweizer Nationalpark oder der Besuch des Ballenbergs – kaum erklären. Die gleiche persönliche Vorbildfunktion und das Handeln aus eigenem Antrieb und aus tiefster Überzeugung – gerade wenn es so dringlich ist, wie propagiert wird - vermisse ich im Übrigen auch bei der Klimajugend: Das neuste Smartphone in der Tasche, günstige Kleidung aus Asien am Körper und dann trinkt man doch lieber Caipirinha mit eingeflogenen Limetten als einen Appenzeller.

Ich komme nicht umhin, Ihnen einleitend noch ein paar, natürlich schon bekannte, Tatsachen und Fakten noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ein ganz klein bisschen verbunden mit einer leisen Hoffnung, dass diese in Ihre Überlegungen auch ein bisschen einfließen, nicht ganz vergessen gehen und wir die entsprechenden Realitäten wieder etwas geraderücken können. Ja, jetzt für Lea Jacot: Der Anteil der Schweiz am CO₂-Ausstoss weltweit liegt unter 1 Promille, auf die Anzahl Einwohner gerechnet entfallen damit auf unsere Stadt am weltweiten Ausstoss rund 0.013 Promille. Von allen OECD-Staaten stösst die Schweiz neben Schweden pro Kopf am wenigsten CO₂ aus. Bedenken Sie einfach einmal die Grössenverhältnisse: Allein die drei grössten Verursacher China, USA und Indien sind inzwischen für mehr als die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Dann nehmen wir noch Japan und

Russland dazu, dann sind wir bei 58%. Zur Erinnerung: Die Schweiz unter einem Promille. Schlimm ist, dass seit dem Jahr 2000 die Emissionen speziell in China stark angestiegen sind - und das nicht nur beim CO₂, sondern zum Beispiel auch bei den längst verbotenen ozonschichtschädigenden Treibhausgasen.

Wir erkennen also: Wenn alle OECD-Länder ihre CO₂-Emissionen ab morgen für den Rest des Jahrhunderts auf Null reduzieren, passieren zwei Sachen:

1. Der Mangel an Energie wäre für unsere Gesellschaft und Wirtschaft schlicht verheerend, führt zu Massenarbeitslosigkeit, das soziale Netz wird zerstört und unsere Wohlfahrt geht kaputt. Sprich: Wir riskieren die Prosperität unseres ganzen Landes.
2. würde sich laut dem UNO-Klimamodell bis 2100 die Temperatur nur gerade um unmerkliche 0.4 Grad Celsius senken.

Der Grund dafür ist einfach: Mehr als $\frac{3}{4}$ der globalen Emissionen stammen für den Rest dieses Jahrhunderts aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Diese Nationen sind – wohl nicht ganz zu Unrecht - entschlossen, ihre Bevölkerung aus der Armut zu befreien und eine umfassende Entwicklung zu gewährleisten. Und das braucht jede Menge Energie, und die kommt meist halt (gerade dort) aus billigen fossilen Brennstoffen.

Trotz steigender Bevölkerung in diesem Land von 6.75 Mio. (1990) auf 8.75 Mio. (2020) hat der CO₂-Ausstoss in der Schweiz jedes Jahr um rund 2.5% abgenommen und die Senkungsrate bleibt auch weiterhin bestehen. Wir erreichen das durch neue Fahrzeuge, moderne Heizungen, technische Innovationen, freiwillige Bestrebungen der Wirtschaft, so dass wir 2030 eine Reduktion von rund 54% im Vergleich zu 1990 erreichen werden.

Ja, wir können Winterthur, ja die ganze Schweiz, auf Null herunterfahren, wir können unsere Freiheit aufgeben, unseren Wohlstand vernichten und unsere Wirtschaft zerstören. Das Weltklima schert sich keinen Deut darum, aber alle anderen Länder, speziell die, welche in wirtschaftlicher Konkurrenz zu uns stehen, werden sich lachend die Hände reiben und sich herzlichst bei Ihnen bedanken.

Ja, Ihre Annahmen und Modelle, welche landauf, landab als Tatsachen verkauft werden, sind eben doch nur Annahmen und Modelle. Der amerikanische Professor Steven Koonin analysierte unzählige Studien und Veröffentlichungen von Klimaforschern aus der ganzen Welt und stellte eindeutig fest, dass es zwischen diesen Studien derart grosse Differenzen, so viele unerklärliche Unstimmigkeiten und Prognosefehler gibt, dass die Zusammenhänge nicht als gesichert betrachtet werden können in einem wissenschaftlichen Kontext. Wohl gemerkt, Professor Koonin bestreitet weder den Klimawandel noch den menschlichen Einfluss darauf, aber er sagt klar, dass aus wissenschaftlicher Sicht das gegenwärtige Wissen für eine seriöse Klimapolitik nicht ausreicht.

Es ist also relativ simpel: Wenn wir in der Schweiz und in Winterthur derart einschneidende Massnahmen beschliessen wollen, welche einen derart grossen Einfluss auf unser aller Leben haben, dann sollten wir uns schon ein bisschen sicher sein. Und für diese Sicherheit wäre es denn eben halt auch unerlässlich, alle Meinungen und Haltungen der Wissenschaft zu berücksichtigen, zu diskutieren und zu bewerten. Bedauerlicherweise geschieht dies schon länger nicht mehr. Die umfassende Wissenschaft, gesicherte Fakten und die Berücksichtigung anderer Meinungen sind bei diesem Thema nicht mehr opportun und schon gar nicht gefragt. Ich habe es erwähnt, das ist abgelöst worden durch die Klima-Ersatzreligion. Und Sie wissen es auch, Religion heisst glauben, aber nicht wissen. Und genau hier stehen wir. Sowieso fallen die Masken zurzeit und die Klimajugend zeigt zunehmend ihr wahres Gesicht: Es geht gar nicht um das Klima und die Umwelt, sondern es geht ihnen um einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft. Klimapanik ist der Weg, Antikapitalismus das Ziel. Nun komme ich zu den konkreten Ausführungen und Plänen des Stadtrats.

Der Stadtrat weist aus, dass im Scope 1 (direkt beeinflussbares Stadtgebiet) und Scope 2 (halbwegs gute Beeinflussbarkeit durch die Stadt) lediglich ein Drittel des CO₂-Ausstosses stammt, $\frac{2}{3}$ stammen aus dem wenig bis kaum beeinflussbaren Scope 3 (Konsum und Reisen, extraterritoriale CO₂-Produktion). Eigentlich fischt der Stadtrat dort einmal im Trüben und nimmt daher den Flugverkehr stellvertretend für den ganzen Scope 3 als Prügelknaben. Das ist schlicht unseriös.

Zu den stadträtlichen Massnahmen noch zwei, drei wichtige Bemerkungen: Der Stadtrat schreibt, dass es keine Einschränkungen im Sinne von Verboten durch diese Massnahmen geben wird. Das ist Sand in die Augen gestreut, natürlich braucht es zur Umsetzung von einer Vielzahl dieser Massnahmen nichts anderes als Verbote. An dieser Unehrllichkeit stören wir uns. Auch die Ex-GLP-Kantonsrätin Michèle Bättig ist wenigstens zu diesem ehrlichen Schluss gekommen und liess sich im Landboten wie folgt zitieren: «Ich kam darum zur Erkenntnis, dass man mit Verboten arbeiten muss, um zum Ziel zu kommen.» Tja, lieber Urs Glättli, das war's dann wohl mit dem L für liberal im Parteinamen, der Unterschied zu den Grünen ist kaum mehr erkennbar.

Die SVP lehnt jegliche Symbolpolitik und Alibiübungen ab, welche keinen Effekt auf die Umwelt und das Klima haben. Als trauriges Beispiel müssen hier die autofreien Sonntage genannt werden. Das ist Nonsens-Politik. Wir müssen auch alle Massnahmen ablehnen, welche einzelne, besonders schwächere Bevölkerungsgruppen benachteiligen oder die Freiheit in diesem Land einschränken. Hier möchte ich stellvertretend das Road Pricing erwähnen. Solche Massnahmen sind unsozial, denn sie richten sich primär gegen finanziell schwächere Personen und benachteiligen diese zusätzlich in unserer Gesellschaft. Eigentlich kann es ja wohl nicht in Eurem Interesse sein, dass sich nur noch Bonzen das Autofahren leisten können und es für eine alleinerziehende Mutter zur existenziellen Frage wird, ob sie die Kinder mit dem Auto zu den weiter weg wohnenden Grosseltern bringen kann. Dass z.B. die SP hier mitmacht, mag mich nicht mehr zu verwundern, denn sie vertritt ja traurigerweise schon lange nicht mehr die arbeitende Bevölkerung.

Kommen wir nun noch kurz zu den Kosten der stadträtlichen Klimapolitik zu sprechen. Der Stadtrat weist nach eigener Aussage jeweils nicht die vollen Kosten einer Massnahme aus, sondern nur die durch die Klimaschutzmassnahmen zusätzlich verursachten Kosten oder personellen Mehraufwendungen. «Die stadträtliche Nettokostenbetrachtung macht folglich keine Aussagen zu allfälligen, zusätzlich notwendigen Ausgaben wie Personal- und/oder Sachaufwand zulasten des steuerfinanzierten Haushaltes». Zitat Ende. Ebenso wenig wurden Mindereinnahmen durch einzelne Massnahmen ausgewiesen, wie zum Beispiel die Mindereinnahmen bei Stadtwerk aus dem wegbrechenden Gasgeschäft. In seiner Kostenbetrachtung bleibt der Stadtrat vage und oberflächlich und speist Parlament und Volk mit Pauschalaussagen wie «Es ist mit Massnahmen wie beispielsweise einer Reduktion des städtischen Leistungsangebotes oder einer Erhöhung der Steuern zu rechnen» ab. Ebenso wenig werden die wohl horrenden Kosten für Machbarkeitsprüfungen, Planungskonzepte und -strategien und Projektpläne in den einzelnen Departementen und Bereichen ausgewiesen. Auch da sage ich Ihnen hier und jetzt, dass es nicht bei den angekündigten 10.6 Stellen bleiben wird. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Die SVP misstraut dem Stadtrat in dieser Sache vollumfänglich, bei den Kosten ist er nicht transparent.

Sehen Sie, weltweit hat bislang nur ein einziges Land, Neuseeland, eine seriöse und unabhängige Schätzung der Gesamtkosten für Netto Null CO₂ berechnen lassen. Für diese Zielerreichung sind gemäss dieser Studie optimistisch gesehen 16% des Bruttoinlandprodukts von Neuseeland nötig. 16% des BIP von Neuseeland entsprechen dem gesamten derzeitigen Staatshaushalt von Neuseeland. Legen wir die Ergebnisse dieser Studie einmal (Pi mal Daumen) 1:1 auf die Stadt Winterthur um. Dann bewegen wir uns sicher nicht bei den stadträtlichen rund 50 Millionen bis 2028, sondern bei sagenhaften 1.3 Milliarden Franken. Diese Betrachtung muss nicht einmal genauer gemacht werden, denn die Unterschiede sind derart gross, dass es am Ende unerheblich ist, ob wir von Gesamtkosten von einer halben, einer ganzen oder 1.3 Milliarden sprechen. Die Erkenntnis ist simpel: Netto Null CO₂ in Winterthur ist so, seriös betrachtet, nicht finanzierbar. Und wenn Sie dies doch erzwingen wollen, dann werden Sie es auch zu verantworten haben, dass wir inskünftig nicht nur das Griechenland, sondern das Burundi der Schweiz sein werden.

Selbst der Uno-Klimarat stellte fest, dass alle der untersuchten eigenen 128 klimapolitischen Massnahmen uns ärmer gemacht haben. Bezeichnenderweise hat selbst der Vizepräsident der EU-Kommission Timmermans kürzlich zugegeben, dass die Klimapolitik derart kostspielig sei, dass sie ohne enorme Schutzzölle eine Frage des Überlebens der EU-Industrie werde.

Und damit haben wir dann also zweitens noch zu verantworten, dass wir Winterthur ins wirtschaftliche Mittelalter zurückkatapultieren. Natürlich interessiert das ganz viele Leute nicht, und Staatsangestellte und Parteifunktionäre, welche noch selten eine richtige Firma von innen gesehen haben, müssen sich auch keine Sorge um ihren Arbeitsplatz machen oder Gedanken darüber, wie sie ihre Familie über die Runden bringen.

Die Ausführungen des Stadtrats zur Energiegewinnung im Kontext seiner Klimamassnahmen muss ich leider auch noch kommentieren. Angesichts der bekannten Fakten kann man sich nur die Augen reiben und sich fragen, ob da gewisse Tatsachen bewusst ausgeblendet wurden, um den Bürger zu täuschen. Der Stadtrat schreibt wortwörtlich: «Die Schweiz vermindert mit der Abkehr von fossilen Brenn- und Treibstoffen wie Öl, Gas, Benzin und Diesel ihre Abhängigkeit vom Ausland». Also Entschuldigung: Hier unterschlägt der Stadtrat vorsätzlich, dass wir in Sachen Energie fast völlig vom Ausland abhängig sind. Die angekündigte Reduktion dieser Abhängigkeit ist ein unwahres Scheinversprechen, das ins Land der Träume gehört. Die Reduktion von Öl, Gas, Benzin und Diesel ist doch logischerweise gleichlaufend mit einem stark zunehmenden Bedarf an elektrischer Energie. Einem so hohen Bedarf, welcher die Schweiz im Inland unter Normalbedingungen gar nicht produzieren kann und somit vom Ausland abhängig ist. Bis vor einigen Jahren war die Schweiz in Sachen Stromversorgung ein ziemlich autarkes Land, aber auch das ist Geschichte. Wir sind heute auf Gedeih und Verderb dem europäischen Stromverbund ausgeliefert und abhängig. Und damit nicht zuletzt von deutschen Kohle- und französischen Atomkraftwerken. Eigentlich absurd, was da produziert wird. Und wenn man dann noch berücksichtigt, dass ein lange andauernder «Blackout» neben einer Pandemie (die hatten wir jetzt) zu den wahrscheinlichen Krisenszenarien für unser Land gehört, sollte eigentlich alles klar sein.

Das Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergie kann wirklich nur noch als verkrampftes und ideologisches Manöver bezeichnet werden. Diese Haltung ist ein Schuss ins Knie aller Klimabemühungen und zeigt einmal mehr die wahren Absichten und Hintergründe auf. Es geht gar nicht um den Klima- oder Umweltschutz, sondern es geht um die Zementierung rückständiger und technologiefeindlicher Positionen. Eine ähnliche Inkonsequenz sehen wir bei grün-links immer wieder, z.B. wenn es um die Erstellung von Windparks auf den Jura-Höhen geht, um Staudammerhöhungen irgendwo in unseren Bergen oder um den Bau von Überlandleitungen. Dort bekämpfen Sie dann Ihre eigenen «Wundermittel» zur Klimarettung. Schon 2018 hielt das IPCC (also ein klimapolitisch unverdächtigere Zeuge) fest, dass die Kernenergie eine reife und klimafreundliche Energiequelle ist. Entsprechend müsse sich ihr Anteil erhöhen. Zu einem analogen Schluss kommt auch der Weltenergieat: Die Kernenergie ist ein leistungsfähiges und kostengünstiges Mittel, um die CO₂-Emissionen zu senken. Die Kernenergie kann die CO₂-Emissionen der Elektrizitätsbranche ganz erheblich senken. Dank Kernenergie und Wasserkraft produzieren Länder wie Frankreich, Schweden und im Moment noch die Schweiz nahezu kohlenstofffrei Strom. Ein erhebliches Potenzial der CO₂-Reduktion besitzt die Kernenergie zudem anerkanntermassen in den Bereichen Wärme (Fernheizung und Wärmepumpen), Mobilität (Elektrofahrzeuge) und Produktion von Wasserstoff als Energieträger. Im Vergleich mit anderen Mitteln zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesteht das IPCC somit der Kernenergie ein sehr hohes Potenzial bei gleichzeitig günstigen Kosten zu. Das IPCC stellt auch fest, dass die Uranressourcen kein Hindernis darstellen und moderne Brutreaktoren in Verbindung mit der Wiederaufbereitung sogar sehr langfristige Perspektiven darstellen. Im März wurde ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes der EU publiziert. Es kommt zum Schluss, es gebe keinen einzigen Anhaltspunkt, dass die Kernenergie die Umwelt stärker schädigen würde als irgendeine andere alternative Stromerzeugungstechnologie. Viele andere Länder haben eine ideologiebefreitere und entkrampftere Haltung und sehen die Kernenergie als einen Schlüssel zum Erfolg. Die niederländische Regierungspartei prüft den Bau von zehn neuen Atomkraftwerksmeilern. Die Partei vom amtierenden Ministerpräsidenten bezeichnet die Kernkraft als unverzichtbar. Im Kampf gegen den Klimawandel setzen Frankreich und die USA gemeinsam auf die Atomkraft. Diese sei für beide Länder ein Trumpf, sagte Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister. Die Grünen in Norwegen, welche dort an der Regierung beteiligt sind, haben die Ablehnung von neuen AKW aus ihrem Wahlprogramm gestrichen und unterstützen heute an vorderster Front die Kernenergie als

Mittel gegen den Klimawandel und zur Sicherung der Stromversorgung ihrer Heimat. Dazu ein Zitat von Atte Harjanne (Diplomingenieur, Klimaforscher beim Finnischen Meteorologischen Institut und grüner Abgeordneter des Parlaments): «Allein mit erneuerbaren Energien kann die Nachfrage an sauberer Elektrizität für die Klimaneutralität nicht gedeckt werden. Am Begriff erneuerbar stört, dass dieser die Kernkraft als wichtigste kohlenstoffarme Energiequelle ausschliesst, aber die unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit problematische Bioenergie einschliesst.»

Es wird der Bevölkerung stets vorgegaukelt, dass erneuerbare Energien immer billiger werden und ein Übergang zu grüner Energie uns alle reicher machen würde. Das ist nicht wahr. Solarpanels erzeugen an manchen Orten mittags zwar billigeren Strom, aber nachts sind die Stromkosten dafür unendlich hoch. Das ist der Grund, wieso in ganz Europa die Stromkosten umso höher sind, je höher in einem Land der Anteil von Solar- und Windenergie ist. Deutsche Verbraucher zum Beispiel mussten 2020 rund 31 Milliarden Euro zahlen, um diese vermeintlich billigere grüne Energie zu finanzieren. Grüne Energie, wie Sie sie wollen, ist asozial und benachteiligt die Ärmsten und Schwächsten.

Ja, ich habe es bald. Ich muss aber trotzdem noch kurz auf den Scope 3 und das Märchen von der 5-Minuten-Stadt zu sprechen kommen. Die Berücksichtigung von Scope 3 im städtischen Klimakonzept, als kaum beeinflussbarer Aspekt, mutet eher etwas abenteuerlich an und es scheint schon ein bisschen, als überschätze sich der Stadtrat hier gewaltig. Thematiken im Scope 3 kann der Stadtrat nur sehr eingeschränkt beeinflussen, es kommt da auf die innere Motivation und auch das Vorbild jedes Einzelnen an, hier etwas zu verändern oder sich bewusst einzuschränken. Befehlen kann man eine solche Änderung nicht, jedoch – und das haben Stadtrat, GLP und Landbote gut platziert – kann man die Bevölkerung mit Strafmassnahmen, Kosten und Verboten umerziehen.

Die stadträtliche 5-Minuten-Idee ist schon aus rein praktischen Aspekten wie der flächenmässigen Ausdehnung unserer Stadt illusorisch. Zudem widerlaufen viele Trends genau diesem Traum: Ärzte konzentrieren sich zunehmend auf die Innenstadt und vielleicht noch einzelne Quartierzentren, Quartierläden müssen reihenweise für immer ihre Türen schliessen, grosse Einkaufsmöglichkeiten entstehen ausserhalb unserer Stadtgrenzen und gewisse Artikel des täglichen Gebrauchs bekommt man fast nur in wenigen Geschäften in dieser Stadt. Dazu kommt halt einmal mehr von mir, dass wir viele Einwohner haben in Winterthur, die nicht auf das Auto verzichten können: Alte, behinderte Menschen, Handwerker, Lieferanten etc. Und diese werden mit diesem 5-Minuten-Velo-Märchen systematisch benachteiligt.

Ein letzter Aspekt sind noch die fehlenden Arbeitsplätze in unserer Stadt. Wir haben in extremis Wohnraum erstellt und abertausende Menschen angezogen, aber es ist uns nicht gelungen – oder nur teilweise gelungen - substanziell Firmen und damit Arbeitsplätze in grösserer Menge anzusiedeln. Das mag nicht weiter erstaunen, unternimmt die städtische Politik ja auch (gerade auch heute Abend) alles, um Winterthur für Unternehmen so unattraktiv wie nur möglich zu gestalten. Einzelne Massnahmen im vorgeschlagenen Klimaplan hauen genau in diese Kerbe.

Als SVP lehnen wir grundsätzlich alle Massnahmen dieses Pakets ab, welche unnötige und freiheitseinschränkende Verbote mit sich bringen, auf reiner Symbolpolitik basieren, staatliche Gelder mit der Giesskanne verteilen, der freien Wirtschaft unter Zwang Massnahmen aufbürden wollen oder aber eine klimasozialistische Umerziehung der Bürgerinnen und Bürger fordern. Massnahmen sind unnötig, welche ohne Weiteres durch Private oder private Initiativen übernommen werden könnten oder bereits schon umgesetzt worden sind. Da ist erst recht keine staatliche Intervention nötig, ebenso braucht es auch keine weiteren Klimaschutzprojekte oder Förderprogramme, davon sind wirklich auf allen Ebenen in unserem Land genügend vorhanden. Was die klimafreundliche Mobilität angeht, so erwarten wir ganz speziell von unseren Stadträtinnen und Stadträten ein 110% vorbildliches Verhalten und freuen uns deshalb bereits auf die Verkaufsanzeige eines schönen Cabriolets auf [autoscout24.ch](https://www.autoscout24.ch). Schauen Sie: Betriebliche Optimierungen, städtische Bewilligungen und Unterstützungsbeiträge auf Klimaschutz ausrichten, regionales Sharing-, Repairing-, Secondhand- und Recycling-Angebot ausbauen etc. Sogar vor Essensvorschriften macht man nicht Halt und das ist einfach in einem freien Land unwürdig, unnötig und sinnentleert.

Aber: Die SVP-Fraktion kann sinnvolle und zielgerichtete Massnahmen durchaus unterstützen. Hier stellt sich für uns aber in der konkreten Umsetzung immer auch die Kostenfrage, die Notwendigkeit und die Intensität der städtischen Massnahmen. Einige Beispiele, welche uns sympathisch sind: Erhöhung der Attraktivität der Naherholungsgebiete, lokale Sport-, Freizeit- und Ferienangebote fördern, Prozess zur Nutzung ökologischer Baustoffe und Stoffkreisläufen etablieren, Food Waste reduzieren, lokale Wärmeverbände, erneuerbare lokale Stromversorgungen. Entscheidend ist einfach, dass der Staat nur dort eingreift, wo es notwendig ist. Interventionen, Zwänge und finanzielle Ausschüttungen auf Vorrat lehnen wir ab.

Die SVP will wirksamen, tragfähigen, aber auch finanzierbaren Umweltschutz. Das, meine Damen und Herren, ist unbestritten. Aber wir wollen definitiv keine Symbolpolitik, keine Verbotspolitik, keine Umverteilung und keine unsozialen Lasten für ärmere Bevölkerungsschichten. Wir setzen auf Innovationen, neue Technologien und die Macht des Marktes, welche Schweizer Unternehmen schon lange dazu brachte, effizient, nachhaltig und umweltbewusst zu geschäften. Im Privaten geht es im Wesentlichen auf Eigenverantwortung und intrinsische Antriebe für mehr Umwelt- und Klimaschutz zu, und da haben Sie es alle ganz persönlich in der Hand.

In diesem Sinne können wir die Motionsantwort und insbesondere die Anpassung des behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses und das Massnahmenpaket nur ablehnen. Dies alles bringt dem Weltklima nichts, schützt die Umwelt in Winterthur nicht, wird aber Winterthur in vielen Facetten schwächen, unsere Wirtschaft benachteiligen, Arbeitsplätze vernichten und die ärmeren Bevölkerungsschichten benachteiligen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir stimmen nicht zu, weil der Nutzen global gesehen keineswegs gegeben ist, die negativen Auswirkungen auf unsere Stadt und unsere Bevölkerung ganz massiv sein werden, die Prosperität unserer Stadt vorsätzlich gefährdet wird, mit Verboten und Freiheitsbeschränkungen agiert wird und die Kosten massiv höher als durch den Stadtrat ausgewiesen ausfallen werden und damit extreme Steuererhöhungen drohen.

Als einzigen Änderungsantrag unterstützen wir denjenigen der FDP.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Ich habe eigentlich gehofft, dass wir dieses Geschäft noch vor der Pause abstimmen können. Aber anhand der Rednerliste und der Dauer der einzelnen Voten haben wir eventuell noch etwas länger. Als nächstes hat das Wort Philippe Weber (SP).

Ph. Weber (SP): Ich mag schon fast nicht mehr und Ihr wahrscheinlich auch nicht, deshalb halte ich mich kurz. Ich wollte Euch mitteilen, dass ich einigermassen überrascht bin, und zwar nicht über die SVP, denn Fakten verleugnen und Herumpoltern ist wohl so ziemlich das Einzige, was Ihr im Moment draufhabt. Auch wenn man es in eine halbstündige Rede packt, wird das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es inhaltlich vor allem populistischer Quark ist. Ich wollte Euch mitteilen, dass ich einigermassen überrascht bin über die FDP. Wer hätte das gedacht – als Urs Hofer mit viel Pathos in seiner Fraktionserklärung erklärt, es gehe jetzt vor allem darum, dass man diese Ziele möglichst schnell erreicht, wollte ich ihm schon den geheimen Händedruck der Klima-Allianz zeigen gehen. Kurz darauf wurde er aber dementiert von seinen eigenen Fraktionsgspänli, nämlich zuerst von Felix Helg. Dieser sagte, nachdem Urs Hofer zuerst sagte, es sei Hans wie Heiri, was für eine Zahl wir auf ein Papier schreiben, lauthals forderte, wir sollen doch jetzt bitte zwei Papiere mit zwei verschiedenen Zahlen darauf herstellen. Es ist einfach alles ein bisschen verdreht. Und deshalb möchte ich Euch gerne ans Herz legen, dass Ihr die verschiedenen Anträge ablehnt.

Dann noch zu Urs Bänziger, der danach auch noch sehr lange erzählt hat, weshalb das alles Quatsch ist, was wir da gerade besprechen. Auf die Frage, wie das dann gehen soll, schneller zu sein, ohne an den Massnahmen etwas zu ändern, verweise ich gerne gleich auf Deinen Fraktionspräsidenten zurück: Es geht darum, dass wir Gas geben, indem wir Geld in die Hand nehmen und Massnahmen, die wir beschlossen haben in diesem Massnahmenplan, nun möglichst schnell umsetzen.

Die grosse Partnerschaft, die Urs Hofer angekündigt hat: Vor den Wahlen wird auch noch die Budgetdebatte stattfinden. Wir werden in der Budgetdebatte sehen, ob erstens unsere Klima-

Allianz Bestand hat, und zweitens, ob Ihr dann immer noch der grosse Partner seid, als den Ihr jetzt Euch jetzt gerade angepriesen habt.

Ich gehe völlig einig mit Dir, dass wir Gas geben müssen – und zwar jetzt. Deshalb setzen wir jetzt mindestens 2040 in die Abstimmung und nehmen danach das nötige Geld und die notwendigen Massnahmen in die Hand, um das möglichst schnell umzusetzen. Zum Glück ist ja auch das zuständige Departement vor einem halben Jahr neu besetzt worden. Vielleicht hilft uns auch das, um ein bisschen mehr Gas zu geben. Und nicht mehr Zeit verplempern, wie Du, Urs Hofer, das vorhin moniert hast. Das ist nämlich unter Eurer Stadträtin passiert 1,5 Jahre lang. Und deshalb ein Appell an die GLP und ihre neue Stadträtin Katrin Cometta: Geben wir Gas. Danke vielmal.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Noch eine kurze Bitte von mir: Auch wenn es um das immer mehr aufgeheizte Klima geht, bitte ich doch darum, auch bei der Wortwahl auf den gegenseitigen Anstand zu achten. Als nächstes hat das Wort Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Ich habe eine doppelte Replik auf die SP. Ich mag es nicht so, wenn man im Rat mit Unwahrheiten über andere um sich wirft. Bei Lea Jacot und jetzt leider gleich nochmals waren es einige davon. Und die folgenden fand ich besonders absurd: Es wurde gesagt, die FDP habe gesagt, man wolle kein Geld für Klimamassnahmen ausgeben. Ich zitiere mich selbst aus dem Protokoll der letzten Klima-Sondersitzung, als ich sagte, der 3. Unterschied zu Euch ist, dass wir anerkennen, dass Klimapolitik ein Preisschild hat und wir deshalb auch Vorstösse priorisieren nach Effizienz, Wirksamkeit und Verhältnismässigkeit.

Ich wiederhole es gerne nochmals: Netto Null wird und darf uns gerne etwas kosten, auch nach Meinung der FDP. Was wir gerade nicht wollen, aber aus Erfahrungswerten aus der links-grünen Umsetzungskompetenz leider befürchten müssen, ist, dass wir 100 Millionen der knapp vorhandenen Gelder in Massnahmen versenken, die wir dann nicht zu Boden bringen und keinen Output davon haben.

Und was wir dann halt auch überhaupt nicht verstehen, ist, weshalb die SP das knapp vorhandene Geld fortlaufend für anderes ausgibt, z.B. für Lohnerhöhungen in der Verwaltung, überdurchschnittlich teure Schulhäuser, PK-Sanierung mit 220 Mio. é fonds perdu – wenn man ja schon weiss, dass man sehr viel von diesem knappen Geld für den Klimaplan brauchen wird. Auch zu diesem Thema zitiere ich mich selbst, dieses Mal aus der letzten Budgetsitzung: «Letztlich gefährdet man, mit der Steuererhöhung und dem Ausgabenwachstum aber auch die Akzeptanz von zukünftigen Entscheidungen mit Kostenfolgen in der Bevölkerung.» Dann habe ich als Beispiel gebracht, ein Ja zu einem substanziellen Klimapaket in der Bevölkerung dürfte viel einfacher zu erreichen sein, wenn man sich steuertechnisch nicht schon auf Rekordniveau bewegt und man die Finanzsituation einigermaßen im Griff hat. Darum nein, Lea, die FDP hat nie gesagt, dass wir kein Geld für Klimamassnahmen ausgeben wollen. Wir haben aber anders als Ihr geschaut, dass wir überhaupt noch ein bisschen Geld haben dafür. Wir ermöglichen und liefern eben auch Taten, auch wenn sie unangenehm sind in der Konsequenz, und nicht nur einfach schöne Worte. Da sind die GLP und die EVP schon deutlich konsequenter als Ihr. Sie wissen, dass man nicht alles haben kann und haben deshalb, anders als Ihr, irgendwann Prioritäten gesetzt und auch einmal Nein gesagt. Das genau wie die FDP, um deshalb dann glaubwürdiger Ja zu etwas anderem, wichtigerem sagen zu können. Dann gab es noch den Vorwurf, weshalb wir die Variante der AL nicht in unseren Antrag zur Variantenabstimmung eingebaut haben. Diese Variante war uns bis heute um 16.40 Uhr nicht bekannt. Anders als der Antrag 2040, der uns nach zwei Jahren Diskussionen und Planung nun aber immerhin letzten Donnerstag vorgelegt wurde. Aus diesem Grund verstehe ich auch den Ärger nicht, weshalb wir dieses Geheim-Traktandum nicht in unseren Antrag eingebaut haben. Tut mir leid.

Zu den Zahlenwerten, das ist das 2. SP-Votum. Ich habe ja gesagt in meinem Votum, wir seien einfach ehrlich, wenn wir zugeben, dass wir in Anbetracht des herausfordernden und weitgehend fehlenden Plans 2050 als realistisch empfinden. Mir ist wirklich noch so recht, wenn wir es 2040 erreichen, noch besser, wenn wir es 2030 erreichen – aber ich möchte ehrliche Klimapolitik machen und wir als FDP möchten ehrliche Klimapolitik machen. Und es ist

nicht ehrliche Klimapolitik, keinen Plan zu haben und einfach mit den Zahlenwerten hinunterzugehen.

Und als Letztes zum Zeithorizont: Wir haben zwei Jahre etwas geplant und vorbereitet und gemacht, das man nun vier Tage vor der Sitzung einfach noch um zehn Jahre – das sind massive Prozente des Zeithorizonts – hinuntersetzt. Klar verlieren wir da Zeit, aber ich biete nochmals Hand, dass wir jetzt zusammenarbeiten. Und ja, wir müssen morgen beginnen mit Umsetzen, auch da biete ich nochmals Hand trotz der Worte, die ich jetzt gehört habe, und trotz der Unwahrheiten, die jetzt da erzählt werden.

K. Frei (Grüne/AL): Ich habe es vorhin verpasst, die Haltung der Grünen/AL-Fraktion zu den gestellten Anträgen bekanntzugeben. Zum AL-Antrag geben wir Stimmfreigabe, den FDP-Antrag lehnen wir ab. Dem Antrag der Ratsleitung stimmen wir zu.

L. Jacot (SP): Es ist interessant, wie einem immer Unwahrheiten unterstellt werden, aber gleichzeitig ist es nur die FDP, die sagt, es habe ein Preisschild. Ich habe das jedes Mal gesagt, jedes Mal in der Debatte habe ich gesagt, es ist nicht einfach gratis zu haben. Aber das ist egal, das ist zum Glück keine Unwahrheit, Ich weiss auch nicht, wie Ihr das nennen wollt. Zum Votum der SVP: Ich habe zu viel Anstand und Respekt vor dem Ratsbetrieb, um jetzt auch noch unser ganzes Parteiprogramm herunterzubeten – oder Eures zu zerpflücken, das Du uns da netterweise mitgeteilt hast. Nur zu ein paar Dingen: Zu den modernen Brütern - wenn Du eine Ahnung hast, wie viele Kilowattstunden Strom ein solcher Brüter kostet, dann ist es eigentlich billiger, wenn wir gleich 1 – 2 Steuerprozente der Atomlobby zukommen lassen, dann müssen wir kein Kernkraftwerk bauen und haben auch erreicht, was Du da möchtest. Das Votum war sehr lang und ich möchte nicht wahnsinnig viel dazu sagen, aber es wurden einfach wirklich Sachen gesagt, die relativ schwierig sind. Wenn schon könnte man über irgendwelche Salzkraftwerke sprechen und über wirklich moderne Technologien, aber nicht über Brüter. Aber wie gesagt: Ich denke, das könnte man in einer anderen Form machen, genauso wie das Parteiprogramm herunterzubeten. Danke.

M. Wackerlin (PP/SVP): Ich möchte das eigentlich hervorragende Votum von meinem Vorgänger Markus noch um ein paar Punkte ergänzen. Wenn wir mehr Klimaschutz wollen, meine Damen und Herren, dann müssen wir den Kapitalismus stärken!
Wir müssen die Steuern senken, damit die Firmen mehr Geld zum Investieren haben!
Wir müssen Steuern senken, damit sich die Bevölkerung mehr Bio-Produkte und Elektroautos leisten kann! Lasst den Menschen die freie Wahl, sich frei und freiwillig für bessere und innovativere Produkte zu entscheiden!

Das Einzige, was im Umwelt- und Klimaschutz hilft, sind Innovation und Freiheit!

Die Stadt bringt keine Innovation, sie verhindert sie höchstens. Man kann Innovation nicht staatlich planen, man kann sie höchstens staatlich verhindern. Der Staat kann zwar Geld ausgeben, aber er kann damit den Klimawandel höchstens beschleunigen – sicher nicht bremsen.

Wenn der Staat zum Beispiel Elektromobilität fördert, verhindert er damit, dass sich bessere Lösungen am Markt etablieren können. Bei Elektromobilität haben wir zum Beispiel das Problem, dass die Sonnenenergie fehlt, wenn die Autos nachts in der Garage geladen werden. Bei Elektromobilität unterschlägt man die ganze Problematik der Energiespeicherung, von der Kapazität über die Lebensdauer, bis hin zu den Umweltschäden bei der Produktion von Batterien.

Und dann vielleicht da noch einen kleinen historischen Vergleich: Ihr wisst, dass ich gerne in die Vergangenheit schaue, um die Zukunft zu planen. Die sozialistische DDR hatte sich sehr früh die Umwelt auf die Fahnen geschrieben, aber viel mehr verdreckt, als daneben die kapitalistischere BRD. Im ganzen kommunistischen Osten, besonders auch in Polen, waren ganze Landstriche verseucht. Deshalb, meine Damen und Herren: Der Klimasozialismus, dem Ihr offenbar alle anhängt, leider bis hin zur FDP, das ist ein falscher Weg. Wir dürfen diesen nicht gehen.

Das Fazit: Wir helfen dem Klima am meisten, wenn wir den Menschen ihre Freiheit lassen, den Staat zurücknehmen und den freien Markt und seine Innovationen laufen lassen.

U. Bänziger (FDP): Ich kann es leider nicht lassen, lieber Philippe Weber: Ein Ziel ohne einen Plan ist ein Wunsch. Und ich wünsche Dir auch alles Gute, lieber Philippe. Aber mit den guten Wünschen ist es so eine Sache, Philippe. Gewünschte CO₂-Einsparungen sind ZERO reale Einsparungen. Also bitte, schaltet den Gang ein, liebe SP, und fangt endlich an, mit uns diese Massnahmen und die entsprechenden Realisierungen zu diskutieren. Wir wollen Netto Null, aber verbindlich.

Stadträtin K. Cometta: Das ist jetzt hart, noch vor dem Nachtessen. Ich habe gehofft, dass Ihr nachher gut genährt zuhören mögt.

Zuallererst danke ich Dani Altenbach für das Vorstellen, Euch allen für das vertiefte Befassen mit diesem doch komplexen Thema und jetzt für die engagierte Diskussion. Und zuerst möchte ich sagen, dass ich mich sehr freue heute Abend über die deutlichen Zeichen für mehr Klimaschutz in Winterthur - jetzt in dieser Diskussion und auch vorher in den Kommissionsberatungen, wo mit Ausnahme einer Partei, sich alle für ein Netto Null-Ziel für Winterthur ausgesprochen haben. Und das freut mich.

Wir haben also alle, fast alle, das fast gleiche Ziel, auch wenn wir noch etwas über das Wie und Wo und vor allem das Wie schnell streiten müssen.

Auch wenn die Debatte jetzt teilweise recht hitzig war – ich erlaube mir, ganz kurz eine Flughöhe höher zu steigen: Wir alle in diesem Saal - zumindest fast alle – wollen, dass Winterthur seine Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel wahrnimmt. Und ja, es geht um Generationengerechtigkeit und ja, es geht auch um Nord-Süd-Gerechtigkeit. Und auch wenn Markus Reinhard noch probiert hat, Zweifel zu streuen: Die Wissenschaft hat keine Zweifel, sondern eine klare Haltung. Es gibt Klimawandel, er ist menschengemacht und wir können ihn noch – wenn wir jetzt handeln - bremsen.

Die Schweiz und die weltweite Staatengemeinschaft haben sich mit dem Pariser Abkommen verpflichtet, da Verantwortung zu übernehmen. Und daraus folgt auch, lieber Markus Reinhard, dass eben auch wir in Winterthur eine Verantwortung haben.

Der Klimawandel ist bereits jetzt spürbar, auch in Winterthur – es gibt Trockenheit, es gibt Hitzetage. Es gibt auch gesundheitliche Folgen, es wurde gesagt, gerade für die ältere Bevölkerung. Und es führt auch bereits jetzt zu hohen Anpassungs-Kosten, zum Beispiel im Thema Hochwasserschutz.

Klimawandel ist nicht nur ökologisches Problem, sondern hat auch volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen für uns. Der Handlungsbedarf ist akut. Und auch wenn der Weg zu Netto Null kostet – das wurde ja verschiedentlich gesagt – möchte ich doch nochmals erinnern, dass Nichtstun noch viel mehr kostet.

Das Parlament hat vor zwei Jahren beim Stadtrat Netto Null 2050 bestellt. Der Stadtrat hat diesen Steilpass sehr gern angenommen und geliefert, was bestellt wurde. Er war dabei sehr ehrgeizig – einerseits beim Festlegen der Systemgrenzen, andererseits auch, indem er bereits einen konkreten Umsetzungsplan beschlossen hat. Und auch, indem er entschieden hat, dass die Stadtverwaltung mit gutem Vorbild vorausgeht und 2035 klimaneutral sein will.

Danke, Urs Bänziger, dass Du das gewürdigt hast.

Der vorgesehene Absenkpfad ist steil, ambitioniert und machbar.

Und ich möchte hier einfach nochmals festhalten: Der Stadtrat erfüllt die Aufträge des Parlaments – so funktioniert unsere Demokratie. Und ja, es ist dann ein bisschen anspruchsvoll, wenn nach der erfolgten Bestellung, nach zwei Jahren harter Arbeit, nach Diskussionen in der Kommission und nach dem deutlichen SSK- Beschluss jetzt plötzlich eine neue Bestellung daherkommt.

Und ich erinnere gerne nochmals daran: Das Netto Null Ziel 2050 wurde in der Kommission mit 8:1 Stimmen gutgeheissen – falls Ihr noch ein gelbes Blatt auf dem Tisch hättet, würde das darauf stehen.

Der Stadtrat hatte noch keine Gelegenheit, die Anträge zu diskutieren, die wie gesagt wurde erst letzten Donnerstag auf den Tisch kamen. Ihr könnt deshalb verstehen, dass ich Euch

heute auch nicht sagen kann, was das genau bedeutet. Der Stadtrat hat zwar zu Netto Null 2030 eine Haltung formuliert, darauf komme ich später noch zurück, und auch eine Variante könnte der Stadtrat mit seinem Doppelantragsrecht auch selbst dem Volk vorlegen. Auch dazu konnte er sich noch nicht austauschen.

Was ich aber sicher sagen kann zur Haltung des Stadtrats, ist, dass es den Stadtrat grundsätzlich freut, wenn das Parlament es ebenfalls ernst meint mit dem Klimaschutz. Denn wir sind alle überzeugt, dass das notwendig ist.

In diesem Sinne interpretiere ich – und wahrscheinlich auch der Stadtrat – diese Diskussion um die Verschärfung der Ziele auch sehr gerne als Commitment des Parlaments, dass es die Massnahmen des Klimaplanes mitträgt, und danach auch die entsprechenden Ressourcen dazu sprechen wird. Ich habe da das Versprechen von Barbara Huizinga sehr wohl gehört. Es ist uns allen klar hier drinnen, dass die Anträge der Klima-Allianz aus verfahrenstechnischer Sicht nicht dem «comme-il-faut» entsprechen. Aber ich höre sehr gerne, dass der Massnahmenplan als solches weitergeführt werden soll und wir nicht zurück auf Feld 1 müssen. Denn das ist am Schluss des Tages das Wichtigste: Wenn wir den Klimawandel bremsen wollen, müssen wir die dringend notwendigen Massnahmen rasch umsetzen. Und ich bin froh, wenn auch die FDP zero-zero dazu sagt.

Die ehrgeizigsten Ziele nützen nämlich nichts, wenn wir uns nicht an die Arbeit machen. Und der Stadtrat will seine Energie auf die Umsetzung fokussieren. Er hat deshalb den Umsetzungsplan auch schon unabhängig von der Zieldiskussion beschlossen.

Der Klimaplan konkretisiert den Weg bis 2028 – das ist ein Zeitraum, der noch knapp überblickbar ist – und auch für diese sieben Jahre braucht es eine rollende Planung, besonders wenn jetzt die Ziele noch verschärft werden sollten.

Auf dem Slide seht Ihr den Absenkpfad aus dem Grundlagenbericht – er ist steil, es gibt einiges zu tun. Der Massnahmenplan setzt bei den wirkungsvollsten Hebeln an: Bei der Energieversorgung, bei den Gebäuden, bei der Mobilität und dem Konsum.

Es wurde gesagt: Wir brauchen mehr erneuerbare Energie bzw. eine Solaroffensive – dies insbesondere auch, wenn es mehr Elektromobilität und mehr Wärmepumpen gibt. Wir wollen 50% mehr Strom aus Winterthurer PV-Anlagen bis 2028). Wir wollen das Gas schrittweise als Energieträger ablösen und mittelfristig nur noch erneuerbares Gas durch das Gasnetz leiten. Es braucht den Ersatz der fossilen Heizungen (Reduktion um ein Drittel bis 2028 geplant) und wir wollen die Wärmeverbunde ausbauen.

Und auch das wurde gesagt: Bei der Mobilität haben wir noch grossen Handlungsbedarf. Wenn der restliche Konsum ausgeklammert wird, verursacht die Mobilität doch immer noch einen Drittel des CO₂-Ausstosses.

Mit Winterthur 2040 schaffen wir eine Stadt der kurzen Wege, Wir wollen Velo und öffentlichen Verkehr fördern - oder dort, wo es nach wie vor ein Auto braucht, braucht es zumindest Elektromobilität. Ich habe vorhin, als Marc gesprochen hat, ganz verzweifelt gesucht, wo wir einen gemeinsamen Nenner haben – ich orientiere mich immer gerne an Gemeinsamkeiten – da gebe ich Marc Recht: Elektromobilität ist nicht einfach ein Wundermittel. Besser ist, wenn man ganz auf ein Auto verzichten kann. Das kann man aber nicht immer, und dann ist es sicher das kleinere Übel als ein Verbrennungsmotor.

Und schliesslich bezieht der Klimaplan des Stadtrats auch den Konsum mit ein, den sogenannten Scope 3. Da geht es ums Fliegen, um die Ernährung oder um die Kreislaufwirtschaft. Insbesondere beim Bauen haben wir sehr viel Potenzial und Winterthur hat sich erfreulicherweise auch schon zu einem Hotspot in Sachen Zirkuläres Bauen gemausert. Und ich höre sehr gerne, Urs Bänziger, wenn auch Du da ein aktives Vorgehen des Stadtrats begrüsst. Bei diesen Konsummassnahmen geht es nicht um die Etablierung einer Verbotskultur, sondern vielmehr um das Informieren und Sensibilisieren; ums Ermöglichen von Alternativen und es geht ums Vernetzen privater Initiativen.

Mehr als die Hälfte des CO₂-Ausstosses der Winterthurerinnen und Winterthurer passiert nicht auf Winterthurer Boden. Wir können das nicht einfach ausklammern, auch wenn natürlich klar ist, dass die Stadt dies nicht so direkt beeinflussen kann in diesem Scope 3. Und es auch nicht so genau messbar ist, da gebe ich André Zuraikat Recht.

Urs Bänziger hat sich noch zu Senken geäussert. Senken sind tatsächlich ein sehr wichtiges Thema, und deshalb ist es ja auch als flankierende Massnahme vorgesehen, dass man dazu eine Strategie erarbeitet.

Der Massnahmenplan des Stadtrats beinhaltet 54 Massnahmen aus diesen vier Treiberthemen Energie, Gebäude, Mobilität und Konsum. Und bei jeder einzelnen dieser Massnahmen ist ausgewiesen, wie viel CO₂ gespart werden kann und was sie kostet – wie viele Stellen, wie viel laufende Kosten. Und da kommt man auf die durchschnittlich 6.6 Mio. Franken jährlich, die Dani Altenbach erläutert hat.

Dabei ging man von einer Nettokostenbetrachtung aus, das ist richtig, das entspricht der gängigen Praxis. Das Ziel ist ja, dass man weiss, wie viel Mehrkosten auf die Stadt zukommen. Der Stadtrat hat die geforderten Preisschilder geliefert. Selbstverständlich: Es ist keine Aussage, wie viele Investitionen auf uns zukommen. Da wird es ja die entsprechenden Weisungen geben. Die verschiedenen Massnahmen werden ja in den Departementen umgesetzt und auch dort wird nachher der Gemeinderat das letzte Wort haben. Das ist kein Blanko-Check, Markus Reinhard, sondern das, was man ganz normale Demokratie nennt.

Ich möchte nun doch noch kurz auf die Zieldiskussion eingehen. Denn Ihr beschliesst ja heute, welches Ziel oder welche Ziele Ihr dem Volk vorlegen wollt – und ich habe ja auch schon so eine Ahnung, wie die Mehrheitsverhältnisse liegen werden.

Ihr habt Netto Null 2050 bestellt. Jetzt gibt es wahrscheinlich neu 2040 plus noch die Auswahl. Und eigentlich kann man die Zieldiskussion ja auch gar nicht ohne Diskussion um die Systemgrenzen und die Methodik führen.

Wenn Ihr auf die Stadt Zürich verweist, die Netto Null 2040 postuliert, dann ist das richtig. Aber wenn man mit Zürich vergleicht, muss ich schon noch darauf hinweisen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen sollte. Zürich rechnet die indirekten Treibhausgasemissionen nicht voll ein in ihr Ziel, sondern Zürich will bis 2040 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber 1990. Und zu den indirekten Emissionen zählt der Konsum, inklusive Flugverkehr, oder Energie-Vorketten. Insgesamt sind die Absenkpfade also ziemlich vergleichbar.

Ich stelle aber fest, dass insbesondere Zürich immer wieder auch ein Bezugsrahmen ist. Ganz grundsätzlich könnte es ein Ziel sein, dass die verschiedenen Akteure – Bund, Kantone, Städte - ihre Methodik angleichen und damit auch vergleichbar machen. Diese Diskussionen finden überall und laufend statt.

Die Zielsysteme und die methodischen Grundlagen sind unterschiedlich und sehr dynamisch – und Winterthur wird auch da die Zusammenarbeit mit anderen Städten suchen, nicht zuletzt, um Synergien zu realisieren.

Ich möchte gerne noch kurz etwas zu Netto Null 2030 sagen. Es gibt ganz laute Stimmen, die dies fordern und als unverhandelbar erklären. Und es gibt heute auch den Antrag Hugentobler.

Ich habe viel Verständnis für die Ängste, dass wir zu langsam unterwegs sind mit unserer Klimapolitik und dass es uns nicht reicht, die Klimaerwärmung zu bremsen, bevor es zu diesen Kippeffekten kommt.

ABER – und es ist eben ein grosses Aber: 2030 ist in neun Jahren. Der Stadtrat hat das Szenario Netto Null 2030 im Grundlagenbericht angeschaut. Und er hat befunden, dass es nicht realistisch ist, schon nur weil die übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen fehlen. Es könnte nur mit massiven Kompensationszahlungen gelöst werden – und ein solcher Ablasshandel ist ja auch nicht im Sinn der Erfinder.

Samuel Kocher hat es in seinem Votum gesagt: Klimaschutz muss gesellschafts- und wirtschaftsverträglich sein. Und auch wenn es einem nicht gefällt: In einer Demokratie muss ein Klimaziel auch politisch mehrheitsfähig sein. Der Stadtrat will ein ehrliches Ziel, das auch machbar ist.

Bevor ich nun zum Schluss komme, möchte ich noch ganz kurz etwas zum Zwischenziel sagen. Die Motion verlangte ein Zwischenziel von 1t CO₂ pro Kopf und Jahr bis ins Jahr 2035. Ich möchte Euch mit dieser Folie zeigen, dass dies doch dazu führt, dass wir ab sofort einen extrem steilen Absenkpfad verfolgen. 1t CO₂ pro Kopf und Jahr führt zu einer CO₂-Reduktion um 85% beim Strom, einer CO₂-Reduktion um 83% bei der Wärme und einer Reduktion des

Treibhausgas-Ausstosses bei der Mobilität um 88%. Dieser Absenkpfad kann mit Fug und Recht als ehrgeizig bezeichnet werden.

Und das Zwischenziel – ob jetzt 2035 oder 2033 – verhindert, dass Massnahmen auf die lange Bank geschoben werden. Das Zwischenziel garantiert, dass wir ab sofort einen sehr steilen Absenkpfad verfolgen.

Und jetzt komme ich zum Schluss: Der Stadtrat hat den Ernst der Lage erkannt. Er sieht seine Verantwortung, nimmt sie wahr und handelt jetzt und will die dringend notwendigen Massnahmen so rasch wie möglich umsetzen. Man ist dran. Und das sind wir auch den kommenden Generationen schuldig.

Wir arbeiten in den Departementen mit Hochdruck daran, die Massnahmen umzusetzen und, wenn der Klimaplan für die nächsten acht Jahre so beschlossen ist, so zu realisieren. Und selbstverständlich werden wir dort, wo es notwendig ist, die entsprechenden Weisungen ausarbeiten, so dass sich der Gemeinderat dazu äussern kann.

Wir sind froh, dass dieses Vorgehen nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Und ich möchte nochmals die Gelegenheit nutzen, um meine Hoffnung auszudrücken, dass das Parlament dann die Massnahmen bzw. die Ressourcen dazu auch unterstützen wird.

Denn am Schluss sind es die Taten, die zählen.

In diesem Sinn, freue ich mich, wenn Ihr dem Antrag des Stadtrats folgt und ein Signal für eine aktive Klimapolitik von Winterthur setzt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Mit diesen abschliessenden Worten der Stadträtin Katrin Cometta gehen wir in die Pause und machen nachher weiter bei diesem Traktandum. Ich wünsche allen «en Guete» und wir sehen uns um halb acht Uhr wieder hier.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Es ist halb acht Uhr. Ich wäre froh, wenn Ihr auf Eure Plätze zurückkehrt, damit wir mit der Abendsitzung beginnen können.

Ich begrüsse besonders diejenigen, die neu noch zu uns gestossen sind, ganz herzlich zur Abendsitzung, aber natürlich auch alle anderen.

Wir werden jetzt dann gleich mit dem Abstimmungsprozedere beginnen. Ich möchte ganz kurz erklären, wie wir geplant haben, da durchzugehen, weil es doch verschiedene Anträge sind.

Wir werden zuerst den Antrag von Ziff. 1 lit. a bereinigen. Dann werden wir Ziff. 1 lit. d bereinigen. Dann werden wir über den Ratsleitungsantrag, den Ergänzungsantrag, abstimmen. Danach werden wir in globo über die Variantenabstimmung der FDP abstimmen; und falls diese durchkommt, müssten wir dann noch darüber abstimmen, welche Variante vom GGR bevorzugt wird. Und dann müssen wir eine Schlussabstimmung über den ganzen geänderten Grundsatzbeschluss machen, und diesen muss man dann auch auszählen, weil es ja eine Volksabstimmung gibt.

Beim Netto Null CO₂ Ziff. 1 lit. a stellen wir zuerst den Antrag der Klima-Allianz, der eine Reduktion bis zum Jahr 2040 verlangt, dem AL-Antrag, bei dem die Reduktion bis 2030 verlangt wird, gegenüberstellen.

Wer da dem Antrag der Klima-Allianz zustimmen möchte für 2040, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer da dem AL-Antrag zustimmen möchte, wo es um das Erreichen bis 2030 geht, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer sich bei der Abstimmung enthält, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Da haben Sie klar dem Antrag der Klima-Allianz für die Variante 2040 zugestimmt.

Dann stellen wir jetzt den Antrag der Klima-Allianz mit 2040 dem stadträtlichen Antrag für 2050 gegenüber.

Wer dem Antrag der Klima-Allianz zustimmen möchte (Netto Null bis 2040), soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer dem stadträtlichen Antrag zustimmen möchte (Netto Null CO₂ bis 2050), soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Enthaltungen?

Der Antrag der Klima-Allianz für Netto Null 2040 hat gewonnen.

Wir kommen zu Ziff. 1 lit. d. Da geht es um den stadträtlichen Antrag, der das Zwischenziel von 1 Tonne bis 2035 plant, und den Antrag der Klima-Allianz für das Zwischenziel bis 2033 1 Tonne CO₂.

Wer dem stadträtlichen Antrag zustimmen möchte (bis 2035 1 Tonne CO₂), soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer da dem Antrag der Klima-Allianz zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer sich der Stimme enthält, soll das jetzt bezeugen.

Damit haben Sie auch hier dem Antrag der Klima-Allianz, Treibhausgasemissionen bis 2033 1 Tonne, zugestimmt.

Wir kommen zum Ratsleitungsantrag, wo es darum geht, dass es neu eine Ziff. 2 gibt mit der Inkraftsetzungsbestimmung. Der Antrag ist Ihnen bekannt und liegt vor.

Wer dem Ratsleitungsantrag zustimmen möchte mit der neuen Ziff. 2, dass die Änderungen mit dem rechtsgültigen Zustandekommen der Volksabstimmung in Kraft treten, und dann die bisherige Ziff. 2 zu Ziff. 3 wird, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben Sie klar dem Antrag der Ratsleitung zugestimmt.

Wir kommen zum Antrag der FDP für die Variantenabstimmung.

Wer dem Antrag der FDP im Grundsatz zustimmen möchte, dass es neu zwei Varianten gibt, die der Volksabstimmung unterbreitet werden (eine Variante Netto Null bis 2050 und eine bis 2040), soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Wir müssen das auszählen, bitte.

Wer den Antrag der FDP für die Variantenabstimmung ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Sie haben dem Antrag der FDP für eine Variantenabstimmung mit 33:22 Stimmen zugestimmt.

In diesem Fall müssen wir jetzt noch darüber abstimmen, welcher Variante der Gemeinderat den Vorzug geben möchte. Die Variante 1 ist Netto Null 2050 und 1 Tonne CO₂ bis 2035, und die Variante 2 ist Netto Null bis 2040 und Treibhausgasemission bis 2033 1 Tonne, also der Antrag, den Sie vorhin angenommen haben. Die Variante 1 entspricht dem stadträtlichen Antrag, die Variante 2 entspricht dem Antrag der Klima-Allianz, dem Sie vorhin zugestimmt haben.

Wer der Variante 1 zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer der Variante 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist klar: Sie haben die Variante 2 gewählt.

...

Jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung über den gesamten geänderten Grundsatzbeschluss, d.h. mit Variantenabstimmung und der Gemeinderat bevorzugt die Variante 2.

Wenn Sie diesem geänderten Grundsatzbeschluss, so wie er jetzt gilt, zustimmen möchte, bitte ich Sie, jetzt die Hand zu erheben. Das müssen wir auszählen.

Wer diesen geänderten Grundsatzbeschluss ablehnen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Sie haben dem geänderten Grundsatzbeschluss mit 43:13 Stimmen zugestimmt.

Mir liegt kein Antrag vor, dass Sie die Motion Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050 nicht als erledigt abschreiben möchten. In diesem Fall ist diese Motion als erledigt abgeschrieben worden. Vielen Dank.

Ich übergebe das Wort Marc Wäckerlin (PP) für eine persönliche Erklärung.

M. Wäckerlin (PP): Ich habe noch eine kleine Antwort an Stadträtin Katrin Cometta: Es freut mich, dass Du so nach Gemeinsamkeiten gesucht hast - es gibt wohl mehr Gemeinsamkeiten, als Du denkst.

Nebst der Elektromobilität gäbe es z.B. auch nachhaltige Verbrennungsmotoren, zum Beispiel auf Basis von Wasserstoff, Biodiesel oder Biogas.

Leider haben auch viele eine falsche Vorstellung von der Wissenschaft. Eine Wissenschaft ohne Zweifel ist keine Wissenschaft, sondern eine Religion! Die Wissenschaft macht auch keine politischen Aussagen, sondern nur Tatsachenfeststellungen. Die Wissenschaft spricht über das Sein, nicht das Sollen, die Wissenschaft definiert daher auch keine Ziele. Politische Aussagen bedürfen hingegen einem zu erreichenden Ziel und einem Weg zum Ziel.

Wir sind uns im Übrigen einig über das eigentliche Ziel, nämlich eine gute, nachhaltige Zukunft für uns alle, auch SVP und Piraten (übrigens zwei Parteien), aber wir sind uns nicht einig über den Weg dahin. Vielen Dank.

Stadträtin K. Cometta: Ich lasse das so stehen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2019.75: Antrag und Bericht zum Postulat G. Stritt (SP), C. Griesser (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien

Ratspräsidentin M. Sorgo: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien. Das Wort hat die Erstpostulantin, Gabi Stritt.

G. Stritt (SP): Die SP dankt dem Stadtrat und der Pensionskasse Winterthur für diesen Bericht. Der Stadtrat informiert eingangs dieses Berichts, dass ihm grundsätzlich gegenüber der Pensionskasse Winterthur kein Weisungs-, sondern lediglich ein Instruktionsrecht zusteht, welches sich auch auf die Anlagenpolitik bezieht. Die Möglichkeiten des Stadtrats zur Einflussnahme auf die Pensionskasse haben wir zur Kenntnis genommen, nehmen dazu aber nicht näher Stellung, weil das eigentlich nicht Gegenstand dieses Postulats war.

Der Stadtrat betont, dass er seine Verantwortung in seiner Funktion als Arbeitgebervertretung im Stiftungsrat der Pensionskasse ernst nimmt und hat den Stiftungsrat eingeladen, sich zum Postulat zu äussern. Zudem wird betont, dass der Stadtrat das Ziel des Postulats unterstützt, bei den Investitionen auf fossile Energien möglichst zu verzichten.

Die Stellungnahme der Pensionskasse Winterthur stimmt verhalten positiv. Die Anlagenkommission des Stiftungsrats hat sich mit dem Klimawandel im Kontext mit den Vermögensanlagen intensiv befasst und als Resultat liegt ein Nachhaltigkeitskonzept vor, das letztmals im März 2021 angepasst wurde. Die Pensionskasse betont, dass sie die Klimarisiken als Teil des Anlagenrisikos anschaut, zusätzlich aber auch Klimawirkungen in die Analyse einbezieht. Gerade bei den fossilen Energien seien die Klimarisiken wie auch die Klimawirkung ein grosses Thema. Investitionen in fossile Energien steht die Pensionskasse sehr kritisch gegenüber, dies insbesondere im Kohlensektor. Dort hat die Pensionskasse ihren Anteil sehr gering gehalten und wird ihn auch gemäss Bericht noch weiter reduzieren.

Bei den aktiven Anlagen (Aktien und Obligationen) befindet sich die Pensionskasse beim Anteil der fossilen Energien klar unter dem Marktdurchschnitt. Bei den übrigen Unternehmen, insbesondere bei den Erdöl- und Erdgas-Produzenten zeigt die Pensionskasse Winterthur Zurückhaltung und äussert, dass Risiken und Chancen gut abgewogen werden würden. Aus unserer Sicht wäre da eine mutigere Haltung notwendig.

Die Frage, warum in der Ausschlussliste bei der Pensionskasse keine Ausschlüsse aus Umweltgründen aufgeführt sind, begründet der Stiftungsrat damit, dass die gesetzlichen Grundlagen einen marktkonformen Ertrag vorschreiben und mit Ausschlüssen vorsichtig umgegangen werden müsse. Diese Aussage ist sehr kritisch – wäre es doch wichtig, dass die Pensionskasse gerade da eine klare Position beziehen würde. Auch bei den ESG-Kriterien, die für Umwelt, Soziales und gute Unternehmungsführung stehen, werden die Ausschlusskriterien als wichtiges Mittel genannt.

Wir hoffen natürlich, dass seit der Erstellung dieses Berichts weitere Entwicklungen in eine positive Richtung im Gange sind. Die Klima-Allianz, welche die Klimakonformitätsberichte veröffentlicht, erwähnt, dass seit Frühling 2021 bei der Pensionskasse Winterthur eine Klimastrategie verfolgt werde und es werde auch eine Ausschlussliste genannt, die auf derjenigen des Schweizer Vereins für verantwortungsvolle Kapitalanlagen ansetzt. Zudem veröffentlicht die Pensionskasse Winterthur seit Frühling 2021 Resultate von ihrem Portfolio-Screening, was weitere Zeichen in die richtige Richtung sind.

Die Pensionskasse Winterthur bekennt sich zu den Zielen des Pariser Abkommens 2015 und will die Netto Null-Emissionen von CO₂ ab 2050 in der Anlagenpolitik umsetzen. Zudem orientiert sie sich an den ESG-Kriterien. Sie arbeitet an den verschiedenen Optimierungstechniken, die ihr erlauben, die CO₂-Intensität des Portfolios weiter zu senken.

Wir fordern da eine raschere Gangart mit mutigeren Entscheiden und somit eine saubere, klimaverträgliche und ethische Anlagenpolitik. Es gibt bereits mehrere positive Beispiele von erfolgreichen Pensionskassen, die konsequent nachhaltig investieren und inzwischen ihr gesamtes Anlagenvermögen ESG-konform verwalten. Erwähnenswert ist da z.B. die Pensionskasse Abendrot und vor allem auch die Sammelstiftung NEST. Die Sammelstiftung NEST verfügt über ein Öko-Rating und untersucht so Firmen auf ihre nachhaltige Wirtschaftsweise. Anlagen in CO₂-intensive Unternehmungen aus den Bereichen Öl, Kohle und Gas schliesst sie weitgehendst aus. Zudem umfasst der Nachhaltigkeitsansatz alle Anlagenklassen. Die Stiftung verpflichtet sich weiter, ihren CO₂-Fussabdruck regelmässig zu messen und auch zu publizieren. Das wäre eine Vorgehensweise, die sich die Pensionskasse Winterthur als Beispiel nehmen könnte.

Es ist im Bericht auch nicht erwähnt, ob sich die Pensionskasse am BAFU-Klimatest beteiligt und was dieser allenfalls ergeben hat.

Es ist klar, dass die Pensionskasse Winterthur wie alle anderen Pensionskassen auch in einem Dilemma steckt, weil sie sich den Herausforderungen mit rekordtiefen Zinsen, der steigenden Lebenserwartung und der Unterdeckung stellen und gleichzeitig auch die gesetzlich vorgegebenen Leistungsziele erreichen muss. Trotzdem sind die Chancen intakt, dass auch unter diesen Voraussetzungen eine fortschrittliche und klimaverträgliche Anlagepolitik realisiert werden kann.

Die Entwicklung der Pensionskasse hinsichtlich der Investitionen in fossile Energien hat sich seit der Einreichung dieses Postulats verbessert, was auch die Klima-Allianz bestätigt. Immerhin konnte die Pensionskasse im Rating vom roten in den orangen Bereich aufsteigen und wird im Vergleich zur Einstufung im Jahr 2019 von der Klima-Allianz als sehr viel besser bewertet. Es gibt somit Zeichen, dass es der Pensionskasse wichtig ist, zu einem Paris-kompatiblen Weg zur Dekarbonisierung ihrer Anlagen zu kommen. Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber vom Ziel ist die Pensionskasse noch ein weites Stück entfernt. Das bestätigen verschiedene kleinere und auch grössere Pensionskassen, die sich im Klima-Allianz-Rating schon seit mehreren Jahren im grünen Bereich bewegen. Es muss selbstverständlich sein, dass die Einstufung der Klima-Allianz auch bei der PK Winterthur baldmöglichst auf grün wechselt. Mit ihrem Anlagevermögen sollte es der Kasse möglich sein, noch konsequenter nachhaltig zu investieren. Und trotzdem die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Rendite und

Anlagenpolitik zu erfüllen. Das schuldet sie sowohl den Klimazielen wie auch den Versicherten. Gerade die Versicherten, das konnte man vor Kurzem in einem NZZ-Artikel lesen, haben ein grosses Interesse, dass ihre Pensionskassengelder – nicht nur in Winterthur, sondern überall – nachhaltig investiert werden.

Die SP dankt dem Stadtrat und der Pensionskasse für den Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Wir fordern den Stadtrat auf, seine Verantwortung im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin wahrzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass die Pensionskasse möglichst rasch nur noch in klimaverträgliche Anlagen investiert. Wir werden die Entwicklungen und Aktivitäten auf jeden Fall weiterverfolgen und im Auge behalten.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben es gehört: Gabi Stritt hat sich bereits mit dem Thema Weisungsrecht der Arbeitgebervertreter befasst. Die Pensionskasse und der Stadtrat sind der Ansicht, dass es eine sehr komplexe Aufgabe sei, einerseits die Vorgaben des Bundes zu erfüllen und gleichzeitig aus den fossilen Energien auszusteigen. Allerdings, das müssen wir ganz klar sagen, ist ein Ausstieg aus diesem Sektor kein Verstoß gegen die Pflicht zur Diversifikation des Portfolios.

Die Pensionskasse hat sich gemäss Antwort stark mit ihren Investitionen im Kohlesektor beschäftigt und versucht, diese zu minimieren. Das ist nicht erstaunlich, denn der Kohlesektor ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch eine Katastrophe. Er ist geprägt von staatlichen Subventionszahlungen, von Protektionismus, von eigenen Industriezweigen und von eigenen Produktionsstätten. Dass da früher oder später ein Sesseltanz losgeht und derjenige, der zuletzt aussteigt, mit relativ viel Verlust dasteht, das ist klar.

Im Übrigen hat man meiner Ansicht nach relativ wenig lesen können über die anderen fossilen Energien. Wie auch schon von Gabi Stritt erwähnt, ist es so, dass die Klima-Allianz der Pensionskasse der Stadt Winterthur attestiert, dass sie etwas gemacht haben, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Aber das Ziel ist natürlich selbstverständlich noch lange nicht erreicht.

Die Fraktion Grüne/AL fordert ein Commitment für einen klaren, schrittweisen Ausstieg der Pensionskasse der Stadt Winterthur aus den fossilen Energien. Wie auch schon erwähnt: Es gibt wirklich zahlreiche Pensionskassen, die dieses Ziel bereits erreicht haben.

Zusammenfassend kann ich festhalten: Wir wollen dieses Commitment. Wir attestieren der PK der Stadt Winterthur, dass sie etwas gemacht hat, dass sie in der richtigen Richtung unterwegs ist – aber dass sie noch nicht am Ziel ist. Und das heisst: Wir bleiben dran. Wir werden uns weiterhin mit diesen Ratings befassen. Und wenn es nötig ist, werden wir erneut einen Vorstoss machen. Heute können wir aber sagen: Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats auf Abschreibung des Postulats zu.

F. Kramer (EVP): Wir sind da bei einem vielmals stiefmütterlich behandelten, aber absolut entscheidenden Thema in der Klimapolitik. Wie wir Geld anlegen, ist für die Schweiz entscheidend in der Frage, ob wir das CO₂ auf Null bringen werden. Als EVP haben wir grossen Willen, diesen Schritt zu gehen. Wir waren froh, in der Postulatsantwort zu lesen, dass die Pensionskasse nicht in Firmen aus dem Kohlesektor investiert.

Wir haben beim Lesen der Postulatsantwort aber grosse Sorgen aus folgenden Gründen: Erstens, 1,8 Mio. der Anlagen haben einen Bezug zum Kohlesektor. Das ist immer noch viel Geld und Anlass zur Besorgnis. Schlimmer ist, dass die Pensionskasse keine klaren Aussagen zum Erdöl und Erdgas macht, da scheinen Anlagen nach wie vor üblich. Die Pensionskasse macht schwammige Aussagen zu Zeit brauchen und Diversifikation und schon auch in erneuerbare Energien investieren. Da sagen wir als EVP ganz klar: Das reicht uns nicht. Noch mehr Sorgen macht uns, dass die Pensionskasse in ihrer Antwort sehr stark auf die wirtschaftlichen Risiken von Kohle und allgemein ihrer Anlagen eingeht und ihre Motivation, die Anlagen zu verändern, in wirtschaftlichen Risiken sieht, genannt «Klimawandelrisiken». Klar, die finanziellen Risiken als Folge des Klimawandels gibt es. Aber da müssen wir als EVP klar sagen: Um das geht es uns jetzt nicht. Wir sprechen da vom Klima an sich und der Senkung vom CO₂ – und von nichts anderem.

Das führt zum nächsten Punkt: Wir sind als EVP zutiefst davon überzeugt, dass man anständige Rendite erzielen kann mit Anlagen, die nachhaltig sind, nach sozialen und ökologischen Kriterien. Vielleicht keine Gewinnmaximierung, aber Gewinn. Und unsere Werthaltung geht dorthin, dass Menschen und Klima einer Gewinnmaximierung vorgehen – und zwar immer. Wir sind überzeugt, dass wir langfristig besser fahren mit diesem Wert, auch wirtschaftlich betrachtet. Und wir legen das der Pensionskasse sehr ans Herz.

So viel zur Postulatsantwort. Zusammengefasst: Wir sind noch nicht zufrieden.

Sehr viel erfreulicher liest sich der Bericht der Klima-Allianz zur Pensionskasse der Stadt Winterthur. Dem ist zu entnehmen, dass die Pensionskasse im letzten Jahr grosse Schritte in Richtung Nachhaltigkeit gegangen ist, also zwischen der Zeit der Postulatsantwort und heute. Es ist sogar zu lesen, dass die Pensionskasse seit Frühling 2021 eine neue Klimapolitik habe mit einer echten Klimastrategie. Sie lässt sich scheinbar jetzt auch messen an Ethos-Standards. Dazu würden wir gerne mehr hören vom Stadtrat oder direkt von der Pensionskasse. Auf der Homepage der Pensionskasse lässt sich dazu nicht viel finden.

Wenn es stimmt, was die Klima-Allianz Schweiz schreibt, sind wir zuversichtlicher. Klar ist: Als EVP werden wir an diesem Thema dranbleiben.

Übrigens: Wir möchten der Pensionskasse da ein Kränzchen winden für den Deckungsgrad vom 31. März von 107 Prozentpunkten. Das ist schlichtweg super. Wir hoffen, er konnte nicht wegen gewinnbringenden Investitionen in fossile Energien erreicht werden. Das würde unserer Freude über den Deckungsgrad einen groben Dämpfer verpassen.

Wir nehmen die Postulatsantwort zur Kenntnis.

M. Della Vedova (GLP): Wir Grünliberalen danken dem Stadtrat für diesen Bericht und nehmen ihn insgesamt positiv zur Kenntnis. Zusammenfassend könnte man eigentlich bereits sagen, dass die PKSW bezüglich Nachhaltigkeit ihrer Anlagenstrategie auf gutem Weg, aber noch lange nicht am Ziel ist. So ist sie Mitglied der Ethos Engagement Pools Schweiz und International und Unterzeichnerin verschiedener Initiativen. Für ihre Ausschlussliste von Unternehmen stützt sie sich auf die Liste vom schweizerischen Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen, wobei zu erwähnen ist, dass auf dieser Liste nur Firmen aus dem Rüstungssektor aufgeführt sind.

Wieso die Pensionskasse nicht Mitglied dieses Vereins ist, von dessen Dienstleistungen sie ohne weiteres profitieren könnte, und ob eine zusätzliche Zusammenarbeit besteht, ist nicht klar. Der Stiftungsrat hält fest, dass er den Anlagen in fossile Energien grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Bei den aktiven Anlagen der PK befinde sich der Anteil an fossilen Energien klar unter dem Marktdurchschnitt. Nicht ersichtlich ist, welchen Anteil die aktiv gemanagten Anlagen ausmachen, denn es wird mehrheitlich in indexbasierte Anlagen investiert. Wie stark die PK da auf nachhaltige Index-Fonds gemäss ESG-Kriterien nachhaltig, sozial und umweltbewusst setzt und welchen Anteil sie ausmachen, ist nicht klar.

Zurückhaltung mit Ausschlüssen von Unternehmen aus dem Sektor fossile Energie wird unter anderem mit der Pflicht zum marktkonformen Ertrag und der Diversifikation begründet. Damit wird angedeutet, dass ein nachhaltiges Investieren weniger renditeversprechend ist. Dass dem nicht so ist, zeigen die Anlagestrategien anderer, auch kleinerer Pensionskassen in der Schweiz, die im Rating der Klima-Allianz Schweiz bezüglich Klimaverträglichkeit grün klassifiziert worden sind. Die PKSW ist neu als orange klassifiziert, das bedeutet, erste Schritte sind eingeleitet, also viel besser. Das ist sehr positiv und die PK auf dem richtigen Weg.

Wir Grünliberalen wünschen und jedoch, dass die PKSW ihr Engagement in Anlagen gemäss ESG-Kriterien deutlich verstärkt und zügig ihre Investitionen in fossile Energien auf Null heruntersetzt.

D. Oswald (SVP): Ich spreche auch zum Postulat 2019.75. Wir sind aber noch in der Umweltdebatte und deshalb erlaube ich mir, noch 2 – 3 Punkte nachzuholen von dem Teil, den ich beim letzten Traktandum sagen wollte, aber nicht sagen konnte.

Eines vorweg: Ich kenne die Wahrheit nicht und vor allem nicht, wenn es um Schätzungen der Zukunft geht. Ich schätze aber, wer weiss, was er will und sich dafür einsetzt – auch

wenn es etwas anderes ist als das, was ich will. Etwas ist aber heute bei mir auch rübergekommen: Dass viele Leute Angst haben, sehr grosse Angst. Ich glaube aber, die Angst ist unberechtigt – und ausserdem ist Angst ein sehr schlechter Ratgeber. Wenn man aber der festen Überzeugung ist, dass einem keine Zeit mehr bleibt, dann ist der Weg der Grünen wahrscheinlich der einzig mögliche. Da sind sie ehrlich, denn dieser Weg heisst Verzicht, Verzicht und nochmals Verzicht.

Aber diejenigen, die glauben, man könne sich den Pelz waschen ohne nass zu werden, werden sich früher oder später die Augen reiben. Wahrscheinlich sind sie dann nass, aber der Pelz ist doch nicht sauber.

Wenn wir also zum Postulat kommen, so stehen wir beim Thema vor folgender Problematik: Nur zu sagen, wo nicht investiert werden soll, reicht ja dann nicht. Man müsste dann auch sagen, wo investiert werden darf. Wir haben in der Schweiz noch eine nahezu CO₂-freie Stromproduktion. Das löst aber das Problem nicht. Das zentrale Problem von einer CO₂-freien Gesellschaft ist der Energiespeicher. Wenn wir den Lebensstandard halten wollen und dieser auf CO₂-freier Energie basieren wollen, müssen wir das technische Problem vom Langzeitspeicher lösen. Ist es Batterie oder Wasserstoff? Das sind vielleicht die zwei, die technologisch jetzt am realistischen erscheinen. Ich glaube, Wasserstoff, aber ich weiss es nicht. Vielleicht gibt es auch einmal noch etwas anderes.

Das Ziel der Postulanten ist es doch, nur in umweltfreundliche Anlagen zu investieren. Wie ist es denn da mit der Beurteilung bezüglich der Batterien und Unternehmen, die dort ihr Tätigkeitsfeld haben? Frau Stadträtin Cometta hat die Problematik dazu erwähnt. Wir kennen die Umweltschäden, die es braucht, um die aktuell technisch verfügbaren Batterien herzustellen. Wir kennen die Situation der seltenen Erden und wie die beschränkt sind. So lösen wir das Energieproblem ja definitiv nicht.

Die Pensionskasse der Stadt Winterthur hat in der letzten Zeit sehr grosse Fortschritte in der Anlagenpolitik erzielt. Bei der Debatte zur Überweisung des Postulats hat die Sprecherin der SP zu Recht darauf hingewiesen, dass die Unternehmen, die den Ausstieg aus den fossilen Energien nicht schaffen werden, zu den Verlierern gehören werden. Die aktuellen politischen Aktivitäten haben eindeutig Einfluss über den Markt auf die Rendite der Vermögensanlagen. Professionelle Analysten antizipieren solche Entwicklungen bei ihren Anlagenentscheiden. Da braucht es weder eine Weisung noch eine Instruktion von aussen. Ich und auch die SVP bevorzugen freiheitliche, eigenverantwortliche Lösungen. Somit wäre es ja interessant – ich weiss nicht, ob es rechtlich geht, aber ich würde es trotzdem interessant finden – wenn man den Versicherten verschiedene Modelle zur Auswahl geben könnte, wo nachher der Versicherte wählen kann, in welche Branche sein Geld investiert werden soll. Das hätte den Vorteil, dass jeder die Konsequenzen von seinem eigenen Handeln tragen müsste. Und bei einem solchen Szenario könnte auch eines der Modelle Verzicht heissen.

Der zentrale Punkt im Postulat ist aber ein anderer: Die Pensionskasse der Stadt Winterthur ist vom Gesetz her vorgeschrieben politisch unabhängig. Alles, was dazu gesetzlich und organisatorisch notwendig ist, haben wir in der Stadt umgesetzt. Das Postulat zeigt aber auch, wie schwierig es ist, eine Pensionskasse von einer politischen Kommune im Alltag dem politischen Einfluss zu entziehen. Wir werden nie alles so abschliessend mit Reglementen, Gesetzen und Verordnungen, Weisungen und Instruktionen sicherstellen können, dass keine politische Einflussnahme stattfindet. Es wird immer ein kleines Türchen offenbleiben, politisch Einfluss zu nehmen. Über die Beweggründe, diese Möglichkeiten auch zu nutzen, kann nur spekuliert werden. Wir von der SVP kommen zum Schluss, dass da mit dem Postulat und dem daraus erfolgten Stadtratsbeschluss Einfluss auf die PK genommen wurde. Und zwar in einem Sinn, wie es nicht sein sollte. Wieso kommen wir zu diesem Schluss? Gemäss dem Wörterbuch bedeutet der Begriff „Weisung“ in der Amtssprache Befehl, Anweisung, Direktive. Eine Instruktion, von übergeordneter Stelle gegebene Weisung, Verhaltensmassregel, Direktive. Ich konnte nicht in Erfahrung bringen, ob diese Begriffe allenfalls im Recht anders definiert sind, ich könnte mir es aber kaum vorstellen, wenn man im Recht eine andere Sprache sprechen würde als wir normalen Leute.

Die SVP-Fraktion betrachtet den Stadtratsentscheid als sehr problematisch, zumal für uns auch nicht bekannt ist, auf welchem Weg die Instruktionen, oder anders gesagt die Weisung,

angewendet werden kann. Wir sehen da noch Diskussionsbedarf, allerdings nicht im Rahmen dieses Postulats.

Wir stimmen der Abschreibung des Postulats trotzdem zu und nehmen den Postulatsbericht sehr kritisch zur Kenntnis.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Und, Dani Oswald, wenn Du Dich übergangen fühlst bei einer Wortmeldung, darfst Du Dich auch einfach wehren. Nächster ist Urs Bänziger (FDP).

U. Bänziger (FDP): Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Die Unterzeichnenden des Postulats umschreiben die Aktivitäten betreffend der Nachhaltigkeit der Investitionsentscheide der Pensionskasse treffend im eingereichten Postulat (ich zitiere): „Der Klima-Allianz Schweiz zufolge, zeigt sich die PKSW durch Mitgliedschaft und Unterstützung in Interessensgruppen (ETHOS Engagement Pool / Climate Action 100+) oder als Mitunterzeichnerin diverser Initiativen (2018 Global Investor Statement to Governments on Climate Change / Investor Decarbonisation) für stärkere Massnahmen zur Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens engagiert. Im Umsetzungskonzept Nachhaltigkeit, welches seit Juni 2017 gültig ist, bekennt sich die PKSW zu Grundsätzen der Anlagekriterien gemäss ESG Kriterien und den 10 Prinzipien der UN Global Compact.“

Das Engagement der PKSW ist loblich und wichtig und genau hier könnte man aufhören. Sie investiert bereits nach ESG-Kriterien.

Wiederum probiert hier die Ratslinke operativ einzugreifen, ohne die Konsequenzen ihres Handelns verantworten zu müssen. Und dabei zeigt sie auch noch, dass sie über wenig konkrete Sachkenntnisse verfügt.

Zudem ist es fraglich, ob der Stadtrat überhaupt eine legale Weisungsbefugnis gegenüber der Pensionskasse durch Einflussnahme auf die Arbeitgebervertreter hat.

Eine Anlagepolitik ohne fossile Energien: Was heisst das jetzt genau? Die Antwort des Stiftungsrats der PKSW ist bezeichnend: «Fossile Energien können im Rahmen von Klimarisiken sowie Klimawirkungen betrachtet werden. Klimarisiken/Klimawirkungen sind jedoch viel breiter und beinhalten z.B. auch Klimaänderungsrisiken, Umweltrisiken, Umgang mit Ressourcen etc. Somit ist das Thema viel komplexer und soll sich nicht ausschliesslich auf fossile Energien beschränken.»

Also übersetzt gesagt, das Ansinnen der Postulantinnen und Postulanten würde zum Gegenteil führen von dem, was sie – so gutgläubig sie auch sind - beabsichtigen.

Ein komplettes Verbot, welches ja dann auch noch zuerst im Detail definiert werden müsste, was das genau heisst, hätte aber auch zur Folge, dass indexierte Investitionen grösstenteils verunmöglicht würden. In der Vergangenheit waren die externen Vermögensverwaltungskosten der PKSW bei ca. 1% p.a. - das war viel zu hoch und hat einen wesentlichen Beitrag zur Unterdeckung verursacht.

Einen Grossteil der Anlagen zu Indexieren macht viel Sinn, weil die Portfolio-Diversifikation viel granularer wird und weil eben die Kosten sehr tief sind (bis zu 95% tiefer, je nach Anlage). Ein Verbot von indexierten Anlagen hätte ebenfalls die Wirkung, dass die Option der Portfolioabsicherung mittels Derivaten z.B. auf Aktienindex verunmöglicht würde.

Wir folgen dem Antrag des Stadtrats, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Antwort des Stadtrats überzeugt uns nicht wirklich. Grundsätzlich ist einmal erstaunlich, dass der Stadtrat überhaupt ein Gutachten in Auftrag geben musste, um abzuklären, ob er Weisungen an die Arbeitgebervertreter erteilen darf. Alle, die die Verhältnisse bei Pensionskassen einigermaßen kennen, wissen, dass die Stiftungsräte ausschliesslich die Interessen der Pensionskasse und der Versicherten wahren müssen und für ihr Handeln auch entsprechend persönlich haften und somit Weisungen des Arbeitgebers äussert problematisch sind, weil rechtlich unzulässig und in letzter Konsequenz zu zusätzlichen Haftungsrisiken für die Stadt führen würden. Natürlich kann die Stadt als Arbeitgeberin die grundsätzliche Erwartungshaltung formulieren, dass sich die Pensionskasse in der Anla-

gepolitik das Thema Sustainability und ESG-Kriterien berücksichtigen soll. Weder der Stadtrat noch der Gemeinderat haben aber die Kompetenz der PKSW, bzw. den Arbeitgebervertretern in Detailfragen Weisungen oder Instruktionen zu erteilen.

Die Kompetenzverteilung zwischen Stiftungsrat und Arbeitgeber ist im BVG abschliessend geregelt und Bundesrecht geht nun einmal kommunalen Bestimmungen vor. Ich bin allerdings nicht ganz sicher, ob der Stadtrat dies in letzter Konsequenz auch so verstanden hat bzw. auch uns Gemeinderäten so bewusst ist. Über die Anklagepolitik der PKSW entscheidet der Stiftungsrat. Diese Regelung gilt nicht nur für die Anlagepolitik, sondern ganz generell für die Führung der PKSW. Die Stadt als Arbeitgeberin kann im Prinzip nur über die Auswahl der Arbeitgebervertreter in einem gewissen Mass Einfluss auf die PKSW nehmen.

Der Stiftungsrat hat in seiner Antwort richtigerweise im Detail dargelegt, dass die PKSW als primären Auftrag sicherstellen muss, dass eine angemessene Rendite erzielt werden muss, damit die versprochenen Versicherungsleistungen erbracht werden. Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass eine gute Anlagerendite auch erzielt werden kann, wenn sinnvolle Nachhaltigkeitskriterien im Anlageprozess berücksichtigt werden und Klimarisiken ganz generell als Anlagerisiken betrachtet werden. Und Klimarisiken ganz generell als Risikorisiko betrachtet werden. Spannend zu wissen wäre, wie die PKSW diese Risiken bei der Anlageklasse Immobilien berücksichtigt.

Die Fraktion Mitte/EDU geht davon aus, dass der Stadtrat die geltende Rechtsordnung zum Thema Governance der Pensionskasse respektiert und keine Weisungen an die Arbeitgebervertreter, auch nicht zum Thema Vermögensverwaltung, gibt, sondern sich darauf beschränkt, zu kommunizieren, dass im Rahmen der Vermögensverwaltung Nachhaltigkeitsgrundsätze ebenfalls beachtet werden.

Mit diesen Einschränkungen und Präzisierungen können wir die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis nehmen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke für die verhaltenen, aber doch positiven Rückmeldungen. Ich danke auch der Mitte, dass sie sich noch zur Unterstützung durchgerungen hat. Was ich hoch anrechne ist, dass man die Entwicklung der Kasse gesehen hat. 2017 machten wir das Umsetzungskonzept Nachhaltigkeit, vorher war das nicht so ein grosses Thema. Und dann hat man das aufgenommen. Und jetzt ist man auf einem Weg. Die Pensionskasse hat nie behauptet, dass sie schon am Ziel ist. Sondern man hat sich auf den Weg gemacht. Wenn man weiss, was die Pensionskasse sonst noch alles erledigen musste, das auch sehr wichtig ist, nämlich sich um die ganze Unterdeckung kümmern, die Sanierungsproblematik, eine neue Geschäftsleitung, die ganze Anlagestrategie insgesamt, Anteil Aktien und so weiter, dann sieht man vielleicht, dass das Nachhaltigkeitskonzept nicht an erster Stelle stand. Aber es wird daran gearbeitet, es ist ein sich immer wieder veränderndes Dokument. Das letzte Mal, ich glaube, das wurde gesagt von der EVP, wurde es im März 2021 wieder ergänzt. Und das wird so weitergehen. Man wird sich weiterhin, gerade auch aufgrund der allgemeinen Diskussionen, darum kümmern, dass man da auch immer wieder besser wird. Und das Ziel hat man sicher, dass man da in den grünen Bereich kommt. Und ich glaube, das ist die Hauptbotschaft.

Es hat sich auch, das wurde auch bemerkt, weiterentwickelt, seit diese Antwort vorliegt (seit letztem Sommer). Es ist weitergegangen bei der Pensionskasse, und ich glaube, das ist das Entscheidende, das man daraus entnehmen darf.

Vielleicht noch ein paar Antworten auf Fragen, die jetzt gestellt wurden: Es gibt keine Gerichtspraxis zu dieser ganzen Thematik Weisung und Instruktionen. In der Praxis ist es einfach so: Wir dürfen keine Weisung geben – wir dürfen nicht vorschreiben, was die Arbeitgebervertretungen abstimmen im Stiftungsrat – aber wir dürfen unsere Wünsche platzieren. Der Stadtrat darf bei den Arbeitgebervertretenden Wünsche platzieren. Ob sie das dann machen oder nicht, da sind sie wirklich frei. Das ist ganz wichtig. Aber eine Weisung darf es nicht sein. Ich mache fast jede Wette, dass die Kassen, die im grünen Bereich sind, auch die kleinen Kassen, die in Punkto Nachhaltigkeit da führend sind, haben sehr wahrscheinlich alle keine Unterdeckung. Die können sich wirklich voll und ganz dieser Thematik annehmen. Und das

ist ja auch das Ziel der PKSW, dass sie da weitermachen kann, nachdem sie jetzt die grössten Probleme regeln konnte.

Das so allgemein. Ich danke für die Diskussion, die jetzt stattgefunden hat. Und ich danke auch dafür, dass man das bemerkt hat, dass sich die Pensionskasse auf gutem Weg befindet. Sie ist noch nicht am Ziel, das wissen wir.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Mir ist kein Antrag auf negative Kenntnisnahme bekannt und damit gilt das Postulat 19.75 als erledigt und abgeschrieben.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2019.70: Antrag und Bericht zum Postulat N. Wenger (Grüne), U. Glättli (GLP), S. Müller (EVP) und P. Schoch (SP) betr. Klimanotstand – auch in Winterthur

Ratspräsidentin M. Sorgo: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Klimanotstand – auch in Winterthur. Ich übergebe das Wort Nina Wenger (Grüne/AL).

N. Wenger (Grüne/AL): Im Namen der Fraktion danke ich dem Stadtrat für den Bericht. Es freut mich, dass der Stadtrat die Klimakrise anerkennt und ernst nimmt. Mir ist bewusst, dass der Begriff vom Klimanotstand und die Anerkennung davon keine rechtlichen Folgen haben. Trotzdem war es wichtig, ein Zeichen zu setzen. Ich möchte diesen Moment aber auch nochmals nützen um zu betonen, dieses Thema nicht nur auf dem Papier ernst zu nehmen, sondern dass es Handlungen braucht. Diese Handlungen sind aber schwierig umzusetzen, wenn das Parlament nicht mitzieht.

Deshalb ein Appell an alle Anwesenden hier drinnen: Wir stecken in einer grossen Krise. Und wenn nicht jetzt ein Umdenken passiert, dann sieht die Zukunft für alle Eure Enkelkinder nicht gut aus. Deshalb überlegt Euch bitte nochmals genau, wo Ihr steht. Nennt Euch nicht grün oder zukunftsorientiert, wenn Ihr insgeheim nur den Profit im Kopf habt.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberale Fraktion begrüsst den Bericht zum Postulat "Klimanotstand - auch in Winterthur" und stimmt dem Antrag des Stadtrats zu. Wir danken auch der Verwaltung, die im Bericht die Ausgangslage kurz und bündig, jedoch stringent und durchaus lesenswert beschreibt. Der Stadtrat hat den Prüfauftrag des überwiesenen Postulats befolgt. Unter den geltenden Rahmenbedingungen hat er zum Klimanotstand ein entsprechendes Bekenntnis abgegeben. Immerhin wurde dafür die «Klima- und Energie-Charta Städte und Gemeinden» ratifiziert und das ist hier das wirklich Positive: Dieses Bekenntnis mit der exekutiven Unterzeichnung der Charta. Dort heisst es dann u.a.: "Wir zielen ...auf eine 100% erneuerbare Energieversorgung ohne Treibhausgasemissionen; ...auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegen Null aus Mobilität, Ernährung und Konsum, Dienstleistungen und Finanzanlagen; ...auf einen Lebensstil, der die Belastungsgrenzen der Erde nicht übersteigt. Wir wollen.....mit unserem Engagement unseren Teil zur erfolgreichen Zielerreichung beitragen im Rahmen unseres städtischen und kommunalen Handlungsspielraumes. Wir handeln..."

Und beim Handeln ist der Stadtrat nun in der Pflicht und der Stadtrat wird sich nun an diesem Bekenntnis inskünftig messen lassen. Zum Beispiel heisst das betreffend Wärmeenergie gemäss Charta: "Keine neuen fossilen Heizinfrastrukturen für Gebäude im Verwaltungs- und im Finanzvermögen". Das lässt sich überprüfen! Das gilt es auch bei den Vorlagen des Stadtrats v.a. vorberatend in der BBK zu überprüfen! Auch das Bekenntnis zu den ausdrücklichen Zielen der Charta ist gut, denn: "ohne Ziel ist jeder Schuss ein Treffer".

Was fehlt im Bericht, ist die Antwort auf die Frage, ob eine Priorisierung der politischen Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf allen politischen Ebenen als notwendig und dringend erachtet wird oder nicht. Jedoch geht mit dem Bekenntnis zur Klima- und Energie-Charta die notwendige Priorisierung einher, ansonsten werden sich die hehren Ziele kaum innert Frist umsetzen lassen. Letztlich liegt es auch am Parlament und dem Souverän, ob und wie priorisiert werden soll. Klimaschutz bleibt nun mal eine von mehreren öffentlichen Aufgaben, die sich politisch, sachlich und finanziell konkurrieren.

Das hätte sich ansatzweise nur durchbrechen lassen, wenn in der Stadt auf Stufe Gemeindeordnung das übergeordnete und alle städtischen Organe bindende inhaltliche Fundamentalziel Netto Null CO₂ verbrieft worden wäre. Das hat aber die vorberatende SGO-Kommission leider abgelehnt.

Wir kommen zum Schluss und freuen uns auf die Umsetzung der stadträtlichen Bekenntnisse zur Charta.

D. Roth-Nater (EVP): Der Begriff Klimanotstand bezeichnet nicht nur förmliche Beschlüsse, sondern als Sammelbegriff auch weitere Aktionen zur Bekämpfung des Klimawandels, die durch die Ausrufung eben dieses Notstands gerechtfertigt werden sollen. Durch die Einführung und den Gebrauch des Begriffs Notstand in diesem Zusammenhang wird diesen Massnahmen höchste und nicht aufschiebbare Priorität zugeschrieben.

Es ist mir wohl bewusst, dass wir im vergangenen Jahr einen akuten Notstand erlebt haben und gerade mal am Anfang stehen, uns von den Bürden, die uns Covid-19 auferlegt hat, so langsam zu erholen. Doch eben – der Klimanotstand (und ich denke, wir müssen diese Bezeichnung nach wie vor verwenden) ist nach wie vor höchst aktuell. Es scheint eine hartnäckigere Form von Wandel und Veränderung zu sein, als wir das bis anhin angenommen haben. Es handelt sich nicht um ein Virus, welches wir mit einem Medikament oder einer Impfung in die Schranken weisen können.

Natürlich ist es vorbildlich, wenn sich der Stadtrat die Ratifizierung der Klima- und Energie-Charta der Städte und Gemeinden auf die Fahne schreibt. Doch wir müssen schneller und tiefgreifender handeln, um die Senkung des CO₂-Ausstosses in den Griff zu bekommen. Die auf kantonaler Ebene laufenden Überarbeitungen der MuKE-Vorschriften sind gut, und doch wird der Patient damit nicht geheilt.

Wir hoffen auch sehr darauf, dass die Bevölkerung in knapp zwei Wochen ihre Verantwortung wahrnimmt und sich klar für das CO₂-Gesetz ausspricht, denn damit geben wir dem Stadtrat ein weiteres Instrument in die Hand, sich gegen den Notstand zu wehren. Es ist wirklich nicht einfach nice to have, sondern vielmehr must do.

Und in dem Sinn unterstreicht der Klimanotstand die Dringlichkeit, Massnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Unterstreichen möchte ich, dass es der EVP bereits bei ihrer Gründung vor 100 Jahren wichtig war, mit den Menschen und unserem Planet Erde und seinen Ressourcen sorgfältig umzugehen. In diesem Sinn wollen wir als EVP einmal mehr auf einen Aspekt hinweisen, der in unseren Augen untergeht: Der Klimawandel verstärkt die bereits existierenden ungleichen Lebensbedingungen auf der Erde. Für viele Menschen (in erster Linie in der südlichen Hemisphäre) bedeuten die Auswirkungen der Klimaveränderungen Hunger und Armut. Es sind meist Menschen, die direkt von der Landwirtschaft leben. Ihre Ernährung und ihr Einkommen hängen also direkt von der Natur und dem Wetter ab. Hitze, Dürre, Fluten und unberechenbare Wetterverhältnisse, wie sie der Klimawandel mit sich bringt, sind für diese Menschen schlichtweg existenzbedrohend. Und das heute.

Deshalb nur Mut! Wir bleiben dran und möchten den Notstand nach wie vor ernst nehmen. Denn früher oder später trifft es auch uns, im Herzen von Europa, in unserer Stadt.

P. Schoch (SP): Der Stadtrat nimmt in seiner Postulatsantwort Stellung zur Klimakrise und anerkennt seitens der Stadtregierung von Winterthur die Dringlichkeit zu Handeln. Für die SP-Fraktion ist das ein wichtiges Bekenntnis, weil es zeigt, dass die demokratisch legitimierte Winterthurer Regierung sich dem dringenden Handlungsbedarf bewusst ist.

Denn damit ist es offiziell und das haben wir heute ja eigentlich auch gerade nochmals gefestigt: Winterthur anerkennt die wissenschaftliche Erkenntnis, dass es dringend nötig ist, die Klimaerwärmung zu begrenzen. Winterthur anerkennt die dringende Notwendigkeit zu Handeln. Und Winterthur anerkennt, dass wir mit der Schweiz als hochentwickeltes Land mit genügend Fachleuten und finanziellen Mitteln eine spezielle Verantwortung tragen. Die SP-Fraktion stellt sich hinter dieses Bekenntnis und wir möchten betonen, dass es mit diesem Bekenntnis alleine noch nicht getan ist.

Die Anerkennung der Klimakrise und zum Willen, diese Herausforderungen anzupacken und unsere Gesellschaft zu verändern, ist ein Commitment, das Taten, Aufwand und Gelder verlangt. Da muss die Stadt zwingend informieren und aufklären, damit die Bevölkerung auch weiss, was auf sie zukommt und warum. Es handelt sich um Massnahmen, die nicht einfach im Hintergrund ablaufen, sondern die mit gesellschaftlicher Veränderung verbunden sind. Veränderungen, die sowohl finanziell als auch im persönlichen Leben mitgetragen werden

müssen. Dabei ist es wichtig, nicht nur über die geplanten Schritte zu informieren, sondern auch immer darüber, weshalb diese Schritte nötig sind und welche Folgen weitere globale Erwärmung für uns alle und somit auch für die Stadtfinanzen hätte. Zusammenhänge müssen erklärt und aufgezeigt werden. Es braucht Information und Aufklärung. Und es braucht v.a. ein mutiges und entschlossenes Vorgehen der Stadt und der politischen Parteien in diesem Rat.

Und da möchte ich auch gleich auf die bevorstehende Volksabstimmung und das hier drinnen beschlossene Ziel 2040 verweisen. Wir haben die Notlage und die Dringlichkeit zu Handeln anerkannt. Also nehmen wir unsere Verantwortung wahr, als Gesellschaft und als Stadt Winterthur, und handeln wir.

M. Wäckerlin (PP): Alarmismus führt immer ins Verderben, nie ins Ziel. Der Stadtrat bringt es nochmals deutlich zum Ausdruck: Notstand ist das Aussetzen von Demokratie und Recht. Wer einen Notstand einfordert, notabene ohne auch nur dazu berechtigt zu sein, der handelt widerrechtlich und zeigt klare diktatorische Tendenzen. Gemeinderäte, die sich selbst dazu ermächtigen wollen, einen Notstand auszurufen, sind eine Schande für Winterthur und eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben. Sie sollten die Konsequenzen ziehen und zurücktreten.

Mit der Antwort des Stadtrats sind wir diesbezüglich einverstanden, in Bezug auf die Klimaziele hingegen natürlich immer noch nicht. Das unsinnige Postulat ist abzuschreiben.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Auch da weise ich nochmals darauf hin, dass man doch bitte gegenseitig den Anstand wahren soll. Das Wort hat Andreas Geering (Die Mitte/EDU).

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Insbesondere danken wir dem Stadtrat, dass er aufzeigt, was in Winterthur seit 2012 bezüglich Absenkung von CO₂ bereits alles geschehen ist. Die Stadt Winterthur steht nicht bei Null, sondern hat diesbezüglich schon eine Geschichte. Die Stadt hat sich schon länger auf den richtigen Weg gemacht. Das finden wir gut.

Wie bereits heute erwähnt wurde – ich gehe davon aus, dass das erwähnt worden ist - teilen wir das Ziel Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050. Aus unserer Sicht besteht aber kein Klimanotstand. Weder im rechtlichen Sinn noch im symbolischen. Wir unterstützen das Ziel Netto Null bis 2050 – nicht aber bis 2040. Das Ziel 2050 unterstützen wir, weil wir es richtig finden, die Schöpfung zu pflegen und den Planeten, ja das Universum möglichst schonend zu behandeln.

Dass der Planet aber «hops gehen» könnte, wenn wir nichts machen und nur durch unsere Anstrengungen gerettet werden könnte, das teilen wir nicht. Das Fortbestehen der Welt können wir weder vereiteln noch sichern. So allmächtig ist der Mensch nicht. Und auch die Winterthurer Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht. Darum gibt es keinen Notstand, auch keinen symbolischen.

F. Helg (FDP): Wir von der FDP-Fraktion stimmen der Würdigung des Stadtrats in seinem Postulatsbericht zu, dass der Begriff „Notstand“, wie er in der Forderung des Postulats verwendet wird, sich nicht auf die herkömmliche Begrifflichkeit des Notstands beziehen kann. Ein solcher Notstand bezieht sich nämlich auf die Kompetenz der Exekutive auf den Ebenen des Bundes und des Kantons, in Fällen von zeitlicher Dringlichkeit bei schwerer Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ohne gesetzliche Ermächtigung im Einzelfall Massnahmen zu ergreifen oder Verordnungen zu erlassen (so ist das auch im Postulatsbericht zitiert). Deshalb fragt man sich, welche Bedeutung die Ausrufung des Notstands haben soll – ausser eines reinen Symbols, das dann aber auch selbst noch interpretationsbedürftig ist. Dass die Klimafrage von zentraler Bedeutung ist, beweisen gerade auch die Debatten im Gemeinderat, so auch die heutigen Auseinandersetzungen zu diesem Thema. Es gibt wohl kaum jemand, der die Klimafrage in Abrede stellen wird. Kontrovers beurteilt werden aber die Instrumente und die Massnahmen zur Bewältigung – das ist aber ganz normal in einer politischen Auseinandersetzung.

Interessant ist übrigens auch, wie auch die Würdigung auseinandergeht, ob jetzt ein Klimanotstand ausgerufen worden ist oder nicht. Mein Kollege Urs und ich haben unsere Voten nicht abgesprochen. Urs Hofer ging in seiner Fraktionserklärung davon aus, dass bereits ein Klimanotstand ausgerufen worden ist. Ich selbst bin aber eher davon ausgegangen, dass das nicht der Fall ist, weil ja das Postulat eben nur die Prüfung der Frage eines Klimanotstands umfasst. Und im Postulatsbericht nicht ausdrücklich ein Klimanotstand erklärt wird, sondern nur – aber immerhin – gewisse Absichtsbekundungen äussert.

Stadträtin K. Cometta: Nachdem wir vorhin eine inhaltliche Diskussion rund um Netto Null gemacht haben, sind wir nun auch ein bisschen in einer semantischen Diskussion zum gleichen Thema, wobei man natürlich die Macht des Wortes nie unterschätzen darf. Der Stadtrat anerkennt, dass der Klimawandel eine der grössten globalen Herausforderungen ist und dass wir einen akuten Handlungsbedarf haben. Das haben wir ja schon ausgiebig diskutiert heute Abend. Es ist auch klar, dass ein Notstand in einem rechtlichen Sinn – also als polizeiliche Generalklausel – nicht in Frage kommt, weil das nur Bund und Kanton können. Im Sinn von dringendem Handlungsbedarf kann man den Begriff Notstand verwenden, ich zitiere aus der Postulatsantwort: «Der Winterthurer Stadtrat hat sich denn in der «Klimadebatte» im Grossen Gemeinderat vom 8. Juli 2019 auch bereit erklärt, den Begriff «Klimanotstand» im entsprechenden Sinne zu verwenden.» Und der entsprechende Sinn ist mit dem Begriff Climate emergency umschrieben.

Wichtig ist primär, dass die Politik dem Klimawandel im Rahmen der regulären demokratischen Prozesse begegnen soll, so wie wir das heute Abend machen. Oder, wie es auch schon gesagt wurde, wie wir das am 13. Juni machen können, wenn wir über das CO₂-Gesetz abstimmen können.

Ja, wir haben grosse Aufgaben zu machen – und am Schluss des Tages wird es darum gehen, dass wir tatsächlich diese Massnahmen auch umsetzen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Es gab jetzt zwar einige kritische Voten, aber mir ist kein expliziter Antrag auf negative Kenntnisnahme bekannt. Deshalb gilt auch dieses Postulat als erledigt und abgeschrieben.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.15: Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne), F. Landolt (SP), M. Nater (GLP) und S. Müller (EVP) betr. langfristiger Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung

Ratspräsidentin M. Sorgo: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend langfristiger Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung. Das Wort hat der Erstpostulant Reto Diener (Grüne).

R. Diener (Grüne/AL): Wir von den Grünen/AL danken für die umfassende Antwort (inklusive Strategie zum Ausstieg aus der Erdgasversorgung) auf das vorliegende Postulat. Wir nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Dass auch die Stadt Winterthur aus der fossilen Wärmeversorgung aussteigen muss, ist unterdessen nicht mehr wirklich bestritten. Mit dem Massnahmenprogramm Netto Null, das wir heute Abend ja auch schon diskutiert haben, und von dem ein grosser Teil bei dieser Postulatsantwort eingeflossen ist, sieht man ja, dass da ganz vieles schon eingetaktet wurde.

Wir wünschen uns jetzt, dass das möglichst rasch in die in Aussicht gestellte Verordnungsänderung hineinkommt, so dass auch der Versiegelungs-Malus (also das, was man als Kostenbeitrag noch geben muss, wenn man einen Gasanschluss aufgibt), dass dieser definitiv abgeschafft wird. Das als erster Schritt und ein Punkt mehr, um den Anreiz für einen Umstieg auf erneuerbare Heizungen konkret zu steigern. Ich habe allerdings inzwischen aus verlässlicher

Quelle gehört, dass seit einiger Zeit, wenn tatsächlich ein solcher Abschluss erfolgt ist, dieser Kostenbeitrag nicht mehr erhoben wurde. Das ist erfreulich und wir danken dem Stadtrat für diese flexible Haltung zugunsten des Klimas.

Heizungen sind relativ lange in Betrieb, dessen sind wir uns alle bewusst. Das ist ein Investitionsgut, das man bis zu 20 Jahre oder noch länger im Einsatz hat. Wir müssen also im Minimum nur schon bis 2040 warten, wenn heute neu installierte Anlagen oder Ersatzanlagen wieder ausser Betrieb gehen könnten. Umso mehr muss alles unternommen werden, dass ab sofort keine neuen fossilen Heizungen mehr installiert werden.

Zu den Anpassungen im Energieplan sage ich jetzt nichts, das kommt in den nächsten Traktanden. Erfreulich ist, dass da der Überarbeitungsbedarf vom Stadtrat auch schon längstens erkannt und eingetaktet wurde.

Die Strategie, die da in diesem Postulat sehr schön zur Durchsicht kommt, nämlich die Reduktion vom Gasverkaufsvolumen auf rund 1/3 des heutigen Verbrauchs, und sich dort hauptsächlich auf die Fokussierung für Prozesswärme zu vertiefen, das begrüssen wir ausdrücklich. Wir sind allerdings der Meinung, dass schon dieser Drittel nur sehr schwer mit erneuerbaren Quellen zu decken und zu generieren sein wird. Wir müssen uns bewusst sein: Kompost-Biogas aus einheimischer Quelle wird höchstens wenige Prozent davon übernehmen können. Faktisch haben wir heute einen Lieferanten, nämlich die Anlage in Oberwinterthur. Synthetische Gase auf der anderen Seite stehen kaum sehr schnell in grossen Mengen zur Verfügung. Noch auf einige Zeit hinaus wird da Zertifikatkompensation tatsächlich eine wichtige Rolle spielen. Aber auch da, da bin ich ganz einverstanden mit der FDP, da dürfen wir uns nicht Sand in die Augen streuen: Das wird in nicht allzu ferner Zukunft nicht mehr möglich sein, weil schlicht und ergreifend einfach alle auf diese neuen Produkte umsteigen müssen und dann keine Kompensation mehr möglich ist. Zitat aus der Antwort: «Klimapolitik ist in erster Linie Energiepolitik.» Das steht drin. Das ist nicht falsch, das sehen wir auch so. Auch wenn nicht alles damit abgedeckt ist. Das gilt aber nicht nur da, sondern das gilt auch bei der Forderung der Fotovoltaik, bei der Bereitstellung von alternativen Wärmeerzeugern wie Quartierwärmeverbunden. Aber darauf kommen wir ja im Lauf der Diskussionen auch noch. Ich schliesse damit. Das Postulat kann aus Sicht der Grünen/AL abgeschrieben werden.

F. Landolt (SP): Wir haben den Bericht des Stadtrats studiert und danken dem Stadtrat für seine Ausführlichkeit. Wir nehmen ihn in einem zustimmenden Sinn zur Kenntnis, schliessen aber nicht aus, dass er im Zuge von Verschärfungen der Klimamassnahmen in einigen Jahren angepasst werden muss. Im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie würde ich diesen Bericht deutlich auf der Seite der Ökonomie einordnen.

Auf einen Umstand möchte ich kurz hinweisen (Reto Diener hat auch schon darüber gesprochen): Über die Verfügbarkeit von Biogas oder der Kompensation. Auf der einen Seite wird betont, dass im Winterthurer Gasnetz nur Biogas oder CO₂-kompensiertes Gas transportiert wird - das ist auch richtig – das dann mit dem Netto Null-Ziel (zu welchem Zeitpunkt auch immer) kompatibel ist. Auf der anderen Seite – und diese Zahl hat mich erstaunt – wird ausgesagt, dass der Anteil an Biogas aus lokaler Produktion in Oberwinterthur lediglich 2% des Gasabsatzes ausmacht. Das ist ein markanter Gap, wenn man bedenkt, dass doch zwischen 15 – 30% des heutigen Gasabsatzes mit diesem Biogas oder kompensiertem Gas erbracht werden soll. Das ist ein Gap von zwei Dutzend Prozentpunkten betreffend der Herkunft dieses Biogases. Und das wird eine ganz schwierige Sache, um das überhaupt zu erreichen. Es ist klar, dass dieses Gas für Prozesswärme sicher sehr willkommen ist, aber woher das Biogas dann überhaupt kommen soll, das ist jetzt noch offen.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass das Gasleitungsnetz zwar verkleinert, aber auch über das Jahr 2050 hinaus für die Gasversorgung in einem reduzierten Mass gebraucht werden soll. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, kann aus heutiger Sicht nicht abschliessend beurteilt werden. Die massgebenden, aus ökonomischer Sicht hergeleiteten Gründe für die Aufrechterhaltung des Gasnetzes sind jedoch sorgfältig aufgeführt und nachvollziehbar. Es wird aus dem Bericht deutlich, welche grosse Herausforderung es überhaupt darstellt, diesen Rückzug zu planen und effektiv mit ihm zu beginnen. Da sind sehr viele Kommunikationsaspekte

zu berücksichtigen und es braucht ein Grundvertrauen von Eigentümern in die Versorgung respektive auf Stadtwerk.

Dazu kommt noch die erhebliche Planungsunsicherheit hinsichtlich allen drei Staatsebenen. Und da ist ja am 13. Juni das CO₂-Gesetz, das zur Abstimmung kommt. Und ich denke, die ganz grosse Mehrheit hier drinnen hofft auf ein Ja. Dieses CO₂-Gesetz ist ja dann auch die Grundlage auf kantonaler und städtischer Ebene für weitere Gesetzesanpassungen und Verordnungen und Massnahmen in diesem Sinn, wie wir das heute Abend beschlossen haben.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP danken für die Antwort und vor allem für die Arbeit von Stadtwerk für die Erarbeitung der Massnahmen für den mittelfristigen Ausstieg aus der Erdgasversorgung für Heizungen.

Die Antwort des Stadtrats zeigt ausführlich auf, dass schon 1974 eine Energiewende in Winterthur umgesetzt wurde. Dort wurde von Kohlegas auf Methangas umgestellt. Das war grundsätzlich positiv für die Umwelt, nur stieg dann halt leider der Gasverbrauch stark an, was wir heute nicht mehr wollen. Wieso wollen wir das nicht mehr? Wenn wir auf Biogas umstellen wollen, mit dem gemäss Bericht für die Zukunft noch 15 – 30% abgedeckt werden können, dann müssen wir entsprechend auch den Gasverbrauch in Winterthur sehr stark reduzieren.

Das heisst nichts anderes, als dass wir die begrenzte Ressource Biogas in Zukunft nicht mehr für die Erwärmung von Gebäuden oder für Antriebe von Autos verwendet dürfen. Biogas muss in Zukunft für das Gewerbe und die Industrie für hochenergieintensive Prozesse zur Verfügung stehen. Dies wurde auch von Stadtwerk gut erkannt und die neue Strategie ist darauf ausgerichtet.

Gas für die Wärmeerzeugung hat ökologisch, politisch und vor allem auch wirtschaftlich keine Zukunft mehr. Wenn Netto 1 Tonne CO₂ bis 2033 kommt, ist es eh klar, dass Gasheizungen keine Lösung mehr sind, sondern ein Problem.

Die neue Ausrichtung ist jetzt klar und jeder Gasverbraucher wird sich überlegen, wie er sein Problem lösen kann.

Da im Profitcenter Gas der Stadtwerke in der Vergangenheit ein hoher Gewinn angefallen ist, soll mit den 4'500 Besitzern von Gas-Hausanschlussleitungen das Gespräch gesucht werden, Alternativen geprüft und auch finanzielle Unterstützung für einen Umstieg angeboten werden. Die Stadt Winterthur ist nun gefordert, den Besitzern von Gasheizungen proaktiv eine wirtschaftliche und ökologische Alternative anzubieten.

Wir von der GLP nehmen die Anstrengungen von Stadtwerk zum Ausstieg des Gases aus der Wärmeversorgung positiv zur Kenntnis und wünschen aber auch ein höheres Tempo beim Rückbau.

Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

M. Bänninger (EVP): Alt Gemeinderat Sämi Müller hat die Gastechologie in seinem Votum vor zwei Jahren bei der Überweisung des Postulates nicht wie der Stadtrat als Brückentechnologie gesehen, sondern er bezeichnete sie als "Krücken-Technologie".

Die Gas-Versorgung verursacht immer noch eine zu grosse Menge CO₂, von dem her ist sie nur eine Krücke und sicher nicht die beste Lösung. Stetiges Weiterentwickeln ist auch bei der Energieversorgung wichtig und essenziell.

Die Industrie wird sicher noch eine Weile auf Gas angewiesen sein, doch für Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzer gibt es bereits verschiedene gute und unterstützenswertere Alternativen.

Der Rückgang der privaten Gasanschlüsse, den der Stadtrat in seiner Antwort beschreibt, ist weiter zu unterstützen und auszubauen. Ein wichtiges Schlüsselement dabei ist die höhere Verfügbarkeit von Wärmeverbundsanschluss-Möglichkeiten. Einen essenziellen Beitrag hierzu könnte das Modell von lokalen Quartierwärmeverbänden sein. Fernwärme Anschlüsse zu spannenden finanziellen Konditionen, die es den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern erlauben, den lokalen Umstieg im Eigenheim zu vollziehen. Viele möchten, doch gibt es in vielen Regionen von Winterthur schlicht keine Möglichkeiten, sich einem Quartierwärmeverbund anzuschliessen.

Wenn Erdöl und Gas schneller als reglementarisch vorgesehen abgelöst werden sollen, muss der Stadtrat attraktive Quartierwärmeverbünde oder vergleichbare umweltfreundlichere Anschluss-Technologien für Liegenschaften aufzeigen können. Nur so lässt sich eine aktive Klimapolitik und die Reduktion von Öl- und Gasheizungen weiterbringen.

Wir nehmen die Postulatsantwort zur Kenntnis. Es gibt noch sehr viel zu tun in diesem Bereich.

R. Heuberger (FDP): Stellt Euch vor, Wasserstoff wird zum zentralen Element der künftigen Energiestrategie und zum wichtigsten Speichermedium für die kurzfristig überschüssige erneuerbare Energie. Und Winterthur hat das Gasnetz, das zu dessen Verteilung genutzt werden könnte, bereits abgebrochen. Ihr seht: Für mich ist es ein Unterschied, ob wir von Erdgas als Wärmeelement oder vom Erhalt des Gasnetzes sprechen.

Die FDP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Darstellung von der aktuellen Versorgungssituation in Winterthur und die klare Präsentation der möglichen Szenarien. Wir teilen seine Meinung, dass es Sinn macht, eine verbindliche Strategie betreffend künftiger Gasversorgung erst dann definitiv festzulegen, wenn sowohl die Abstimmung über das CO₂-Gesetz auf Bundesebene wie auch die voraussichtliche Abstimmung über das Energiegesetz im Kanton Zürich durch sind.

Fakt ist, dass gemäss neuem kantonalen Energiegesetz Gasheizungen weiterhin erlaubt sein sollen, wenn mindestens 80% des Gases aus erneuerbaren Quellen stammen oder synthetische Gase genutzt werden. Diese Möglichkeit war aufgrund der Aktualität noch nicht in der Stadtratsantwort enthalten.

Ja, wir wissen noch nicht, woher die Energieträger kommen sollen, aber das gilt wohl mehr oder weniger für die ganze Energiedebatte in der Schweiz. Zudem könnten Gasleitungen durch eine neue Membrantechnologie inskünftig offenbar auch für den Transport von Erdgas und Wasserstoff gleichzeitig genutzt werden. Es deutet vieles darauf hin, dass die bestehenden Gasnetze in Zukunft das zentrale Verteilmedium für unsere Energieversorgung sein könnten, auch zur Verteilung von erneuerbaren Energien. Heute schon zu entscheiden, dass es nicht mehr unterhalten wird oder sogar zurückgebaut werden soll, ist keine zukunftstaugliche Strategie – teuer und ohne Zusatznutzen.

Dass bis zur Klärung der Situation keine neuen Gasanschlüsse verkauft werden sollen, ist für uns absolut nachvollziehbar. Aussagen, dass Gas künftig vor allem dort eingesetzt wird, wo der grösstmögliche volkswirtschaftliche Nutzen daraus entsteht, können wir im Sinne der durch uns angestrebten Ressourceneffizienz voll und ganz unterschreiben. Das betrifft Prozesse in der Industrie, wo die hohen Temperaturen benötigt werden, und eben weniger die Raumheizungen.

Deshalb nimmt die FDP die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis und das Postulat kann aus unserer Sicht abgeschrieben werden.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Bei der Überweisung des Postulats war die Mitte/EDU-Fraktion kritisch und positionierte sich geteilt dazu. Heute danken wir dem Stadtrat für die umsichtige Herangehensweise. Insbesondere, dass auch das Potenzial von erneuerbarem und auch synthetischem Gas gesehen wird, begrüssen wir. Wir teilen die Meinung des Stadtrats, dass erneuerbares Gas künftig eine wichtige Rolle spielen wird. Es wird auch langfristig nicht möglich sein, den gesamten Energiebedarf unserer Gesellschaft und Wirtschaft nur noch mit Strom abzudecken. Positiv zur Kenntnis nehmen wir ausdrücklich, dass Stadtwerk bereits seit Anfang 2020 kein Gas.Grau mehr im Angebot führt.

Bei alledem ist es der Mitte/EDU-Fraktion wichtig, dass Grundeigentümer/-innen nicht zu einem Anschluss an das Fernwärmenetz gezwungen werden dürfen. Es ist zu beachten, dass im städtischen Energieplan bis vor kurzem noch gewünscht wurde, dass Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen auf Gas umstellen, wenn ihre Ölheizung ans Lebensende kommt. Diese Umstellungen wurden gemacht im Wissen um den Energieplan 2050, der damals gültig war, in der Annahme, die Gasheizung könne über die ganze Lebensdauer genutzt werden. Es darf nicht sein, dass solche Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzer nun vorzeitig zu ei-

nem Abschalten der Gasheizung gezwungen werden, um als Stadt frühzeitig aus dem fossilen Erdgas aussteigen zu können. Die Eigentümerrechte von Immobilienbesitzer/-innen gilt es hochzuachten.

Die städtische Gasinfrastruktur soll nicht zurückgebaut werden. Da sind wir ganz auf der gleichen Seite wie die FDP. Im Gegenteil, es gilt, diese Infrastruktur im Schuss zu halten. Es ist davon auszugehen, dass auch künftig für synthetisches Gas ein Verteilnetz in der Stadt nötig sein wird. Bei der Lieferung von erneuerbarem Gas wird die Gas-Infrastruktur in dieser Stadt weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Von dem kann man ausgehen.

Den Bericht zum Postulat nehmen wir positiv zur Kenntnis.

Ch. Hartmann (SVP): Die SVP befürwortet den Plan von Stadtwerk, alternative Systeme zu fördern und das Gasnetz, wo das sinnvoll ist, zu reduzieren. Ein gänzlicher Ausstieg wird aber kurz- bis mittelfristig utopisch sein und damit ist das Thema auch ein bisschen Augenwischerei.

Die SVP stellt sich nicht grundsätzlich gegen den Ausstieg aus den fossilen Energien. Aber es müssen Alternativen verfügbar sein und sie müssen bezahlbar bleiben.

Gas ist heute die Cash-cow von Stadtwerk. Die letzte Jahresrechnung hat dies deutlich gezeigt. Die Gebühren sind mittlerweile nicht nur gut kostendeckend, sondern beinhalten bereits auch massive Lenkungsabgaben. Mit anderen Worten: Die Gasbezüglerinnen und Gasbezügler sollen wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden.

Das halten wir für falsch. Viele Menschen in dieser Stadt sind von der Gasversorgung abhängig. Ausserdem stellt sich die Frage, ob eine Gewinnabschöpfung in dieser Grössenordnung überhaupt noch legal ist. Die SVP wird weitere Gebührenerhöhungen bekämpfen.

Gas wird – wie auch von Stadtwerk festgehalten wird – auch künftig eine wichtige Rolle bei der Energieversorgung spielen und nur ein kleiner Teil dieses Gases kann erneuerbar bezogen werden. Da müsste man noch manche Anlage in der Grössenordnung von Oberwinterthur hinstellen.

Die SVP ist für eine realitätsnahe Energiepolitik, die die Versorgung langfristig sicherstellt, und gegen irrealer Träume, die unsere Versorgung und damit unseren Wohlstand gefährdet. Insgesamt halten wir die Antwort des Stadtrats für einigermaßen ausgewogen und wir nehmen die Postulatsantwort vorsichtig zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Ich habe jetzt mehrheitlich positive Zustimmung gehört, einzelne (die EVP) haben es nur zur Kenntnis genommen. Aber immerhin, es hat niemand das Ganze negativ zur Kenntnis genommen, das ist ja schon mal ein Erfolg (finde ich).

Ich muss das auch wirklich noch in ein etwas besseres Licht setzen als einzelne von Ihnen das gesagt haben: Die Strategie, die wir in der Stadt Winterthur zum Gas haben, ist schweizweit eine pionierhafte Rolle, die wir einnehmen. Wir haben an vorderster Front mitgearbeitet in einer Arbeitsgruppe mit ein paar anderen Werken und ein paar anderen Organisationen zusammen, mit dem Bund, mit einzelnen Kantonen, mit dem WWF etc., mit denen wir eine Strategie erarbeitet haben, die wir dann auch in der BBK vorgestellt haben. Das ist schweizweit pionierhaft!

In der ganzen Schweiz werden immer noch Gasleitungen gebaut. Das Gasnetz in der Schweiz wächst – in der Stadt Winterthur haben wir aber schon über 10% des Gasnetzes ausser Kraft genommen und abgehängt.

Und trotzdem muss ich schon klarstellen: Gas wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle haben. Aber wie es die meisten gesagt haben: Nicht das Erdgas, das normale Methangas, sondern das erneuerbare Gas, das Biogas. Und das hat eine Zukunft, es ist sogar ein wichtiger Teil der ganzen Energie- und Klimaziele, die wir erreichen wollen. Ohne Biogas und erneuerbares Gas würden wir viele der Energie- und Klimaziele nicht erreichen können. Gas hat nämlich ganz viele Vorteile – solange es erneuerbar ist. Und zwar: Es ist extrem energiedicht (man kann also auf ganz kleinen Volumen eine grosse Energie haben), es ist sehr gut transportierbar und es ist auch lagerfähig (und zwar nicht nur über den Tag, sondern auch über die Saison – und das ist ganz wichtig, um nachher bei den Energie- und Klimazielen auf eine Lösung zu kommen). Das müssen wir uns vergegenwärtigen, dass das Gas auch in Winterthur

eine Zukunft hat. Aber wir haben gesagt im Bericht, dass es erneuerbar sein muss und dass es Biogas sein muss.

Es ist schon so, es wird schwierig sein, viel mehr Biogas zu haben in Zukunft als wir es jetzt haben. Aber es heisst nicht, dass wir es deshalb selbst produzieren müssen. KompoGas ist ca. 2% des Gasverbrauchs, den wir haben. Es ist nicht so, dass wir es nicht haben, nur weil wir es nicht selbst produzieren. Beim Strom haben wir auch den grössten Teil, den wir einkaufen müssen. Und wir kaufen natürlich auch viel Biogas dazu. Es gibt Biogas auf dem Markt, aber halt einfach sehr begrenzt. Aber es ist nicht so, dass nur weil wir es nicht selbst produzieren, dass wir es dann nicht bekommen. Aber es ist richtig: Die Handelbarkeit von Biogas und erneuerbarem Gas in Zukunft ist ganz wichtig für uns. Wir brauchen das für das Prozessgas, also für die Industrie, wo wir vielleicht 700 Grad brauchen. Und wir brauchen auch das Gas für Spitzenabdeckungen, um die kalten Monate zu überbrücken, bei grossen Wärmezentralen oder bei Wärmekraftkopplungsanlagen. Für das ist das Gas ideal.

Und da glaube ich, das haben wir auch in diesem Bericht gezeigt: Es wird auch in Zukunft Gasleitungen haben. Aber es wird nicht mehr überall Gasleitungen haben. Denn wo das Gas wirklich zu gut ist, wofür es zu viele gute Eigenschaften hat, das ist für die Komfortwärme in den Häusern. Komfortwärme, d.h. 40 Grad mit Gas zu machen, das ist einfach die Verwendung eines qualitativ zu hochstehenden Produkts für etwas, wofür es Alternativen gibt. Und da gibt es Technologien, die wirtschaftlich sind und ökologischer sind als Gas.

Und deshalb wird das Gas für das Heizen von Häusern keine Zukunft haben, aber für Spitzenabdeckung und für Prozessgas wird es eine Zukunft haben.

Und ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg.

Und ich muss auch nochmals betonen: In Seuzach wurden vor zwei Jahren noch Gasleitungen gebaut. Es gibt noch viele Regionen in der Schweiz, wo noch Gasleitungen gebaut werden. Und wir in Winterthur sind da schon sehr viel weiter und sind eigentlich der Zeit voraus. Aber das ist auch gut so, denn es gibt ja auch andere Gebiete, wo wir vielleicht eher ein bisschen schneller sein sollten als wir sind. Aber da, bei der Gas-Strategie, sind wir sicher bei den Pionieren.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Mir ist auch hier kein Antrag auf negative Kenntnisnahme bekannt, deshalb gilt auch dieses Postulat als erledigt und abgeschrieben.

Ich schaue auf die Uhr. Da wir vor dem Nachessen schon überzogen haben und wahrscheinlich doch ein bisschen länger als zehn Minuten für das nächste Geschäft haben werden, werde ich die heutige Sitzung beenden.

Wie angekündigt gibt es jetzt für die Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder einen kleinen Apéro. Wie auch schon angekündigt gelten die bekannten Regeln. Ich freue mich, Euch nachher noch beim Apéro zu sehen, und wünsche allen Besucherinnen und Besuchern schon jetzt einen guten Abend und Euch dann auch.

Ich schliesse diese Sitzung für heute.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)